



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

Ausgabe 3/2011

5. Jahrgang

SCHWERPUNKT

POLIZEI

Herausforderung ohne Grenzen

FÖDERALISMUS

Stolperstein deutscher Auslandseinsätze?

CYBER-SECURITY

Achillesferse GSM

NORDKOREA

Kicken für den Führer

Sie ist die »dünne blaue Linie«, die Ordnung vom Chaos trennen soll: die Polizei. Ihre Rolle ist nicht überall gleich – eigentlich Freund und Helfer kann sie auch Werkzeug der Repression sein. Mit dem Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe kommt der *ADLAS* den Ordnungshütern und den Problemen auf die Spur, vor denen sie heute stehen. Anatol Adam etwa liefert ein Beispiel aus Brasilien, von dem die Bund-Länder-Kooperation für die innere Sicherheit in Deutschland vielleicht etwas lernen kann (**Seite 9**).

Ein Schwerpunkt innerhalb des Schwerpunkts ist der Einsatz von Polizisten im Ausland. Die Forschung in Deutschland greift das Thema zunehmend auf. Kein Wunder: An internationalen Stabilisierungsmissionen in scheiternden und gescheiterten Staaten nehmen weltweit immer mehr Polizeibeamte teil, heute sind es über 13.000 aus aller Herren Länder. Doch immer noch, das zeigt Thilo Schroeter, gilt allzu oft die Feststellung »zu wenig und viel zu spät« (**Seite 26**). Mit so wenigen Worten lässt sich auch der deutsche Beitrag zum Aufbau einer afghanischen Polizei zusammenfassen.

Das gleiche »zu wenig, zu spät« gilt insgesamt für die Debatte um die Auslandsmissionen deutscher Polizisten – vom Balkan bis zum Hindukusch. Angesichts der Realität in Afghanistan hat eine Debatte um die Aufgaben der Bundeswehr am Hindukusch – spät, aber immerhin! – begonnen. Der Einsatz der Polizei hingegen ist weiterhin ein Nicht-Thema, ein »exekutives Schattengewächs«, so beklagt *ADLAS*-Autor Andreas Regler (**Seite 29**). Dabei ist eine Diskussion über den Einsatz der Polizei im Ausland außerordentlich wichtig in einer Zeit, in der innere und äußere Sicherheit zunehmend miteinander verschwimmen.

Wie entgrenzt Sicherheit heute ist, zeigt auch die Reihe zur Cyber-Sicherheit erneut: Im Wettlauf mit hoch professionellen Angreifern aus In- und Ausland sieht sich das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (**Seite 49**). Und in unserer allgemeinen Rubrik zeigen wir, wie weit »Sicherheits- und Außenpolitik« verstanden, und missverstanden, werden kann. Für Dominik Peters war Nordkoreas Auftritt während der Fußballweltmeisterschaft solch ein Beispiel verunglückter Soft power (**Seite 51**). <<

HERAUSGEBER

Der Einsatz der Polizei ist weiterhin ein Nicht-Thema.

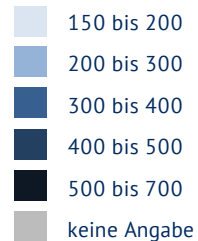
Blau statt Grün: Brauchen wir mehr Polizisten als Soldaten in den Auslandsmissionen?

Innere Sicherheit ist relativ

Honduras wies 2008 mit 60,9 unter 100.000 Einwohnern die weltweit größte Mordrate auf, Japan lag mit einem Spitzenwert von 0,5 dagegen noch deutlich vor Europas 4,9. Kriminalität und Leistungen zu ihrer Bekämpfung verlässlich zu messen, ist trotz globaler Analysen zum Beispiel der Vereinten Nationen ein schwieriges Unterfangen. Die Gründe: Es mangelt an verlässlichen Daten und einheitlichen Definitionen. Selbst innerhalb Europas ist ein Vergleich nur schwer herzustellen. Die wissenschaftliche Arbeitsgruppe »European Sourcebook«, gefördert von der EU-Kommission, hat letztes Jahr ihre vierte, umfassende Erhebung über Kriminalität und justizielle Verfolgung seit 1996 vorgelegt. Der Weltadlas bietet hier einen Auszug, der nur die Oberfläche einer komplexen Realität andeuten kann, aus den umfassenden Statistiken.

Polizeidichte

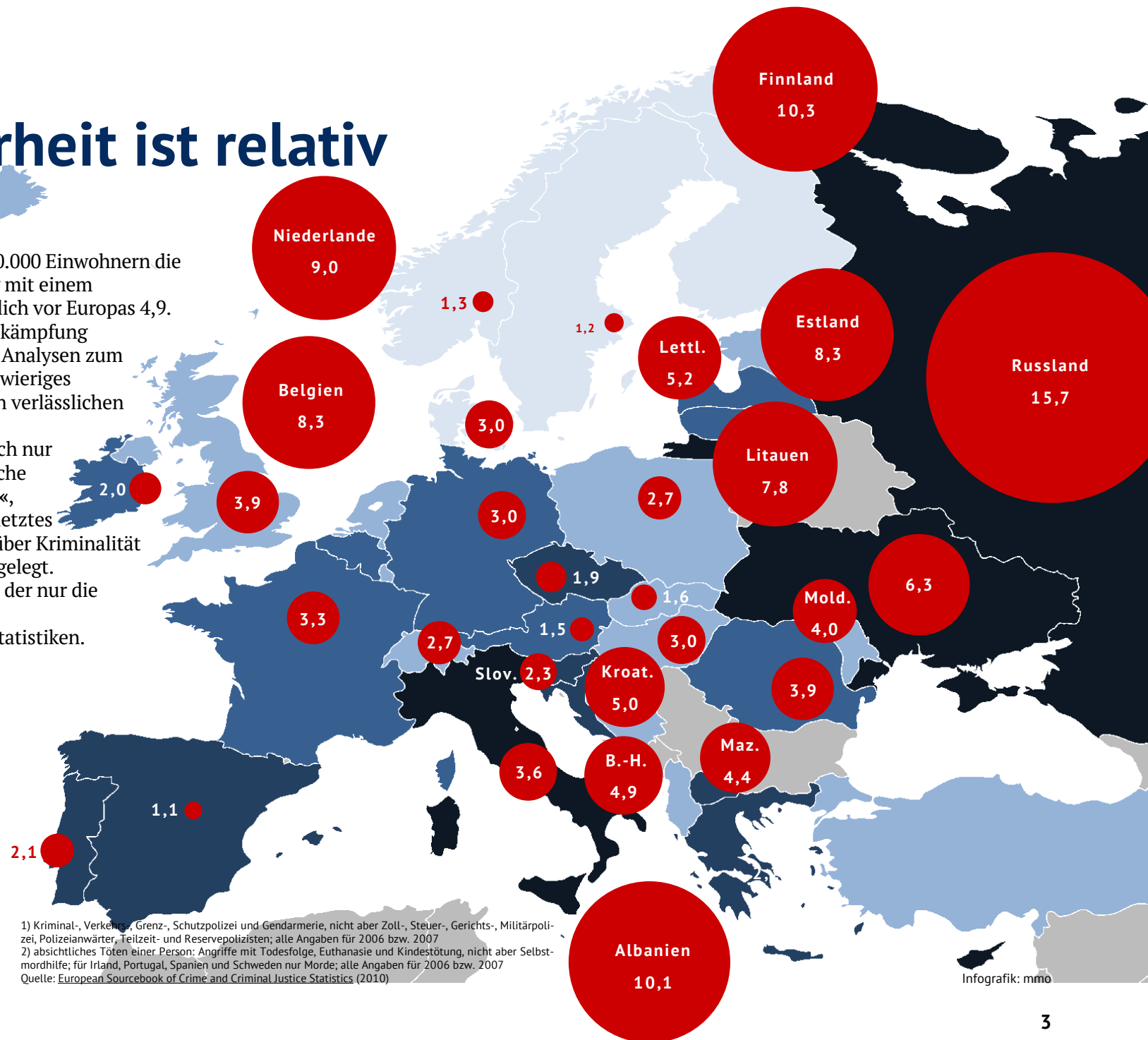
Anzahl der Beamten¹⁾ pro 100.000 Einwohner



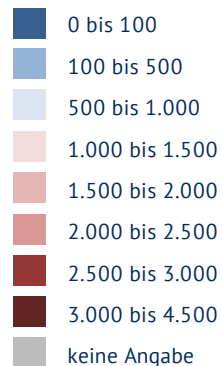
Mord- und Mordversuchsrate

● Anzahl der gemeldeten Morde und Mordversuche²⁾ pro 100.000 Einwohner

1) Kriminal-, Verkehrs-, Grenz-, Schutzpolizei und Gendarmerie, nicht aber Zoll-, Steuer-, Gerichts-, Militärpolizei, Polizeianwärter, Teilzeit- und Reservepolizisten; alle Angaben für 2006 bzw. 2007
 2) absichtliches Töten einer Person: Angriffe mit Todesfolge, Euthanasie und Kindesstötung, nicht aber Selbstmordhilfe; für Irland, Portugal, Spanien und Schweden nur Morde; alle Angaben für 2006 bzw. 2007
 Quelle: European Sourcebook of Crime and Criminal Justice Statistics (2010)



Infografik: mmo



- öffentliche Ordnung und Sicherheit
- Effektivität der Strafjustiz

Group	Percentage of 'Yes' responses
Control	0,86
Intervention	0,76

Response	Percentage
Yes	60%
No	43%

Group	Percentage of 'Yes' Answers
Control	0,78
Intervention	0,53

Group	Value
Group 1 (Black Bar)	0,78
Group 2 (Blue Bar)	0,55

Răspuns	Procent
Sim	0,60
Nu	0,45



Option	Percentage
Yes	0,83
No	0,65

Verkehrte Welt

Im globalen Maßstab Licht in den Datendschungel des weltweiten kriminellen Geschehens zu bringen, versucht vor maßgeblich das »**United Nations Office on Drugs and Crime**«. Es ist aber abhängig von den Mitgliedsnationen. Dass deren Informationen bisweilen sehr ambivalent sein können, zeigt allein die globale Diebstahlsstatistik – ausgerechnet Schweden führt sie mit durchschnittlich 4.465 Fällen pro Jahr auf 100.000 Einwohner zwischen 2003 und 2008 an, während Nepal im Vergleich nur 2 gemeldet hat. Bedeuten die offiziell berichteten Anzeigen tatsächlich eine hohe Zahl von Eigentumsdelikten? Oder zeigen sie, wie hoch das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Polizei ist?

Mit einer ausgeklügelten empirischen Methode geht das von der »American Bar Association« initiierte »**World Justice Project**« vor: Neun Faktoren, aus 66 Ländern repräsentativ erfasst und regional geordnet, ergeben vielleicht ein objektiveres Bild von Ordnung und Recht auf der Welt.

2) Entwendung persönlichen Eigentums ohne Gewaltanwendung Quelle: UNODC (2010)

* ausgewählte Länder der Regionen: LATEINAMERIKA UND KARIBIK: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Jamaika, Kolumbien, Mexiko, Peru, Venezuela; WESTEUROPA UND NORDAMERIKA: Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien (England und Wales), Italien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Österreich, Spanien, Schweden, USA; NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA: Iran, Jordanien, Libanon, Marokko, Vereinigte Arabische Emirate; SUBSAHARISCHES AFRIKA: Äthiopien, Ghana, Kamerun, Kenia, Liberia, Nigeria, Senegal, Südafrika, Uganda; SÜDASIEN: Bangladesch, Indien, Pakistan; OSTEUROPA UND ZENTRALASIEN: Albanien, Bulgarien, Estland, Kasachstan, Kirgistan, Kroatien, Polen, Rumänien, Russland, Tschechien, Türkei, Ukraine; OSTASIEN UND PAZIFIK: Australien, China, Hong Kong, Indonesien, Japan, Kambodscha, Malaysia, Neuseeland, Philippinen, Singapur, Südkorea, Thailand, Vietnam

Infografik: mmo

SCHWERPUNKT: POLIZEI

- 9 REFORM DER INNEREN SICHERHEIT: **Zum Glück gezwungen**
Brasilien hat erfolgreich eine föderale Eingreifreserve der Polizei für Bund und Länder aufgebaut.
- 12 PROFIL: **Tragische Heldin**
Marisol Valles Garcia war die mutigste Frau Mexikos.
- 13 METROPOLLEN: **Im Clinch mit der Politik**
Die Polizeichefs von Kairo, Moskau, Dubai und London im Doppelportrait mit ihren Städten.
- 21 PERSONALPOLITIK: **Auf dem Drahtseil**
Brandenburg spart Polizisten ein. Das ist um den Faktor Berlin zu kurz gedacht.
- 24 NOTIZ / BERLIN/BRANDENBURG: **Mit offenem Visier**
- 26 AUSLANDSMISSIONEN: **Aufbau unter Feuer**
Stabilisierungseinsätze benötigen kompetentere Ordnungshüter.
- 29 AUSLANDSMISSIONEN: **Exekutives Schattengewächs**
Das Regierungsprivileg, allein über Polizeieinsätze im Ausland zu entscheiden, stellt die Verantwortung des Bundestags in Frage.
- 33 AUSLANDSMISSIONEN: **Ein leeres Versprechen**
Für Auslandseinsätze deutscher Polizisten sind die Entscheidungsprozesse problematisch und die Finanzierung dysfunktional.
- 35 AUSLANDSMISSIONEN: **Der billigste Anbieter**
Afghanistans Polizei wird zum Großteil von günstigsten Dienstleistern ausgebildet. Das Ergebnis stellt den Abzug der ISAF in Frage.
- 39 AUSLANDSMISSIONEN: **Weder Freund noch Helfer**
Die UN-Mission zur Polizeiausbildung im Südsudan scheint ihre Probleme nicht überwinden zu können.



Foto: Paula Steel / lizenziert gemäß Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 2.0 Generic



Foto: Sandra Arnold / ISAF

REIHE: CYBER-SECURITY

- 44 MOBILFUNK: **Achillesferse GSM**
Ein alter Mobilfunkstandard wird zum Risiko für kritische Infrastrukturen. Und der Industrie ist die Vorsorge zu teuer.
- 48 NOTIZ: **Selbstenttarnung**
- 49 IT-BEHÖRDEN:
»Ein Wettlauf mit hoch professionellen Angreifern«
Harald Niggemann, Cyber Security Strategist des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, im Gespräch.

DIE WELT UND DEUTSCHLAND

- 51 MILITARISIERUNG: **Kicken für den Führer**
Nordkoreas Militarisierung zeigte sich auch während der Frauenfußball-WM 2011.
- 55 TERRORISMUSFINANZIERUNG: **Die Spur der Geldes**
Staaten setzen im Kampf gegen Terrorismus und Organisierte Kriminalität auf Financial Intelligence.
- 58 TRANSPORTKOOPERATION: **Zukunft für eine Zwischenlösung**
Kooperation ist realistisch: Das Lufttransport-Provisorium SALIS etabliert sich.
- 61 WAFFENGATTUNGEN: **Koloss ohne Zukunft?**
Die Niederländer schaffen ihre Kampfpanzer »Leopard« ab, die Kanadier schwören auf sie.
- 64 RÜSTUNGSDYNAMIK: **Orientalische Konkurrenz**
Raketenprogramme, Panzerdeals, steigende Verteidigungsausgaben. Befindet sich der Persische Golf bereits mitten in einem Wettüsten? >>

Die meisten Handy-Nutzer haben schon längst auf Smartphones und neue Funkstandards umgestellt. Kritische Infrastrukturen nutzen aber das alte GSM-Netz – und sind deshalb gefährdet. Seite 43



Sie sollten gegen den Erzfeind USA siegen – doch die Spielerinnen der Frauen-Elf Nordkoreas versagten. Ein Hintergrundbericht über die Fußballsoldatinnen Kim Jong IIs. Seite 51

INHALT

- 68 LITERATUR / KLEINWAFFEN: **Blutiges Erbe, düsterer Ausblick**
Pulitzer-Preisträger Christopher Chivers rechnet mit Waffenbauer
Michail Kalaschnikow ab.
- 70 LITERATUR / PRIVATE GEHEIMDIENSTE:
»Es bestehen nicht die geringsten Kontrollen«
Stephan Blancke, Experte für Private Intelligence, fordert dringend
europäische Regelungen für die boomende Branche ein.
- 73 LITERATUR / NOTIZ: **Steilvorlage für mehr Transparenz**

- 2 EDITORIAL
- 3 WELTADLAS
- 5 INHALT
- 74 IMPRESSUM und AUSBLICK

BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

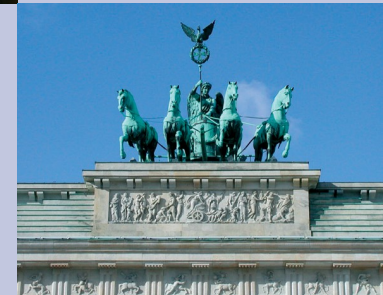
wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern,
sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können?

Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen
»Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede
Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren:

Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon
springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen << oder
einen Autorenvermerk. Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie
wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den
Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch
bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!




Deutsche
Atlantische
Gesellschaft
e.V.

NATO TALK
around the BRANDENBURGER TOR

Dorotheenstraße 84 | 10117 Berlin
Telefon +49(0) 30/20649134 | Fax +49(0) 30/20649136
info@dtatlges.de

www.deuscheatlantischegesellschaft.de

Auf der dünnen, blauen Linie

Der *ADLAS* stößt mit diesem Schwerpunkt in ein weites Feld vor: das der Inneren Sicherheit. Nicht erschöpfend, sondern exemplarisch bieten unsere Autoren einen Einblick in aktuelle Entwicklungen auf dem Globus. Dazu gehören ein innovatives Konzept für föderale Kooperation in Brasilien, die Personalpolitik in Brandenburg sowie vier ganz spezielle Städteportraits.

Ein guter, kein böser Cop: Ein Motorradpolizist patrouilliert am Campus der University of California in Berkeley, während studentischer Proteste gegen Studiengebühren im Sommer 2009, und lächelt für die Fotografin. Nicht überall besitzen Ordnungshüter ein so positives Image wie dieser Freund und Helfer.

Foto: Paula Steel / lizenziert gemäß Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 2.0 Generic

REFORM DER INNEREN SICHERHEIT

Zum Glück gezwungen

von Anatol Adam

Immer bereit für Ordnung in Brasilien: ein Spezialpolizist des »Schnellen Einsatzbataillons«.

Brasiliens Sicherheitslage ist teils äußerst prekär. Gewalt und Kriminalität konnten sich ausbreiten, weil das Polizeiwesen unter Strukturdefiziten leidet. Bundes- und Länderregierungen haben aber begonnen, die Sicherheitsarchitektur zu reformieren. Eine Maßnahme war 2004 die Gründung der »Nationalgarde für öffentliche Sicherheit« – eine Einheit aus Landesbeamten, vom Bund verwaltet. Sie unterstützt bei Ordnungskrisen mittlerweile so erfolgreich, dass sie weitere Aufgaben und Strukturen gewinnt. Trotzdem ist die Garde ein gelungener föderaler Kompromiss.

>> Brasilien gehört zu den gefährlichsten Staaten der Erde. Die durchschnittliche Mordrate zwischen 1998 und 2008 betrug 26,7 pro 100.000 Einwohner. Zum Vergleich: In Deutschland lag die Rate bei unter 1,0 pro 100.000 Einwohner. Gewalt- und Kriminalitätsakteure nutzen die – für Schwellenländer typische – Parallelität von Rückstand und Moderne systematisch für ihre Geschäfte aus, wie auch die im größten Land Lateinamerikas teils defizitäre Sicherheitsarchitektur.

Öffentliche Sicherheit in Brasilien fällt, ähnlich wie in Deutschland, größtenteils in die Zuständigkeit der 27 Bundesstaaten. Sie entschei-

den relativ unabhängig über Personalstärke, Bezahlung, Ausstattung und Einsatzbereiche der Polizei. Die brasilianische Verfassung schreibt lediglich die institutionelle Trennung in eine für Strafverfolgung zuständige Kriminal- und eine Militärpolizei vor, welche die öffentliche Ordnung garantieren soll. Insgesamt beschäftigen die Bundesstaaten über 500.000 Polizeibeamte – mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten. Der Bund unterhält mit der Kontrolle der Grenzen, der Bundesverkehrswege sowie der Verfolgung nationaler und transnationaler Delikte Spezialaufgaben. Dazu verfügt er über zwei separate, jeweils etwa 14.000 Mann starke Organisationen: die »Polícia Federal« und die »Polícia Rodoviária Federal«, die föderale Autobahnpolizei. Darüber hinaus hat der Staatspräsident das Recht, bei Krisen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern Militär einzusetzen. Weil sich die Zuständigkeiten in der Praxis aber nicht so einfach voneinander trennen lassen, ist die Effektivität der inneren Sicherheitspolitik von einer guten Zusammenarbeit der Ebenen abhängig. Da dies bislang primär eher informelle Beziehungskanäle gewährleisten, ist das vernetzte Sicherheitsdenken in Brasilien wenig entwickelt.

Seit Anfang des Jahrtausends versucht die Politik mittels einer Reformagenda, schrittweise die Probleme der Sicherheitsarchitektur zu lösen. Neben Projekten auf Landes- und Kommunalebene bringt sich der Bund – federführend das zuständige Bundesjustizministerium, gegenwärtig unter dem Sozialisten José Eduardo Cardozo – stärker ein. Dessen Initiativen zielen auf den Ausbau eigener Fähigkeiten, auf die finanzielle Unterstützung der Länder bei der Behördenmodernisierung und auf die Verbesserung der Koordination innerhalb der Sicherheitsarchitektur ab. Ein wichtiges Teilprojekt, das Bund und Länder gemeinsam tragen, ist die in der Amtszeit von Präsident Lula da Silva gegründete »Força Nacio- >>

Foto: Fábio Rodrigues Pozzebom / Agência Brasil

nal de Segurança Pública – Nationalgarde für öffentliche Sicherheit« (FNSP).

Die FNSP ist ein »Hybrid«. Das heißt, ihr Auftragspektrum umfasst neben klassischer polizeilicher Aufrechterhaltung der Ordnung auch paramilitärische Kontroll- und Patrouilleneinsätze, Rettungsdienstleistungen und die Bereitstellung von Kriminaltechnik. Zugleich ist die FNSP keine stehende, bundeseigene Polizeiorganisation, sondern ein breit aufgestelltes Partnerschaftsprojekt zwischen Bund und Ländern. Die Länder stellen freiwillig vorgeschultes Personal für die FNSP ab, während der Bund das Projekt verwaltet, die Ausbildung finanziert, die Ausrüstung stellt und die Einsatzkosten trägt. Hierbei schlagen die Länder Beamte für die FNSP vor, die Fachabteilung im Justizministerium sucht unter ihnen aus und bil-

Eine Einsatzreserve außerhalb des Militärs

det diese Auswahl zum »Gardisten« fort. Ihr Ausbildungsprogramm umfasst unter anderem Kurse im Präzisionsschießen, Intelligence-Wesen, Katastrophenschutz und gewaltfreiem Konfliktmanagement. Nach diesem Zusatztraining kehren die FNSP-Beamten in ihre Heimatdienststellen zurück. Insgesamt haben knapp 9.000 Beamte aus 23 Bundesstaaten das Programm durchlaufen und stehen der FNSP prinzipiell zur Verfügung. Wurden zunächst vor allem Militärpolizisten ausgewählt, sind mittlerweile auch Kriminalkommissare, Kriminaltechniker und Brandschutzexperten in der FNSP vertreten. Da es sich später als zu aufwendig



Foto: Antônio Cruz / Agência Brasil

Wird die »Nationalgarde« für sie zur Konkurrenz? Brasilianische Militärpolizisten sichern im August die Straßen um die libysche Botschaft in Brasília.

erwies, landesweit verstreute Beamte zu mobilisieren, beschloss der Bund 2008 den Aufbau einer stehenden Eingreiftruppe: das »Batalhão Especial de Pronto Emprego – Schnelles Einsatzbataillon« (BEPE). Die etwa 600 BEPE-Gardisten werden intensiver ausgebildet und bleiben für ein Jahr permanent in der Bundeshauptstadt stationiert. Der Anreiz für die Länder, Beamten zur BEPE abzustellen, liegt darin, dass deren persönliche Ausrüstung nach ihrem Dienstjahr den Heimatbasen übertragen wird.

Landesregierungen können die FNSP für räumlich und zeitlich begrenzte Einsätze anfor-

dern. Dabei besteht weder eine Pflicht zur Inanspruchnahme, noch kann der Bund ohne Gesuch oder Einwilligung den Einsatz anordnen. Auch müssen die Teilstaaten ihre Gardisten nicht automatisch abstellen. Zunächst ausschließlich für die Länder vorgesehen, können allerdings seit 2007 Bundesbehörden, wie etwa die Bundespolizei oder die Steuer- und Zollbehörde, die Unterstützungskraft der FNSP anfordern.

FNSP-Beamte haben seit 2004 an 53 »Unterstützungsoperationen« in 17 Bundesstaaten teilgenommen. Darunter waren Einsätze zur Ordnungswiederherstellung in Stadtvierteln, Opera- >>

tionen gegen illegale Waldwirtschaft, Niederschlagung von Gefängnisauflständen, sowie Katastrophenschutzinsätze. Während des Einsatzes sind die FNSP-Einheiten der örtlichen Operationsleitung unterstellt – ein wichtiger Unterschied zur Aufbietung des Militärs im Innern: Zwar muss auch hier eine Landesregierung den Einsatz explizit anfordern, doch übernehmen dann die Streitkräfte die komplette Einsatzführung von den lokalen Organen.

Dingliche Anreize für die Kooperation der Länder mit dem Bund

Die Bundesstaaten, je nach parteipolitischer Nähe zur Bundesregierung, nutzen das Instrument immer häufiger: Zu Beginn wurde die FNSP vor allem bei größeren, längerfristig vorbereiteten Operationen angefordert. Seit die BEPE existiert, werden aber immer öfter kleinere Abordnungen zur Schließung spezifischer Lücken bereitgestellt. Prinzipiell zeigen sich zwei Trends: Erstens müssen zusehends unterschiedlichste Operationen an verschiedensten Orten gleichzeitig durchgeführt werden. So unterstützen Gardisten aktuell die Vernichtung von Marihuanaplantagen im Nordosten, tragen zur Ordnungswiederherstellung in der Metropolregion Brasília bei, patrouillieren Grenzverläufe im Amazonasgebiet und helfen bei der Verfolgung illegaler Waldwirtschaft. Die letzten beiden Beispiele wiederum sind der zweite Trend: Einige Einsätze verlieren den räumlich und zeitlich begrenzten Charakter, der ursprünglich angedacht war. Die FNSP wird zu einem quasi permanenten Sicherheitsinstrument.

Das »Projekt« FNSP generiert insbesondere aus Sicht Brasílias positive Effekte. Erstens erhöht es die Fähigkeiten des Bundes: Bis 2004 stand dem Bund im Bereich öffentlicher Sicherheit quasi nur das Instrument der Ultima Ratio, der Militäreinsatz, zur Verfügung. Jetzt existiert Unterstützung, die politisch wie administrativ einfacher einzusetzen ist und den föderalen Charakter des Systems öffentlicher Sicherheit nicht aushebelt. Begrenzung auf Unterstützungsfunktionen und Einordnung in bestehende Führungsstrukturen wirkt der Gefahr entgegen, dass sich eigentlich zuständige Akteure aus ihrer Verantwortung stehlen. Zweitens erlaubt das FNSP-Projekt dem Bund, die Länder bei der Modernisierung von Sicherheitsbehörden zu unterstützen – wobei der Fähigkeitsgewinn mit einer temporären Personalausleihe »bezahlt« wird. Der wichtigste Beitrag aus Bundes Sicht ist aber das Herausbilden einer Kultur von Kooperation und Solidarität innerhalb der staatlichen Sicherheitsarchitektur. Sie wird durch die Struktur der FNSP explizit gefördert.

Die Zukunft wird zeigen, wohin die Entwicklung geht. Trotz der positiven Effekte: Die Ausweitung der Aufgaben, Fähigkeiten und Handlungsräume, die die FNSP mittlerweile erfährt, könnte in einer schleichenden Zentralisierung münden. Da aber die öffentliche Sicherheit eine der letzten Politikbastionen der Länder ist, dürfen diese versuchen, einem solchen Lauf der Dinge entgegenzusteuern. Einflussreiche Berater in Brasília sehen indes für das Erfolgsmodell »Nationalgarde für öffentliche Sicherheit« schon weitere Aufgabenfelder: »Da die Bundesstaaten endlich begonnen haben, ihre Polizeistrukturen zu modernisieren und qualitativ zu verbessern«, so ein regierungsnaher Sicherheitsexperte, »können FNSP-Kontingente neben der Unterstützung im Innern mittelfristig sogar den Kern der nicht primär militärischen Sicherheit brasilianischer UN-Stabilisierungsmissionen bilden.«

Welcher Entwicklungspfad auch beschritten wird – Brasiliens Beispiel unterstreicht, dass die Anpassung an komplexe Herausforderungen neben neuen Strategien und ausreichenden Ressourcen einen politischen Reorganisationswillen braucht, um eingefahrene Sicherheitsarchitekturen nachhaltig neu auszutarieren. <<

Dr. Anatol Adam ist Research Fellow für Internationale Politik und Außenpolitik an der Universität Köln.

Quellen und Links:

[Offizielle Website der FNSP des brasilianischen Justizministeriums \(in Portugiesisch\)](#)

[»Vademecum öffentliche Sicherheit« des brasilianischen Justizministeriums vom Dezember 2010 \(Dokument in Portugiesisch\)](#)

[Kurzvorstellung der FNSP vom 10. September 2010 vom Brasilien-Büro des UN-Entwicklungsprogramms \(Dokument in Portugiesisch\)](#)

[Meldung der Regierungsnachrichtenagentur Agência Brasil vom 20. Juni 2011 über einen Einsatz der FNSP \(Dokument in Portugiesisch\)](#)

[Meldung des Nachrichtenportals infosurhoy.com des »US Southern Command« vom 7. Juni 2010 über einen Einsatz der FNSP \(Dokument in Englisch\)](#)

[Verfassung Brasiliens vom 5. Oktober 1988 \(offizielle Fassung in Portugiesisch\) \(inoffizielle Übersetzung in Englisch\)](#)

PROFIL

Tragische Heldin

Marisol Valles Garcia beeindruckte den Bürgermeister einer mexikanischen Kleinstadt mit ihrem Mut angesichts des blutigen Drogenkrieges im Land. Vier Monate hielt sie als Polizeichefin durch.

>> **Ein Himmelfahrtskommando** trat sie an und doch sagte Marisol Valles Garcia: »Alle haben Angst, das ist völlig normal.« Die angehende Kriminologin hatte im Oktober 2010 ihren Universitätsabschluss zwar noch nicht in der Tasche, übernahm jedoch nach einjähriger Vakanz die Leitung der Polizei in Praxedis G. Guerrero im Norden Mexikos, unweit der texanischen Grenze. Bürgermeister José Luis Guerrero landete mit der Ernennung der damals 20-Jährigen so etwas wie einen PR-Stunt – vielleicht um die Reputation seiner Stadt wieder aufzubessern. Die Einwohnerzahl von Praxedis war innerhalb von fünf Jahren von über 3.400 auf knapp 2.100 Menschen gesunken. Valles Garcias Vorgänger war gefoltert und enthauptet, zahlreiche weitere Polizisten in der Provinz entführt und getötet worden. 19 Beamte verblieben in dem Distrikt mit knapp 10.000 Einwohnern noch im Dienst.

Im mexikanischen Norden kämpfen Drogenkartelle gegen die Behörden und untereinander. Nach jüngsten Angaben sind seit 2006 mehr als

35.000 Tote zu beklagen; Experten stufen die blutigen Auseinandersetzungen als innerstaatlichen Krieg ein. Im Distrikt Praxedis des Bundesstaats Chihuahua streiten Juarez- und Sinaloa-Kartell um die Kontrolle über die einzige Bundesstraße.

Für Valles Garcia stand fest, sie wolle »nicht die Bösen jagen«, das mache die Armee, aber sie wolle »stattdessen die Guten bewegen, etwas zu tun«. Auch wenn sie sich aus dem Drogenkrieg heraushalten wollte – Morddrohungen gegen sie und ihre Familie blieben nicht aus. Die Angst trieb sie schließlich im März 2011 zur Flucht in die USA, wo sie Asyl beantragte. In einem Interview mit der amerikanischen *ABC* berichtete sie unter Tränen von der Furcht vor der Gewalt der Kartelle. Sie sei wohl ein wenig naiv gewesen, gab Marisol zu. Doch die Menschen, die sie in ihrer Heimat zurücklassen musste, rief sie dazu auf, die Hoffnung nicht aufzugeben: »Solange wir atmen, können wir von einer besseren Welt träumen.« Nachdem sie nun Asyl beantragt hat, wartet sie auf den Gerichtstermin. Der ist für Mai 2013 veranschlagt. **sts**



Foto: sdnoticias.com

Bei Amtsantritt nannte die heimatlische Presse sie die »mutigste Frau Mexikos«. Sie war die einzige Bewerberin um einen gefährlichen Job.

Quellen und Links:

Bericht im *Houston Chronicle* vom 28. Juni 2011

Kurzinterview der *abc News* mit Marisol Valles Garcia vom 10. Mai 2011

Hintergrundbericht von *Welt Online* vom 8. März 2011

Bericht von *El País* vom 20. Oktober 2010

Paper der Stiftung Wissenschaft und Politik vom September 2010 zur Eskalation des Drogenkriegs in Mexiko

METROPOLEN



Kairo: Welche Revolution?

Die Polizei der ägyptischen Megacity, von der Revolution geschwächt und blamiert, droht die Kontrolle über die öffentliche Ordnung zu verlieren. Ihr neuer Chef, Mohsen Murad, scheint indes alten Verhaltensmustern zu verfallen.



>> **Monate nach dem Sieg** der Revolution in Ägypten steht Mohsen Murad vermutlich vor der Herausforderung seines Lebens. Seit Juni neuer Polizeichef der 20-Millionen-Metropole Kairo muss er das Ansehen von »Ordnungshütern« verbessern, das kaum schlechter sein könnte.

Ausgerechnet am 25. Januar 2011 – dem offiziellen »Tag der Polizei« – begannen die Proteste gegen das Mubarak-Regime. Menschen demonstrierten auf dem Kairoer Tahrir-Platz und anderswo im Land für mehr Demokratie, Mitspracherechte und nicht zuletzt die Achtung ihrer Menschenwürde. Die Antwort der Polizei: Achtzehn Tage ging sie mit Wasserwerfern, Gummigeschossen, Schlagstöcken und Tränengas gegen die Demonstranten vor. Bis Präsident Hosni Mubarak am 11. Februar zurücktrat. Seitdem hält der »Oberste Militärrat«, unter der Führung von Feldmarschall Mohammed Tantawy, die Staatsgewalt und betraute ein ziviles Kabinett unter dem Ingenieur und vorigen Transportminister Essam Sharaf mit den Regierungsgeschäften.

Der Jubel über das Ende der dreißigjährigen Herrschaft Mubaraks war groß, allerdings hatten die Auseinandersetzungen einen hohen Blutzoll verlangt: Mehr als 800 Menschen kamen ums Leben und über 6.400 wurden verletzt. Eine von der Regierung eingesetzte Kommission zur Aufklärung der Vorfälle berichtet auch vom Einsatz scharfer Munition. »Die tödlichen Schüsse wurden gezielt auf Kopf und Brust abgefeuert«, stellt der am 14. April veröffentlichte Kommissionsbericht fest. Nun müssen sich neben Mubarak und dem früheren Innenminister Habib al-Adli sechs hochrangige Polizisten vor Gericht wegen Amtsmissbrauchs, Korruption und unangemessener Gewaltanwendung verantworten. Einer der vorgeladenen Polizeioffiziere ist General Ahmed Ramzi, ehemaliger Chef der paramilitärischen »Central Security Forces«, eine Truppe zur Kontrolle von Unruhen und zum Schutz wichtiger >>

Gebäude und Einrichtungen. Ramzi wird vorgeworfen, einer der Hauptverantwortlichen für die Schüsse zu sein. Zudem löste die Regierung am 15. März 2011 den für seine Foltermethoden berüchtigten Staatssicherheitsdienst »State Security Investigations Service (SSIS)« auf und entließ nach Angaben des neuen Innenministers Mansur al-Essawi 669 hohe Offiziere der Polizei. Insgesamt befehligt al-Essawi 122.000 Polizisten

Ein Ruf, der schlechter nicht sein kann.

der zivilen »Egyptian National Police« sowie 350.000 Männer der paramilitärischen »Central Security Forces«. Nach der Auflösung des SSIS mit ungefähr 100.000 Mitarbeitern soll nun die neugegründete »National Security Force« deren Funktion im Ministerium übernehmen.

Kairos neuer oberster Polizist muss nun die Kluft zwischen Polizei und Bürgern schließen und gleichzeitig die öffentliche Sicherheit der Nil-Metropole gewährleisten. Dass das Verhältnis weiterhin tiefe Risse aufweist, zeigt ein Vorfall vom 3. Juni, unmittelbar nach Murads Amtsantritt am 25. Mai. Tausende aufgebrachte Menschen rotteten sich vor der Azbakeya-Polizeistation zusammen und setzten das Revier in Brand. Auslöser hierfür war die Nachricht, dass ein Kleinbusfahrer von Polizeibeamten zu Tode geschlagen worden sein soll. Die genauen Umstände sind bisher ungeklärt. Mohsen Murad macht die Jugendbewegung »6. April« für den Vorfall verantwortlich. Die Gruppierung, die sich maßgeblich an der Revolution beteiligte, weist

die Vorwürfe von sich. Die Anschuldigung des Polizeichefs beweise nur, dass die Sicherheitskräfte sich in ihrer Haltung den Bürgern gegenüber nicht verändert hätten.

Generalmajor Murad blickt auf eine Karriere im Innenministerium zurück, er ist mit dem alten Sicherheitsapparat verbunden. Dort war er bis zum »Direktor für öffentliche Sicherheit« und Ministerstellvertreter aufgestiegen, bevor er die Kairoer Polizeitruppe übernahm. Die befindet sich nach den Ereignissen der Revolution an einem Tiefpunkt. »Die Moral der Polizei ist sehr niedrig«, gab Murad noch als Ministerialer im April zu. »Der psychologische Zustand vieler der Beamten ist schlecht, ihre Waffen wurden von Plünderern entwendet und ihre Wachen wurden niedergebrannt.«

Als Folge wagten sich im Frühjahr immer weniger Polizisten auf die Straße, und der Mangel an Präsenz öffentlicher Sicherheit führte zunächst dazu, dass Kairos ohnehin berüchtigter Straßenverkehr noch chaotischer und gefährlicher wurde. Wenige hundert Beamte konnten auch nicht die Randalen während eines Fußballmatches zwischen dem Kairoer Verein »Zamalek« und dem »Club Africain« aus Tunis verhindern. Tausende Fans, die auf das Spielfeld strömten, überrumpelten sie.

In diesem Zustand der öffentlichen Ordnung in Kairo – neben ihrem schlechten Ruf dank übermäßiger Polizeibrutalität scheinen die Ordnungshüter impotent geworden zu sein – wurde Mohsen Murad die direkte Aufsicht über die Sicherheit in der Nil-Metropole übergeben.

Trauriger Höhepunkt der angeblich um 200 Prozent gestiegenen Kriminalitätsrate: Die prominente Entführung Zeifa Sadats, Großnichte des ehemaligen Präsidenten Anwar al-Sadat. Unbekannte rissen sie aus dem Wagen, mit dem sie zur Schule im noblen Stadtteil Heliopolis gefahren wurde. Als der Vater der Zwölfjährigen ein Löse-

geld in Millionenhöhe gezahlt hatte, ließen die Entführer sie wieder frei. Kurz darauf nahmen Sicherheitskräfte sechs Tatverdächtige fest, bei denen sie zwei Millionen Ägyptische Pfund (rund 340.000 US Dollar) in bar fanden. Unter ihnen, so äußerten Untergebene von Murad inoffiziell, seien auch Universitätsabsolventen.

Murads Aussichten sind keine rosigen, denn in der Bevölkerung wächst der Unmut. Anfang Juli zogen hunderte Demonstranten auf den Tahrir-Platz, um gegen den Militärrat und die Übergangsregierung zu demonstrieren. »Der Militärrat behandelt uns wie Mubarak. Wir hatten eine Revolution, aber keinen Machtwechsel«, spricht Ramy El Swissy, ein Angehöriger des »6. April«, vielen Oppositionellen aus der Seele.

Als Reaktion auf die Proteste ernannte Premier Sharaf am 21. Juli ein neues Kabinett ohne Verbindung zum Mubarak-Regime. Die für die innere Sicherheit strategisch wichtigsten Ministerien – Innen und Justiz – sind mit Männern besetzt, die der Armee nahe stehen. Danach sorgte die Erklärung Nummer 69 der ägyptischen Armeeführung vom 23. Juli für Aufsehen: Sie bezichtigt mehrere

Ist Kairos Polizeichef ein Bremser?

Menschenrechtsgruppen und die »6. April«-Bewegung der Sabotage des demokratischen Umbruchs. Sie seien feindliche Agenten, die Chaos im Land verbreiten wollten. Auf der Grundlage des Gesetzes Nummer 162, das nach der Ermordung Sadats 1981 in Kraft trat, werden auch weiterhin Oppositionelle verfolgt. Das im Frühling so oft kritisierte Notstandsgesetz, das die unbefristete Verhaftung von Personen ohne Angabe von Gründen erlaubt, >>

dient den Sicherheitskräften weiterhin als Repressionsinstrument.

Hinter den Kulissen von Ägyptens Politik vollzieht sich anscheinend ein Kräftemessen zwischen den Reformern, die die Revolution hervor gebracht hat, und konservativen Kräften, die die Restauration fordern oder zumindest den Status quo beibehalten wollen. Zur zweiten Gruppe gehören viele hochrangige Staatsbedienstete des alten Regimes, die um ihre Vorrechte und Privilegien fürchten. Sie halten zu viel Demokratie für bedrohlich, da diese die innere Stabilität und Sicherheit des Landes gefährdet. Wenn man seinen jüngsten Äußerungen gegen die Bewegung »6. April« folgt, gehört Kairos neuer Polizeichef zu diesen Bremsern.

Hartmut Hinkens

Quellen und Links:

Hintergrundbericht der Schweizer Internetzeitung *Journal21* vom 10. Juni 2011

Bericht der ägyptischen *Al-Ahram Weekly* vom 9. Juni 2011

Bericht des indischen *Pioneer* vom 6. April 2011

Bericht des britischen *Telegraph* vom 5. April 2011

Moskau: Alles nur Kosmetik

Die Polizei von Russlands Kapitale heißt jetzt nicht mehr »Miliz« sondern »Polizei«. Das wird voraussichtlich am Ruf der Ordnungshüter, schnell zum Knüppel zu greifen oder sich gerne schmieren zu lassen, nur wenig ändern. Und der Polizeichef der Hauptstadt, Wladimir Kolokolzew, legt weiter mehr Wert auf die harte Hand als auf Zivilität.



Foto: Dmitry Azovtsev / lizenziert gemäß Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported

>> **Unter blutigen Umständen** bekam Wladimir Kolokolzew 2009 seinen Job als Chef der Miliz von Moskau: Nach dem Amoklauf eines hohen Moskauer Milizoffiziers im selben Jahr kochte die öffentliche Erregung über den desolaten Zustand der russischen Polizei hoch und zahlreiche Beiträge in Fernsehen, Funk und Presse berichteten in ungewöhnlich deutlichen Worten über die manifeste Unfähigkeit, Korruption und grassierende Gewalttätigkeit der russischen Beamten. In der Folge musste der alte Milizchef gehen. Um die Wogen der öffentlichen Entrüstung zu glätten, kündigte Präsident Dmitri Medwedjew eine

grundlegende Reform der russischen Miliz an und machte kurzerhand Kolokolzew in Moskau zum Gesicht für diese Bemühungen.

Kolokolzew hatte sich innerhalb der Miliz nach oben gedient und stand bislang in dem Ruf, wenig in Kontakt mit dem Moskauer Filz gestanden zu haben. Doch Russland wäre nicht Russland, wenn bei dieser Personalentscheidung nicht auch Klientelbindungen und persönliche Seilschaften eine Rolle gespielt hätten. Folgerichtig gilt Kolokolzew als Anhänger und Protegé Medwedjews, dessen Ernennung wiederum die Position des Präsidenten in der Stadt Moskau und ge- >>

genüber deren damaligen Bürgermeister Juri Luschkow deutlich stärkte.

Vorsichtige Hoffnungen, unter Kolokolzew würden die Moskauer Sicherheitskräfte demokratischer, professioneller und bürgernäher auftreten, zerstoßen indes schnell. So erklärte der neue Polizeichef nach schweren Ausschreitungen russischer Neonazis in der Nähe des Kremls beispielsweise öffentlich, dass die Bürgerrechte die Arbeit der Polizei behinderten und im Interesse der inneren Sicherheit künftig hinten angestellt werden sollten. So knüpfeln die Spezialtruppen des Innenministeriums – die berühmten OMON-Einheiten – weiterhin regelmäßig auf Homose-

Bürgerrechte behindern die Arbeit der Polizei, meint Wladimir Kolokolzew.

xuelle, Journalisten, Oppositionelle und andere vermeintlich schwerwiegende Bedrohungen für den Staat ein. Auch die beinahe alltäglichen rassistischen Belästigungen und Übergriffe der Moskauer Sicherheitskräfte gegenüber Kaukasiern, Asiaten und anderen ungeliebten Ethnien sind seit Kolokolzews Amtsübernahme nicht merklich zurückgegangen.

Für Touristen macht es daher nach wie vor Sinn, die Anmerkungen zur Sicherheitslage und dem Umgang mit den unberechenbaren Ordnungshütern in ihren Reiseführern aufmerksam zu studieren. Denn deren Mangel an Professionalität zeigt sich auch daran, dass die russische

Hauptstadt trotz einer deutlich überdurchschnittlichen Polizeidichte – auf die elf Millionen Einwohner kommen rund 100.000 Polizisten, die Sondereinheiten des Innenministeriums nicht einberechnet – nicht unbedingt zu den sichersten Orten der Welt zählt.

Um das desolate Image der Sicherheitskräfte wenigstens kosmetisch etwas zu verbessern, beschloss die Duma im März 2011, die russische Miliz ab August in »Polizei« umzubenennen. Zugleich verordnete das Innenministerium überraschend einen neuen Verhaltenskodex für seine Beamten. Demnach sollen auch die Moskauer Ordnungshüter unter anderem künftig Gewalt nur in begründeten Fällen einsetzen, in der Öffentlichkeit keinen Alkohol konsumieren, keine Kontakte zum organisierten Verbrechen pflegen und sich um ein professionelles Auftreten und den respektvollen Umgang gegenüber den Bürgern bemühen. Mütterchen Russlands Beschützer haben noch einen langen Weg vor sich. **doe**

Quellen und Links:

[Bericht der Ria Novosti vom 2. September 2011 über die Polizeireform](#)

[Video-Bericht der russischen RT News vom 29. September 2010 über die Personalkürzungen](#)

[Bericht der Ria Novosti vom 19. Februar 2010 über das Urteil zum Amoklauf von 2009](#)

Dubai: Der Supercop



Dubais Polizeichef Dhahi Khalfan Tamim leistet seit über dreißig Jahren treuen, erfolgreichen Dienst. Doch am Nimbus der Golfmetropole von öffentlicher Sicherheit kratzen immer wieder die Schlagzeilen.

>> **Einen exzellenten Ruf** hat der Mann zu verlieren: Generalleutnant Dhahi Khalfan Tamim ist Chef der Polizei von Dubai; und Dubai genießt eine der niedrigsten Kriminalitätsraten der Welt. »Es kann keine Rate von Null geben«, sagt Tamim. »Solange es Menschen gibt, irren sie auch. Aber unsere Statistiken sind äußerst ermutigend. Auf 100.000 Menschen kommt nur ein Mord, sogar unter den Gastarbeitern. Das ist fast Null und Dubai ist einer der sichersten Orte überhaupt.«

15.000 Polizisten – zum Vergleich: Die Berliner Landespolizei hat rund 22.000 Bedienstete – wachen über Recht und Ordnung unter den 1,4 >>

Millionen Dubaiern und den mehr als drei Millionen Einwohnern der in den letzten Jahrzehnten rapide gewachsenen Stadt. 1967, drei Jahre bevor Tamim die Königliche Polizeiakademie in Jordanien absolvierte, waren es nur 430 Beamte, die für 30.000 Dubaiern ihren Dienst verrichteten. 1980, als rund 250.000 Menschen in Dubai lebten, wurde Tamim Chef der Polizei; der erste Emirati auf dem Posten, denn sein Vorgänger noch war Brite. Die Polizeibehörde der heutigen Millionenstadt ist sein Aufbauwerk.

Der Commissioner braucht keinen Batman.

Der gelernte Kriminalist bezeichnet seine Truppe stolz als »progressivste arabische Polizei«. Was Technologie und Methoden betrifft, konnte er mit seinen Beamten tatsächlich oft Vorreiter sein: Dubais Polizei führte als erste in der arabischen Welt forensische DNA-Tests ein und ebenfalls vor allen anderen arabischen Kollegen registrierte sie Fingerabdrücke elektronisch. Eine DNA-Probe war es auch, die 2008 den Täter im prominenten Mordfall Suzanne Tamim dingfest machte. Unter Tamims Ägide wurde eine moderne Operationszentrale eingerichtet; von dort aus werden die Streifen gelenkt, per Satellitenüberwachung unterstützt.

Selbst wenn er einen militärischen Rang bekleidet, so zeigt sich die britische Tradition, mit der Tamim das Polizeihandwerk gelernt hat, in seiner Zivilität: Der Hobbypoet hat sich und seinen Kollegen letztes Jahr das Begrünen der Stadt auf die Fahne geschrieben. Eine Million Bäume

will die Polizei zusammen mit der Verkehrsbehörde pflanzen, um der Desertifikation entgegenzuwirken. Tamim pocht auch auf das Beachten der Menschen- und Bürgerrechte, eine eigene Abteilung wacht seit 1995 in der Polizeibehörde darüber – nicht unbedingt die Regel im Nahen Osten.

Er verneinte denn auch jüngst im August im Dubaier Presseclub, dass die Ereignisse des Arabischen Frühlings auf die Vereinigten Arabischen Emirate übergreifen könnten. Die Führung, so der politisch gut vernetzte Polizist, tue ihr Bestes, um sich um die Bevölkerung zu kümmern: sie Sorge für Arbeit, medizinische Versorgung und Wohnraum.

Aber während die Polizei unter den Emiratis hohes Ansehen genießt – 85 Prozent Zustimmungsrate für ihre Arbeit – bleiben vor allem die Gastarbeiter skeptisch. Mit Erfahrung von repressiven Polizeimethoden, wenn nicht sogar -Brutalität, aus ihren Heimatländern wie zum Beispiel Pakistan, geben sich die wenigsten offen gegenüber den Dubaier Ordnungshütern. In nur fünf Prozent aller Fälle unterstützen die Arbeitsmigranten polizeiliche Untersuchungen. Die wohlgemeinte Versicherung Tamims, die Anonymität wirklich jedes Zeugen zu schützen, fruchtet nicht.

In seiner langen, treuen Dienstzeit wurde Tamim oft ausgezeichnet, unter anderem 2002 von den Vereinten Nationen für seine Rolle in der Drogenbekämpfung. Doch hier zeigt sich der Fluch des Erfolgs: Die boomende Handelsmetropole Dubai zieht allerlei dunkle Geschäfte an; das internationale Bankenzentrum hat den Ruf, jeden Kunden zu akzeptieren. Auch eine Vielzahl iranischer Unternehmen hat sich in der Stadt niedergelassen, um die internationalen Sanktionen gegen die Islamische Republik zu umgehen.

Als eine Folge davon ist das schöne Image von Dubais öffentlicher Sicherheit in Gefahr: Zu oft haben auffällige Morde in der Golfmetropole Schlagzeilen gemacht, zuletzt die Liquidierung

des Hamas-Waffenkäufers Mahmoud al-Mabhouh im Fünf-Sterne-Hotel Al Bustan am 19. Januar 2010. Dubais Chefpolizist griff den Skandal um al-Mabhouh auf, um öffentlichkeitswirksam die vermuteten Täter anzukreiden: »Mit 99 Prozent, wenn nicht sogar 100 Prozent, Wahrscheinlichkeit steckt der Mossad hinter dem Mord«. Sollte sich dieser sichere Verdacht bestätigen, müsse Interpol einen Haftbefehl gegen den damaligen israelischen Geheimdienstchef Meir Dagan unterstützen.

Schon das dritte Mal in drei Jahren gab es damit einen so prominenten Fall für Tamims Akten: Knapp ein Jahr zuvor wurde Sulim Yamadayev, ein Rivale des tschetschenischen Präsidenten Ramzan Kadyrov, von Häschern aus Grosny auf einem Parkplatz in Jumeirah kaltgemacht. 2008 erstach ein Dubaier Ex-Polizist, gedungen von einem Ex-Liebhaber, das libanesische Popsternchen Suzanne Tamim in ihrem Apartment in der Jumeirah Beach Residence. Erst zwei Jahre später wurde der Auftraggeber des Killers, der ägyptische Multimillionär Hisham Talaat Moustafa, endgültig für schuldig befunden. Vermutlich nur eine kleine Genugtuung für Dhahi Khalfan Tamim, der wohl den Ex-Mossad -Chef nicht ins Kittchen liefern wird. **mmo**

Quellen und Links:

Bericht in der offiziellen *Khaleej Times* vom 17. August 2011

Bericht des *Spiegel* vom 19. Februar 2010

Bericht der *Los Angeles Times* vom 18. Februar 2010

Offizielle Biografie von Dhahi Khalfan Tamim



Nach den heftigen Krawallen Anfang August ist die jüngste Großlage für Londons Polizei glimpflich ausgegangen. Nach einem Medienskandal unerwartet ernannt, konnte der neue Commissioner Bernard Hogan-Howe aber einen Moment durchatmen, bevor er in die Budget-Schlacht ziehen muss.

London: Die Ruhe nach dem Sturm



>> **In der Zwangslage** zwischen sozialer Verwahrlosung und den drastischen Sparmaßnahmen der Regierung David Camerons befindet sich die »Metropolitan Police Force«, die Polizei der britischen Hauptstadt London. Die »Met«, oder manchmal auch nach ihrem historischen Hauptquartier »Scotland Yard« genannt, ist verantwortlich nicht nur für das 1.600 Quadratkilometer umfassende »Greater London« mit seinen acht Millionen Einwohnern – mit der Ausnahme der Altstadt, der »City of London« –, sondern sie ist auch mit überregionalen Aufgaben betraut wie dem Schutz der königlichen Familie und der landesweiten Terrorabwehr. Auch daher untersteht sie im Unterschied zu allen anderen Polizeikräften im Land nicht den örtlichen Behörden, sondern direkt dem Innenministerium.

Im Moment befehligt Scotland Yard rund 50.000 Mitarbeiter, darunter rund 32.000 Vollzeitbeamte und knapp 3.900 »Police Community Support Officers«. Letztere sind eine Hilfstuppe, die eine Polizeireform der Labour-Regierung vor neun Jahren geschaffen hat. »PCSOs« verfügen zwar nicht über die vollen Befugnisse ordentlicher Polizisten, wurden aber mit dem Hintergedanken eingestellt, die regulären Kollegen im Vorgehen gegen das so genannte »anti-soziale Verhalten« zu unterstützen, das die urbanen Zentren des Landes seit Jahren zunehmend plagt. Für ihre Aufgaben verfügt die Met noch über ein Jahresbudget von 3,5 Milliarden Pfund, das allerdings gemäß den Plänen von Schatzkanzler George Osborne bis 2015 um 540 Millionen gekürzt werden soll. Der Hauptstadtpolizei drohen damit Personalkürzungen, die bis zu ein Viertel der Truppe betreffen könnten.

Als ob dieses Damoklesschwert noch nicht ausreicht: Der oberste Ordnungshüter Londons, der »Commissioner of Police of the Metropolis« kann nicht rein als professioneller Polizist seine herausfordernde Arbeit verrichten – er wird un-

weigerlich in die Politik zwischen Downing Street und dem mächtigen Londoner Bürgermeister hineingezogen. In den vergangenen drei Jahren wurde der Posten bereits zwei Mal neu besetzt.

Vor allem der Tory Boris Johnson habe das Amt politisiert, meinen selbst Kommentatoren der konservativen Times. Kurz nachdem dieser 2008 Bürgermeister geworden war, entließ er Polizeichef Ian Blair, der als Commissioner unter anderem im Zuge der »Menezes-Erschießung« drei Jahre zuvor bereits eine schlechte Figur gemacht hatte. Johnson verhalf seinem Favoriten, Paul Stephenson, zu dem Posten. Stephenson stolperte aber über seine Verwicklung in den »News International«-Abhör-Skandal und trat am 17. Juli zurück. An seine Stelle trat zunächst kommissarisch Tim Godwin, sein Stellvertreter. Ein ordentliches Bewerbungsverfahren – in dem Innenministerin Theresa May und Bürgermeister Johnson gemeinsam über einen neuen »Commissioner of Police of the Metropolis« bestimmen würden – wurde für den Herbst anberaumt.

Die Messlatte für einen neuen Commissioner hatte Großbritanniens neue, konservative Innenministerin bereits im Juni 2010 hoch gelegt: »Die Verfügbarkeit von Polizisten an der Front muss zunehmen, auch wenn die Budgets schrumpfen«, verlangte sie in einer Rede vor den Polizeichefs des Vereinigten Königreichs. Sie selbst versprach dafür, »rücksichtslos« gegen Verschwendung in ihrem Ressort vorzugehen. Solcherart nahm sie den Kampf auf gegen das, was die Tories vergangenes Jahr in ihrem Wahlkampf als »broken Britain« bezeichnet hatten – das grassierende anti-soziale Verhalten. Hugh Orde, Präsident der »Association of Chief Police Officers«, der Vereinigung der obersten britischen Polizeibeamten, hielt schon auf der gleichen Versammlung gegen die Ministerin.

Mehr Beamten auf den Straßen und mehr Nähe zu den lokalen Gemeinschaften, so meinte May, sollten dazu beitragen, das zu verhindern, was

Premier Cameron anderthalb Jahre später dann doch feststellen musste: den »moralischen Zusammenbruch«. Den Trend zu »Verantwortungslosigkeit, Selbstsucht, ein Verhalten, als ob Entscheidungen keine Konsequenzen hätten, Kinder ohne Väter, Belohnungen ohne Bemühen, Verbrechen ohne Bestrafung, Rechte ohne Verantwortung«, wie ihn Cameron als gesellschaftsfeindliches Verhalten definiert und den viele Briten noch auf die Ära Thatcher zurückführen, diesen Trend hatte auch die vorige Labour-Regierung mit gezielter Gesetzgebung nicht aufhalten können.

Denn in Londons Problemvierteln, teils mit großem Zuwandereranteil aus den ehemaligen Kolonien, hoher struktureller Arbeitslosigkeit und etablierter Bandenkriminalität, genügt nur ein Funke, um aus dem individuellen anti-sozialen Verhalten einen Flächenbrand zu entfachen. Gewaltsame Ausschreitungen in den gesellschaftlichen Brennpunkten des Landes sind seit den 1980er Jahren des Öfteren vorgekommen. Was aber im Sommer dieses Jahres losbrach, hatte die Hauptstadt seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt. Ein Polizist erschoss am 4. August den Drogen-

Die Hauptstadtpolizei könnte bis zu einem Viertel ihrer Stärke verlieren.

dealer Mark Duggan im nordöstlichen Stadtteil Tottenham, der für seine Bandenkriminalität seit den 1970ern berüchtigt ist. In der Szene hieß es, Duggan sei absichtlich »mit mehreren Kopfschüssen ermordet« worden, während die »Independent

Police Complaints Commission« dies am 7. August kategorisch abstritt. Die misslungene Verhaftung war der Auslöser für die unmittelbar folgenden Krawalle, die London mehrere Tage lang in Atem hielten und auch auf andere Großstädte, wie zum Beispiel Manchester, die zweitgrößte Stadt Englands, übergriffen. Die Bilanz der Ausschreitungen: fünf Tote, 16 Verletzte, Sachschäden in Höhe von rund 200 Millionen Pfund und mehrere Tausend Verhaftungen. Bis heute sucht die Met über ihren Fotodienst auf der Plattform flickr nach Verdächtigen, die die Überwachungskameras im August aufgenommen haben.

Die Reaktionen der Londoner Polizei wurden während der Krawalltage und danach heftig kritisiert: Auf ein »zu wenig, zu spät« liefen die Meinungen hinaus. Erst am 11. August wurde über alle Polizeibeamten eine Urlaubssperre verhängt, obwohl der Bedarf an ausreichend Mannschäftstärke schon Tage früher deutlich gewesen war. Hektisch diskutierte man einen möglichen Einsatz von Wasserwerfern. Innenministerin May erklärte aber noch am 9. August, dass britische Polizei auf diese Weise nicht vorgehe und die Werfer im Übrigen erst aus Nordirland herbei geschafft werden müssten.

Angesichts der Ausschreitungen und ihrer Folgen beschleunigte das politische London das Verfahren, mit dem ein neuer Commissioner für die Met berufen werden sollte. Kandidaten waren relativ schnell gefunden: Tim Godwin, der kommissarische Polizeichef, und Hugh Orde, skeptischer Präsident der Oilzeichefs und bis 2009 »Chief Constable« in Nordirland. David Cameron brachte einen Amerikaner ins Gespräch: William Bratton, den ehemaligen Polizeichef von Los Angeles. Der Premier wurde aber von seiner Innenministerin ausgebremst; Bratton wurde zum Berater ernannt, um bei der Analyse der Krawalle zu helfen.

Letzter Bewerber war Bernard Hogan-Howe. Seit 1979 Polizist, hatte er in Oxford Jura, in

Cambridge Kriminologie und in seiner Heimat Sheffield Business Administration studiert. Seit 2009 war er einer der Polizeiinspektoren im Innenministerium. Am 12. September wählten Theresa May und Boris Johnson Hogan-Howe tatsächlich als neuen Londoner Polizeichef aus, am 26. September wurde er von der Königin neuer Commissioner ernannt.

Ein Amerikaner als Londons Polizeichef?

Im Vergleich zu Hugh Orde gilt Hogan-Howe als »tough cop«; seine Aussagen klingen bisweilen aber widersprüchlich. Von seinem vorletzten Posten, Chef der Polizei im Großraum Liverpool, bringt er seine »Total policing«-Strategie in die Hauptstadt mit: »Totaler Krieg gegen das Verbrechen, totale Fürsorge für die Opfer«. Andererseits, analysiert der 54-Jährige, hätten sich »in der Vergangenheit die Polizeikräfte in Partnerschaftsprojekte verwickelt, in denen es nicht immer darum geht, Verbrechen zu bekämpfen«. Er versuche, die Polizei zu bewegen, sich auf ihre Stärken zu konzentrieren. »Wir sind gut darin, Probleme zu lösen; wir kommen, lösen das Problem schnell und ziehen dann weiter.« Eine »totale Fürsorge« dürfte längerfristig anlegt sein.

Die Lage in London hat sich indes überraschend schnell wieder beruhigt. Jedes Jahr seit 1976 erwartet die Met mit dem »Notting Hill Carnival« Ende August regelmäßig eine Großlage mit mittlerweile rund einer Million Teilnehmern. In diesem Jahr, nur wenige Wochen nach den großen Krawallen und Plünderungen, wurde darüber

nachgedacht das Festival abzusagen, aber Boris Johnson lehnte dies ab. Ein Verbot »wäre ja ein Signal der Niederlage«. Tatsächlich lief das Londoner Pendant zum Karneval von Rio überraschend friedlich ab – vielleicht auch, weil auf Drängen der Polizei die Musik früher abgestellt wurde als sonst. Über die Psychologie des Entstehens von Massenkrawallen rätseln die Experten allerdings immer noch.

Trotzdem: Die Diskussion um die Personalstärke der Met ist wieder neu entbrannt. Streichungen, um das Sparziel von unter drei Milliarden Pfund zu erreichen, stehen laut Pressemeldungen auch bei den erst 2002 eingeführten »Police Community Support Officers« mittelfristig an. Für Polizeichef Hogan-Howe und Bürgermeister Johnson steht aber fest: Die Zahl der regulären Polizeibeamten Londons wird auch nach den Olympischen Spielen und der nächsten Bürgermeisterwahl 2012 nicht reduziert. Soviel haben beide jüngst überdeutlich verkündet. Ob ihnen die Quadratur des Kreises gelingen wird, entscheidet sich wohl in den nächsten Monaten in den Hinterzimmern von Whitehall. **mmo**

Quellen und Links:

[Bericht des *London Evening Standard* vom 4. Oktober 2011](#)

[Kommentar des *Guardian* vom 12. September 2011](#)

[Video-Meldung des *Telegraph* vom 12. September 2011 über die Ernennung Hogan-Howes](#)

[Bericht der *BBC* vom 29. Juni 2010 über geplante Kürzungen der britischen Innenministerin](#)

Auf dem Drahtseil

von Markus Heilig

>> »Eine **Polizeireform** nur an der demografischen Entwicklung auszurichten, ist falsch« – so spitzte Sven Petke, innenpolitischer Experte der CDU Brandenburg, wieder einmal seine Kritik an der Polizeireform zu, die die rot-rote Landesregierung unter Matthias Platzeck derzeit umsetzt. Der wiederholte Stein des Anstoßes in dem Vorhaben: die beabsichtigten umfangreichen Personaleinsparungen. Dass Petke dabei jüngst mit Risiken ähnlich dem Terroranschlag von Oslo Anfang August argumentierte, war sicherlich zu weit geschossen.

Das Grundsatzproblem um die Personaldecke bleibt aber bestehen. Und es ist beileibe nichts Neues. Ein Großteil der Polizeibehörden der Bundesländer hat im letzten Jahrzehnt ein oder mehrere Reformen durchlaufen. Zentral sind dabei strukturelle und organisatorische Veränderungen, aber immer wieder auch Personalkürzungen gewesen. So auch im Land Brandenburg. Die ersten tief greifenden Veränderungen wurden 2002 mit einer Strukturreform umgesetzt und finden

Die Polizei Brandenburgs steht vor einem Dilemma: Durch Personaleinsparungen sollen Ausgaben gesenkt und der negativen demographischen Entwicklung des Landes Rechnung getragen werden. Andererseits müssen die Polizistinnen und Polizisten auch zukünftig in der Lage sein, einer stets wandlungsfähigen Kriminalität zu begegnen und die innere Sicherheit im boomenden Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg zu gewährleisten. Ein Überblick über einen notwendigen Balanceakt.

seit 2010 mit der Reform »Polizei 2020« ihre Fortsetzung. Von 9.000 Stellen für die Ordnungshüter sollen rund 2.000 entfallen.

Unumgänglich ist dabei zunächst der Blick auf die haushaltspolitische Zwangslage des Landes. Die lässt die Einsicht wachsen, dass Einsparungen unvermeidbar sind. Das Gesamtvolumen des Haushalts betrug 2009, im Jahr vor der aktuellen Reform, circa 10 Milliarden Euro. Dabei stammten rund 2,5 Milliarden Euro aus externen Quellen, wie zum Beispiel dem Solidarpakt II oder Finanzhilfen der Europäischen Union. Potsdam konnte also weniger als 75 Prozent seines Haushaltes durch selbst erwirtschaftete Mittel decken. Die nicht unerheblichen finanziellen Unterstützungen werden jedoch von Jahr zu Jahr geringer und stehen spätestens ab 2019 nicht mehr zur Verfügung. Brandenburg muss also 2020 verkraften, dass 2,5 Milliarden Euro weniger Haushaltsmittel als zehn Jahre zuvor zur Verfügung stehen werden.

Außer den sinkenden Einnahmen muss der Landesetat auch die steigenden Ausgaben, insbe-



Lächeln beim Sparen: Brandenburgs Innenminister wirbt mit zuversichtlichen Polizeianwärtinnen, im Landtag wird um den Etat der Ordnungshüter gerungen.

sondere im Bereich Löhne und Gehälter, berücksichtigen. Neben den laufenden Personalkosten, die bis zu 25 Prozent des Gesamthaushalts ausmachen, werden vor allem Versorgungsleistungen für pensionierte Beamte die Kasse belasten. Im Jahr 2005 summierten sich diese Leistungen auf 100 Millionen Euro. 2020 wird dieser Betrag auf voraussichtlich 450 Millionen Euro ansteigen und 2035 bei rund 750 Millionen Euro liegen.

Auch nicht unberücksichtigt bleiben darf die demographische Entwicklung in Brandenburg. Zum einen soll bis zum Jahr 2030 die Bevölkerungszahl des Landes im Vergleich zu 2004 um voraussichtlich 13 Prozent sinken. Zum anderen ändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung: Immer weniger junge, zunehmend ältere Menschen werden zwischen Oder und Elbe wohnen. Von dieser Entwicklung ist – neben den finanziellen Aspekten, zum Beispiel Mindereinnahmen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs – auch die Polizei betroffen. Das Potsdamer Innenministerium geht davon aus, dass aufgrund der sinken- >>

den Anzahl von Menschen in Brandenburg auch die Inanspruchnahme polizeilicher Arbeit tendenziell abnehmen wird. Im Zuge dessen, so die Schlussfolgerung des vorigen SPD-Innenminister Rainer Speer und auch seines Nachfolgers Dietmar Woidke, würden weniger Polizeiwachen und weniger Personal benötigt. Ebenfalls erwartet Woidke einen allgemeinen Rückgang von Straftaten dank des zunehmenden Altersdurchschnitt im Land. Und tatsächlich belegt die bundesweite Polizeiliche Kriminalstatistik, dass ältere Menschen im Durchschnitt deutlich weniger Straftaten begehen als jüngere.

Brandenburg scheint es so nicht vermeiden zu können, Einsparungen gerade im mitarbeiter-

Brandenburg kann Sicherheit nicht ohne Berlin planen.

stärksten Bereich, nämlich dem der Inneren Sicherheit, vorzunehmen. Gemäß Personalbedarfsplanung für die Landespolizei soll die Zahl der Beschäftigten von 9.000 im letzten Jahr bis 2012 auf 8.500 und bis 2014 auf 7.500 sinken. Die Zielmarke für 2019 liegt bei 6.900 Polizistinnen und Polizisten.

Können jedoch bei einem so tiefen Einschnitt nur finanzielle und demographische Aspekte eine Rolle spielen? Diese Frage muss eindeutig mit Nein beantwortet werden. Vielmehr müssen die allgemeine Kriminalitätsentwicklung, die Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg und die allgemeine Arbeitsbelastung der Polizeibeamten in diese Entscheidung mit einbezogen werden.

Die Anzahl der benötigten Polizeibeamten ist in erster Linie abhängig von der Qualität und Quantität der Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Die Problematik wird zum Beispiel an Straftaten deutlich, die die Organisierte Kriminalität, häufig unter Beteiligung von Tätergruppierungen mit überregionalen, nationalen bis hin zu internationalen Strukturen begeht. Besonders in der Metropolregion um Berlin und in der Grenzregion zu Polen schlägt das recht schwer zu Buche: Hier bieten sich einfach zu viele Tatgelegenheiten. Die Bearbeitung dieser Straftaten ist häufig sehr personal- und arbeitsintensiv, da umfangreiche, langwierige und zum Teil überregionale Ermittlungen durchgeführt werden müssen. Der Personalbedarf in diesem Bereich sollte daher nicht nur an der prognostizierten Einwohnerdichte oder der Altersstruktur des Bundeslandes, sondern auch daran gemessen werden, wie viel Personal und Zeit für derartige Ermittlungen benötigt werden, und wie viele Verfahren in diesen Kriminalitätsbereichen in Zukunft geführt werden müssen. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung und zunehmend international operierender Tätergruppierungen ist absehbar,

dass die Quantität und die Qualität der nötigen Ermittlungen eher zu- als abnehmen werden.

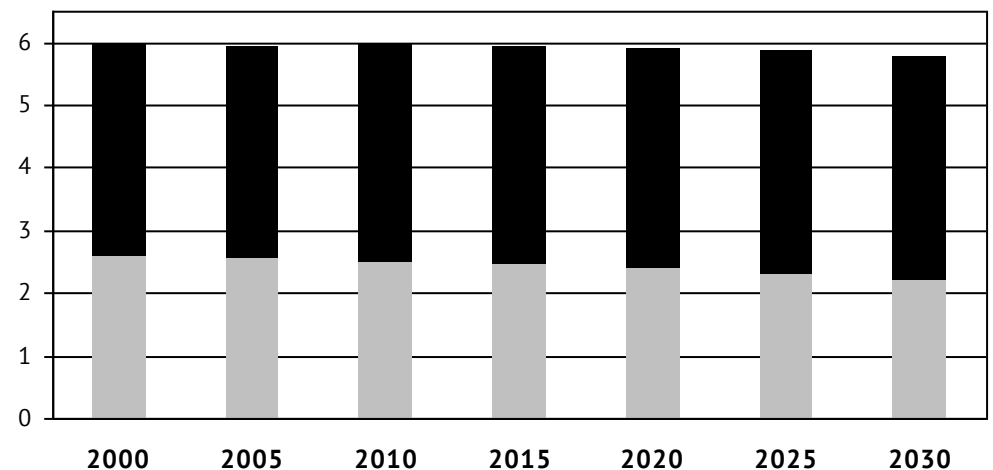
Auch die zukünftige Verkehrsbelastung des Landes Brandenburg können die Kritiker von »Polizei 2020« anführen. Die besondere Verkehrslage des Landes als Ost-West und Nord-Süd Transitstrecke sorgt dafür, dass Brandenburg von einem prognostizierten Anstieg des Güterverkehrs um 60 Prozent und des Individualverkehrs um 40 Prozent in den Jahren von 2000 bis 2015 betroffen sein wird. Hinzu kommt eine zunehmende Belastung durch den Verkehr von und nach Berlin und durch den stärker werdenden Tourismus in die brandenburgische Fläche. Die Verkehrspolizei muss daher in ihrem Bereich, das heißt in der Unfallsachbearbeitung und in der Unfallprävention, mit immer mehr Arbeit rechnen.

Auch kann die Einsatzbelastung der Polizeibehörde im Allgemeinen und der Polizistinnen und Polizisten im Besonderen nicht unberücksichtigt bleiben. Mit zunehmender Bedeutung der Metropolregion Berlin-Brandenburg wachsen gleichsam die polizeilichen Aufgaben. Kulturelle, sportliche oder politische (Groß-) Veranstaltungen in Berlin haben auch Auswirkungen auf >>

Bevölkerungsprognosen für Berlin und Brandenburg

in Millionen Einwohnern

Quellen: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008)



Brandenburg – zum Beispiel indem die Brandenburger im Vorfeld derartiger Veranstaltungen Voraufklärungen und Kontrollen auf Zufahrtsstraßen leisten, beziehungsweise Personal zur allgemeinen Unterstützung der Berliner Kollegen abstellen müssen. Aufgaben dieser Art werden mit dem Wachstum und der zunehmenden Bedeutung der Bundeshauptstadt eher zu- als abnehmen. In enger Verbindung damit steht die persönliche Belastung des einzelnen Polizeibeamten. Mit einer sinkenden Zahl von Beamten, bei jedoch gleich bleibender oder steigender Anzahl von Aufgaben und Einsätzen, wird die Belastung für den Einzelnen steigen. Das erhöht die Gefahr der Überforderung. Ein Indikator dafür ist der hohe Krankenstand bei der Brandenburger Polizei, der schon 2008 im Durchschnitt bei 30 Tagen pro Polizist und Jahr lag.

Das Land Brandenburg steht vor bedeutenden finanziellen und demographischen Herausforderungen, die Einsparungen sicherlich notwendig machen. Dennoch dürfen die Entscheidungsträger bei der Frage des Personalabbaus nicht vergessen: Die Herausforderungen für die Polizei Brandenburg in Zukunft bleiben groß und werden höchstwahrscheinlich noch größer. <<

Markus Heilig *hat beim Bundeskriminalamt studiert und ist heute Student der Verwaltungswissenschaften an der Universität Potsdam.*

Quellen und Links:

[Bericht der Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 6. Mai 2011](#)

[Meldung des RBB vom 5. Mai 2011](#)

[Themenseite der Märkischen Oderzeitung zur Polizeireform](#)

[Themenseite des brandenburgischen Innenministeriums zur Polizeireform](#)

[Präsentation »Polizei Brandenburg 2020« vom 1. Dezember 2010 aus dem brandenburgischen Innenministerium](#)

NOTIZ

Mit offenem Visier

Die im Juli in der Hauptstadt eingeführte Pflicht zur individuellen Kennzeichnung für Polizeibeamte ist unter diesen selbst unbeliebt, wird aber von Amnesty Deutschland gelobt.

>> Mit Brandenburg und Berlin haben bundesweit die ersten Bundesländer dieses Jahr eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte beschlossen, Bremen will laut rot-grünem Koalitionsvertrag folgen. Bereits seit Juli diesen Jahres müssen die Berliner Polizisten und ab 2013 auch ihre Brandenburger Kollegen im Einsatz eindeutig individuell identifizierbar sein. In der Hauptstadt soll dies nach dem Willen von Innensenator Ehrhart Körting mit Namensschildern geschehen, die alternativ aber auch gewendet werden können und dann lediglich eine persönliche Identifikationsnummer zeigen. Die Entscheidung für Name oder Nummer bleibt dabei den einzelnen Beamten vorbehalten.

So sollen in Zukunft, insbesondere bei so genannten »Großlagen«, Vorgänge wie um eine Razzia in der Berliner Diskothek »Jeton« im Mai 2005 verhindert werden: Damals stürmten mehr als 100 verummte Beamte eines Sondereinsatzkommandos einen vermeintlichen Hooligantreff und verletzten dabei 21 Menschen. Obwohl die



Foto: agfreiburg

Staatsanwaltschaft der Aktion später unverhältnismäßigen Gewalteinsatz attestierte, wurden die eingeleiteten 31 Strafanzeigen gegen die eingesetzten Polizisten später alle ergebnislos eingestellt. Die Begründung: »Keinem der Beamten konnte eine bestimmte Verletzungshandlung zugeordnet werden«.

Die deutsche Sektion von Amnesty International erklärte, es begrüße die Kennzeichnungspflicht als wichtigen Schritt auf dem Weg zur gebotenen Transparenz bei der Polizeiarbeit. In weiten Teilen der Polizei stößt die Maßnahme indes auf heftige Ablehnung. Die Deutsche Polizeigewerkschaft bezeichnet sie als »gefährlichen Blödsinn«, und ihr Pressesprecher demonstrierte das vermeintliche Verletzungsrisiko durch die neuen Schilder zuletzt gar an einem Eisbein. Die Beamten sehen sich durch die Kennzeichnung zu Unrecht unter Generalverdacht gestellt, befürchten eine Zunahme von Racheakten Krimineller gegen sich und ihre Familien und haben weiteren Widerspruch angekündigt.

doe

Tatort »Großlage«: Bei derlei Einsätzen nutzen manchmal nicht nur gewaltbereite Demonstranten die Anonymität der Situation für Übergriffe.

Quellen und Links:

Infobrief der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 18. April 2011 zur Kennzeichnung von Polizisten in Europa

Bericht der deutschen Sektion von Amnesty International vom Juli 2010, unter anderem mit einer Dokumentation des »Jeton«-Vorfalls im Mai 2005

Hintergrundbericht der taz vom 30. August 2011

Presseerklärung der Deutschen Polizeigewerkschaft vom 28. Juni 2011

Deutsche Polizeiausbilder in Afghanistan, europäische Missionen auf dem Balkan und ebenso am Hindukusch, UN-Polizeieinsätze weltweit. Abseits der großen öffentlichen Aufmerksamkeit ziehen Stabilisierungsoperationen immer mehr Ordnungshüter an. Zu Recht: Die mehr im Rampenlicht stehenden Soldaten können nur einen Rahmen für echte Innere Sicherheit schaffen. Ohne sie können failing und failed states nicht wieder aufgebaut werden.

AUSLANDSMISSIONEN

Eine Herausforderung ohne Grenzen

Ein deutscher Mentor des »German Police Project Team« überwacht hier im Oktober 2010 Polizeitraining im Camp Shaheen bei Mazar-e-Sharif. Absicht des Programms ist es, so bald wie möglich ausreichend und selbständig handelnde afghanische Polizisten auszubilden.

Foto: Sandra Arnold / ISAF

Aufbau unter Feuer

von Thilo Schroeter

Abseits des Rampenlichts spielen Polizisten eine immer bedeutendere Rolle bei der Schaffung von Sicherheit und Ordnung in »failing states« und Krisengebieten. Angesichts bisheriger Probleme – »Policing gaps« zu Missionsbeginn und Vorgehen mit »Masse statt Klasse« beim Polizeiaufbau – sind Deutschland und seine Partner gut beraten, entsprechende Fähigkeiten zu verbessern. Ansonsten steht der Gesamterfolg von Stabilisierungsoperationen von Kosovo bis Kunduz in Frage

>> Von 35 auf 13.600 hat sich seit 1988 die Zahl der Polizisten in UN-Einsätzen vermehrt. Ihr Einsatz und die Ausbildung lokaler Polizei ist mittlerweile fester Bestandteil von Stabilisierungsoperationen in scheiternden oder gescheiterten Staaten. Trotz zunehmender Aufmerksamkeit für die Aufgabe: Sowohl der Einsatz ausländischer, als auch die Ausbildung einheimischer Polizei bleiben erhebliche Herausforderungen.

»Too little, too late« ist ein Problem, das sich durch die Geschichte von Polizei in Stabilisierungsoperationen zieht. Gerade in der Anfangsphase von Missionen genießt das Thema häufig nicht die Aufmerksamkeit, die es ver-



Polizistinnen am Ende ihrer Ausbildung im Mai 2011, geleitet von der »Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti«. Polizeiaufbau gerade in »failing states« ist ein langwieriger Prozess.

Foto: Logan Abassi / UN/MINUSTAH

dient hätte. Trotz eines enormen Bedarfs im Irak nach dem Krieg von 2003 waren erst ein Jahr später, und dann nur 300 Polizeiausbilder des US-Sicherheitsunternehmens DynCorp in der Konfliktregion vor Ort.

Gründe für solche Verzögerungen sind vielfältig. Zu ihnen gehören unterschiedliche Schwerpunktsetzungen: Gerade in der Anfangsphase von Stabilisierungsoperationen hat Unterdrückung militärisch organisierter Gewalt seitens verfeindeter Gruppen Priorität – wie in Ost-Timor oder im Irak. Hierfür eignen sich aufgrund ihrer Abschreckungswirkung Militäreinheiten – nicht aber primär für Polizeiaufgaben. Insbesondere der (Wieder-) Aufbau einheimischer Polizeikräfte beginnt daher häufig erst Monate nach dem Beginn eines Einsatzes. Wenn jedoch der Aufbau lokaler Sicherheitskräfte »Teil der Exit-Strategie, anstatt der Entrance-Strategie« sei, so UN-Experte Edward Rees, schwänden sowohl Einfluss als auch Qualitätsansprüche der Interventionskräfte schnell.

Mangelnde Polizeipräsenz in der Anfangsphase von Stabilisierungsmissionen liegt auch an Strukturen: Im Gegensatz zu Soldaten sind Polizisten im Alltag in kleinen Dienststellen im Inland gebunden. Letztere lassen sich >>

in der Regel nicht en bloc in den Auslandseinsatz entsenden, sie müssen individuell und freiwillig aus einer Vielzahl von Posten gesammelt werden. In Großbritannien allein existieren 57 Polizeibehörden mit unterschiedlichen geographischen oder funktionellen Aufgaben. Angesichts der Bedrohung durch Sprengfallen und bewaffnete Gruppen ist ebenso die oft fehlende Ausbildung und Ausstattung – etwa mit geschützten Fahrzeugen oder Kommunikationsmitteln – ein Grund dafür, dass Polizeikräfte in der Anfangsphase einer Intervention oft fehlen.

Polizeiaufbau leidet ebenso darunter, dass die Ausbildung häufig Quantität statt Qualität der Polizisten betont. Dies war das Problem des Ansatzes der USA in Afghanistan, der ab 2003 parallel zum unterdimensionierten deutschen Bemühen erfolgte. In Kursen von nur zwei bis acht Wochen Dauer bildeten Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen afghanische Anwärter in »polizeilichen Grundfertigkeiten« aus. Aufgrund der teils extrem kurzen Dauer des Trainings, der Sprachbarriere zwischen Afghanen und englischsprachigen Ausbil-

den sowie der vielen Analphabeten unter den Rekruten standen eher der Umgang mit Waffen und taktische Fähigkeiten als echte Polizeiaufgaben im Ausbildungsfokus. Angesichts solcher Umstände sowie mangelhafter Ausstattung und Bezahlung desertierten bis zu 70 Prozent der Rekruten, was einherging mit grassierender Korruption und generell geringem Ansehen der Ordnungsmacht bei der eigenen Bevölkerung. »Wie wird man das Verbre-

»Wie wird man das Verbrechen los? Man schafft die Polizei ab.«

chen los? – Indem man die Polizei abschafft«, lautet heute ein afghanischer Witz. Gerade Korruption und Willkür der afghanischen Polizei sind ein wichtiger Grund für das Widererstarken der Taliban, deren informelles »Justizsystem« die Menschen zwar als drakonisch, aber wenigstens nicht korrupt ansehen.

Auch in vielen anderen Stabilisierungseinsätzen brachte die schnelle aber oberflächliche Ausbildung von Polizeikräften keinen Gewinn an Stabilität. Insbesondere die Verwendung von Polizisten als »low cost trigger puller« im Kampf gegen Aufständische, so William Rosenau vom US-Think Tank RAND Corporation kritisch, unterminiere ihre wichtige Mittlerfunktion zwischen Bevölkerung und Regierung. Schlecht ausgebildete Polizisten ersetzen keine Soldaten und sie tragen noch weniger zum Vertrauen der Bevölkerung zu der Regierung bei.

Neben Unbestechlichkeit ist personelle Zusammensetzung ein wichtiges Kriterium für eine breite Akzeptanz der Polizei. In Afghanistan war die Poli-

zei anfangs überwiegend von Tadschiken dominiert, was zu Spannungen mit der paschtunischen Mehrheit im Süden und Osten des Landes führte. In Osttimor trug die Weiterbeschäftigung von Polizisten der indonesischen Besatzer 2006 zum Ausbruch bürgerkriegsähnlicher Zustände bei. Die Bedeutung ethnischer, regionaler oder konfessioneller Balance innerhalb der Polizei zeigt, dass ihre Reform immer als politischer Prozess verstanden werden muss. Einfache, technokratische Lösungen ohne Berücksichtigung lokaler Akteure sind zum Scheitern verurteilt.

Welche Lösungen bieten sich nun an, um die von der International Crisis Group als »policing gap« bezeichnete Lücke zu Beginn einer Stabilisierungsoperation zu schließen und um eine legitime und effektive Polizei zu schaffen? Einige Lösungsansätze schlagen Gendarmerie-ähnliche oder Militärpolizeieinheiten vor.

Im Gegensatz zu normalen Polizisten sind Gendarmen – »Formed Police Units« in der UN-Terminologie – für den geschlossenen, robusten Einsatz, oft mit leichter militärischer Bewaffnung und gepanzerten Fahrzeugen für den Selbstschutz ausgestattet. Ihre Ausbildung in »grünen«, also militärischen, und polizeilichen, »blauen«, Fähigkeiten macht sie flexibel für Aufgaben wie »crowd and riot control« und das Vorgehen gegen bewaffnete Gruppen wie auch die Durchführung von Ermittlungen und anderen Polizeiaufgaben einsetzbar. Organisationen wie die italienischen Carabinieri sind dem jeweiligen Verteidigungsministerium unterstellt, was die Kooperation mit dem Militär erleichtert. Während die Ausbildung einheimischer Polizisten auch für Formed Police Units fordernd ist, haben sie den Vorteil, bereits zu Beginn einer Operation und in gefährlicheren Umfeldern arbeiten zu können. In Arbeitsteilung mit dem US-Militär vermittelten Carabinieri afghanischen Polizisten Ermittlungstechniken und die Kontrolle von Menschenmengen, während die GIs die Afghanen im Verhalten auf Patrouille, bei Angriffen und im Nahkampf trainierten.

Militärpolizisten, in Deutschland die Feldjäger, sind eine weitere Option. Einerseits militärisch organisiert und ausgebildet, verfügen auch sie über Polizei-Kompetenzen. Doch bereits ohne zusätzliche Aufgaben ist Militärpolizei häufig mit ihren Aufgaben mehr als ausgelastet: Sie erfüllt im Einsatz so wichtige Funktionen wie die militärische Disziplin aufrechtzuerhalten oder den militärischen Straßenverkehr zu leiten.

Ronja Kempin und Christian Kreuder-Sonnen vom Berliner Think Tank SWP verglichen beide Ansätze. Zum Aufbau einer deutschen Formed Police Unit für Auslandseinsätze schlagen sie vor, ein entsprechendes Kontingent der Bundespolizei zu bilden oder die Aufgaben der Feldjägertruppe zu erweitern. Hohe Belastung der Feldjäger und der Bundeswehr insgesamt durch Einsätze und Reform spricht momentan für die erste Option. Deutschland >>

würde damit dem Vorbild Australiens folgen, das 2004 eine »International Deployment Group« für robuste Auslandseinsätze bei seiner »Federal Police« gegründet hat.

Auch wenn durch Verbesserungen auf Seite der intervenierenden Staaten und Organisationen das Entstehen eines »policing gaps« verhindert und die Ausbildung der einheimischen Polizei rechtzeitig begonnen werden kann – Aufbau oder Reform einer Polizei bleiben schwierig. Erfahrungen zeigen, dass entsprechende Prozesse langwierig und politisch umstritten sind. Druck von außen ist nur begrenzt hilfreich, solange der lokalen Bevölkerung und Eliten der Wille zur Reform fehlt.

Professionelle und von der Bevölkerung als legitim wahrgenommene Polizisten sind außerdem nur ein Aspekt der Reform des Sicherheitsapparates. Ohne ein funktionierendes Justizsystem laufen die Bemühungen der Polizei ins Leere. Und ohne wirksame Institutionen zur Leitung von Polizeikräften, wie Innen- oder Justizministerien, sind die Ordnungshüter außer Stande, ihre Aufgaben zu erfüllen. <<

Thilo Schroeter, M.A., war am George C. Marshall European Center for Security Studies an einem Forschungsprojekt zur Rolle der Polizei beteiligt.

Quellen und Links:

Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 1. Juni 2011 über Polizei- und Zolleinsätze im Ausland

Wilhelm Knelangen: »Die Rolle der Polizei in internationalen Friedenseinsätzen« im »Reader Sicherheitspolitik« des Bundesverteidigungsministeriums, Ausgabe 6/2009

Kommentar »Die Drückeberger aus Bayern« von Annette Ramelsberger in der Süddeutschen Zeitung vom 15. April 2008

Webpräsenz von EUPOL Afghanistan



Der **FÖRDERVEREIN SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN E.V.** bietet jungen Wissenschaftlern eine Plattform.

Der akademische Nachwuchs, der sich auf sicherheitspolitische Themen spezialisiert, muss früher und besser qualifiziert in den fachlichen Dialog der deutschen »**STRATEGIC COMMUNITY**« eingebunden werden! Sicherheitspolitische Bildung und Forschung müssen unterstützt werden!

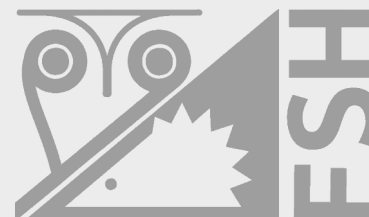
Wir stehen daher ein für eine Belebung der sicherheitspolitischen Kultur und Debatte in Deutschland. Wir unterstützen:

- ▶ Weiterbildungen für Studierende in Tagungen und Seminaren,
- ▶ die Arbeit des **BUNDESVERBANDES SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**
- ▶ und vor allem die **SCHRIFTENREIHE »WISSENSCHAFT & SICHERHEIT«** im Berliner Wissenschafts-Verlag.

**Engagieren auch Sie sich für
die Sicherheitspolitik von Morgen!
Im FSH.**

Wenn Sie die Ziele des Vereins unterstützen wollen oder an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an:

- ▶ Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen e.V.
z.H. Richard Goebelt • Rottweiler Straße 11 A • 12247 Berlin
- ▶ und natürlich unsere Webpräsenz unter **WWW.SICHERHEITSPOLITIK.DE**.



Exekutives Schattengewächs

von Andreas Regler

Seit 1989 sind deutsche Polizeivollzugsbeamte an Auslandseinsätzen im Rahmen internationaler Organisationen beteiligt. Die Einsätze nehmen zu, die Aufgaben werden umfangreicher, die Anforderungen an die eingesetzten Beamten wachsen stetig. Was sich hingegen nicht geändert hat, ist der Umstand, dass im Gegensatz zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr ausschließlich die Exekutive über eine Entsendung der Polizeieinheiten entscheidet. Ein Plädoyer.

>> Als deutsche Polizisten im Jahr 1989 an der »United Nations Transition Assistance Group« in Namibia teilnahmen, begann ein steter Entwicklungsprozess: Zivile Auslandseinsätze deutscher Polizeibeamter sind während der letzten zwanzig Jahre zu einem festen Bestandteil der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik geworden. Die Missionen wurden zahlreicher und anspruchsvoller, fanden im Rahmen verschiedenster internationaler Organisationen statt und die Kontingente wuchsen ebenso wie die Aufgaben sukzessive an: Im ersten Quartal 2011 befanden sich 331 Beamte des Bundeskriminalamts sowie der Bundes- und der Landespolizeien in einem Dutzend Auslandseinsätzen. >>

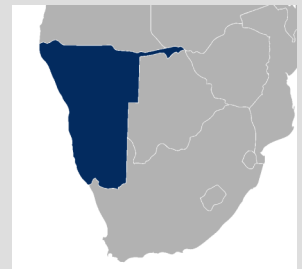


Foto: EUPOL Afghanistan

Unauffällig eingebunden: Die deutsche Beteiligung an EUPOL Afghanistan ist nur eine Marginalie in der öffentlichen Debatte.

Eine kurze Geschichte deutscher Polizei im Ausland

Die erste deutsche internationale Polizeimission – damals noch mit Beteiligung aus Ost- und Westdeutschland – fand zwischen September 1989 und März 1990 im Rahmen der UNTAG in Namibia statt. Die von der Bundesregierung entsandten 50 Beamten des Bundesgrenzschutzes sollten unter dem UN-Mandat dort Wahlen begleiten und die lokalen Polizeikräfte überwachen. Der Kabinettsbeschluss wurde, wie die damaligen Plenardebatten belegen, im Bundestag von der Opposition heftig angegangen: Neben verfassungsrechtlichen Problemen wurde der Regierung Helmut Kohls dabei insbesondere die Vorbereitung einer Verfassungsänderung zugunsten von Bundeswehreinheiten im Ausland und die bewusste Umgehung des Parlaments vorgeworfen. >>



Heute werden deutsche Polizisten, ähnlich wie die Bundeswehr, nahezu weltweit entsandt und mit im Verhältnis kaum weniger anspruchsvollen Aufgaben betraut. Die zahlenmäßigen Schwerpunkte bilden dabei derzeit Afghanistan und das Kosovo. Damit enden jedoch die Ähnlichkeiten mit der Verwendung der Streitkräfte bereits wieder. Denn die Entsendung der Beamten läuft ganz anders als ein out-of-area-Einsatz der deutschen Streitkräfte

ab. Im Falle des Militärs ist vor der Entsendung die Zustimmung des Bundestags erforderlich, auch wenn die Legislative dem Mandatsantrag der Exekutive nur zustimmen oder ihn ablehnen kann und die Regierung somit die Entscheidung dominiert. Dennoch existiert hier seit Inkrafttreten des so genannten Parlamentsbeteiligungs-gesetzes im Jahr 2005 eine verpflichten-de parlamentarische Rückbindung.

Vernachlässigte Verpflichtung des Parlaments

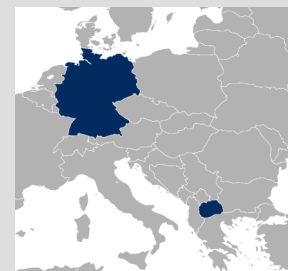
Nicht so bei Polizeiemissionen: Hier hat einzig und alleine die Exekutive das Sagen. Das Kabinett entscheidet in Form eines einfachen Beschlusses über derartige Einsätze – in der Regel hinter verschlossenen Türen und ohne Nachvollziehbarkeit des Entscheidungsfindungsprozesses für Außenstehende. Eine direkte Einflussmöglichkeit oder gar ein Mitbestimmungsrecht des Parlaments gibt es nicht. Und obwohl der Bundestag rechtlich dazu in der Lage wäre, die Beendigung eines polizeilichen Auslandseinsatzes einzufordern, ist ein solcher Fall bis heute nicht eingetreten und bleibt nach der Logik des deutschen Regierungssystems auch zukünftig unwahrscheinlich.

Mangels entsprechender gesetzlicher Pflicht entfällt des Weiteren – im Gegensatz zu Bundeswehreinsätzen – auch ein ausformulierter Mandatsantrag, der Begründung und Ziele ebenso wie die Größe des Kontingents und die voraussichtlichen Kosten enthalten würde. Lediglich die Zustimmung der Innenminister der Länder muss von der Bundesregierung erwirkt werden, da der Bund in der Regel nicht das gesamte Personal selbst stellen kann oder will und hier auf die Hilfe der Landespolizeien angewiesen ist. Deren Engagement hält sich jedoch teilweise stark in Grenzen – trotz des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 25. November 1994, der Landespolizisten Auslandseinsätze ermöglicht, und obwohl die Länder mittlerweile die überwiegende Zahl der Beamten stellen. So schrieb zum Beispiel die Süddeutsche Zeitung im April 2008 von den »Drückebergern aus Bayern«, weil der Freistaat damals als einziges Bundesland keine Polizisten ins Ausland schickte und dadurch bundesweit in die Kritik geriet. Gute Gründe für diese Zurückhaltung der Länder gibt es etliche: finanzielle oder personelle Engpässe und >>

Anstoß erregte zudem die Zusammenarbeit von Bundeswehr – die Transportkapazitäten zur Verfügung stellte – und BGS sowie die angeblich mangelnde Sensibilität im Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit im Einsatzgebiet. Die Regierung rechtfertigte die Beteiligung dagegen mit der Unterstützung des namibischen Unabhängigkeitsprozesses und dem dadurch geleisteten Beitrag zur Stabilisierung der Region sowie der Verantwortung Deutschlands, sich als UN-Mitglied nicht vor Anfragen dieser Art drücken zu können. Wie wenig vorbereitet man damals auf solche Einsätze war, wird auch daran deutlich, dass im Bonner Parlament über so banale Dinge wie die Bereitstellung von Waschmaschinen oder Kühlschränken für die Beamten vor Ort debattiert wurde. Aller anfänglichen Kritik zum Trotz: Im Mai 1992 begann die nächste UN-Mission, an der Polizisten aus Deutschland beteiligt waren, diesmal für 15 Monate in **Kambodscha**.



Analog zu den Bundeswehrmissionen wurde in den 1990er Jahren dann – neben dem »Dauerbrenner« Afrika – der Balkan ein Einsatzschwerpunkt für deutsche Polizisten. Hier begann nach der Jahrtausendwende, Ende 2003, mit der Mission **EUPOL Proxima** in der Republik **Mazedonien** auch ein neuer Trend:



Zahlreiche Auslandseinsätze finden seither im Auftrag der Europäischen Union statt. Eine beständige Ausweitung erfuhren die Aufgaben und Anforderungen, die an die Polizeibeamten gestellt werden. In den ersten Einsätzen standen noch reine Überwachungs- oder besser Beobachtungsmaßnahmen auf dem Programm – das Monitoring. Erst im Laufe der Zeit wurde das um Beratungs-, Aus- und Weiterbildungs- ebenso wie Bautätigkeiten für die örtlichen zivilen Sicherheitsbehörden ergänzt.

Nach dem Kosovo-Krieg der NATO gegen Serbien im Frühjahr 1999 begann im Juni desselben Jahres der Wiederaufbau in der ehemaligen serbischen Provinz. Auf Grundlage der Sicherheitsrats-Resolution 1244 sollte die »**United Nations Mission in Kosovo**« (UNMIK) den zivilen Aufbau im Land leiten, während die »Kosovo Force« als internationale Militärmission für die Schaffung eines sicheren Umfeldes verantwortlich war. Das Engagement in der ehemaligen serbischen Provinz ist eine Zäsur, da nach Meinung des Politologen Wilhelm Knelangen deutsche polizeiliche Auslandseinsätze damit insgesamt »eine neue Stufe« erreichten: Erstmals hatten die deutschen Beamten selbst die öffentliche Si-

das Problem, Freiwillige für risikoreiche Missionen zu gewinnen (siehe auch **ab Seite 33** in diesem *ADLAS*).

All dies führt letztlich zu einer eklatanten Schieflage: Obwohl die Entsendezahlen und Missionsbeteiligungen stetig steigen und obwohl das Konzept der »Vernetzten Sicherheit« seit dem Weißbuch 2006 auch offiziell integraler Bestandteil deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist, fristen polizeiliche Auslandseinsätze sowohl im politischen Diskurs als auch hinsichtlich der öffentlichen Aufmerksamkeit weiterhin ein Schattendasein. Eine Analyse der Plenardebatten im Zusammenhang mit dem Kosovo und insbesondere den KFOR-Mandaten führt zu einem besorgniserregenden Ergebnis: Der Faktor Polizei ist schlicht kein Thema. Wenn überhaupt, so spiegelt sich der Komplex nur marginal in den Diskussionen wider, auf polizeispezifische Probleme und Herausforderungen gehen die Parlamentarier eigentlich nicht ein. In einschlägigen Reden und Statements von Kanzlerin, Verteidigungs-, Außen- und Innenminister sieht es nicht viel besser aus. Lediglich vereinzelt und scheinbar routinemäßig als Nebensatz angehängt, finden sich hier Danksagungen, kurze Erwähnungen oder Willkommensgrüße bei der Rückkehr der Beamten. Eine substantielle öffentliche Auseinandersetzung in der Sache findet hingegen in der Regel nicht statt. Der Polizeibeitrag zum internationalen Krisenmanagement wird in der Debatte eindeutig vom Einsatz des Militärs überragt. Das gilt auch für das Engagement in Afghanistan, obwohl die Arbeit der Beamten beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte ein entscheidendes Element für die Stabilisierung des Landes und damit den Abzug der internationalen Truppen ist. Zwar wird der Polizeibeitrag hier öfter zur Sprache gebracht, an der Dominanz der Bundeswehr ändert sich jedoch nichts.

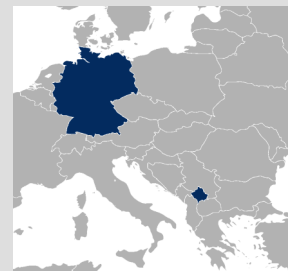
Das gilt auch für das Engagement in Afghanistan, obwohl die Arbeit der Beamten beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte ein entscheidendes Element für die Stabilisierung des Landes und damit den Abzug der internationalen Truppen ist. Zwar wird der Polizeibeitrag hier öfter zur Sprache gebracht, an der Dominanz der Bundeswehr ändert sich jedoch nichts.

Wie lange bleibt die Legislative noch außen vor?

Gleich einem einsamen Rufer in der Wüste forderte der liberale Bundestagsabgeordnete Werner Hoyer schon 2000 in einer Debatte: »Als Parlament haben wir zum Beispiel die Verpflichtung, den Einsatz unserer Polizisten mit der gleichen Sorgfalt wie den Einsatz der Bundeswehrsoldaten zu begleiten.« Diese Aufforderung verdient Beachtung und sollte umgehend praktisch umgesetzt werden. Auch wenn sich Polizisten freiwillig für eine Verwendung im Ausland melden müssen – worin sich sowohl ein weiteres Problem als auch ein zusätzlicher Unterschied zur Bundeswehr manifestiert – wäre es an der Zeit, der Legislative in diesem sensiblen Bereich mehr Kontroll- und Einflussmöglichkeiten an die Hand zu geben. Denn die eingesetzten Beamten >>

cherheit in einem fremden Land aufrechtzuerhalten und auch die Möglichkeit, repressiv tätig zu werden.

Vor diesem Hintergrund nahm die internationale Polizeimission, und somit auch die eingesetzten Deutschen, erstmals das komplette polizeiliche Aufgabenspektrum wahr – zusätzlich und zeitlich parallel zu den hergebrachten Mentoring, Monitoring and Advising-Tätigkeiten. Neben der Zuständigkeit für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Strafverfolgung hatte die Polizeikomponente von UNMIK, die so genannte »Civilian Police«, somit außerdem die Funktionen einer Grenzpolizei sowie den Aufbau und die Ausbildung einer kosovarischen Polizei inklusive sämtlicher dafür notwendiger Strukturen zu leisten. Außer den regulären Polizeieinheiten umfasste die internationale Polizei daher zudem die »Special Police Units« wie auch die »Border Police Units« für grenzpolizeiliche Aufgaben. Deutschland beteiligte sich mit Polizeibeamten von Bund und Ländern. Bis zum April 2009 hatten so rund 2.600 deutsche Polizisten im Kosovo Dienst getan.



Aufgaben. Deutschland beteiligte sich mit Polizeibeamten von Bund und Ländern. Bis zum April 2009 hatten so rund 2.600 deutsche Polizisten im Kosovo Dienst getan.

Ab Juni 2008 verlagerte sich die Verantwortung von UNMIK auf die »European Union Rule of Law Mission in Kosovo« (EULEX Kosovo). In den Bereichen Zoll, Justiz und Polizei sollte das internationale Personal die Republik Kosovo, welche sich am 17. Februar desselben Jahres für unabhängig erklärt hatte, beim Aufbau beobachten, beraten und anleiten. Im Gegensatz zu UNMIK, die noch die volle Bandbreite exekutiver und legislativer Aufgaben abdeckte, versteht sich EULEX explizit als eine Art großer Bruder, der hinter den örtlichen Akteuren steht. Sie blickt diesen über die Schulter und wird nur ausnahmsweise in ausgewählten Bereichen exekutiv tätig, beschränkt sich ansonsten jedoch auf technische Hilfestellung. Insgesamt steht damit eine dreistufige Sicherheitspräsenz aus der örtlichen kosovarischen Polizei, der EULEX-Bereitschaftspolizei sowie den Kräften der KFOR zur Verfügung.

Auch zu EULEX sagte Berlin die Entsendung deutscher Beamter zu. Von den als Kontingentmaximum festgelegten 180 deutschen Polizisten verrichteten im Juni 2011 nach Auskunft der Bundesregierung allerdings lediglich 73 im Kosovo ihren Dienst. Nichtsdestotrotz stellte Deutschland mit Udo Karl-Heinz Möller bis zum 15. August 2011 den Chef der etwa 1.100 Mann starken EULEX-Polizeikomponente. Dass dieses polizeiliche Engagement, wie auch das militärische, trotz der insgesamt relativ beruhigten Lage weiterhin vonnöten ist, haben die Unruhen der vergangenen Monate im Nordkosovo eindrücklich belegt.

Einen weiteren Schritt tat Deutschland schließlich durch den Einsatz von Polizeikräften in **Afghanistan**. Mit dem 2002 gestarteten »German Police Pro-

leisten mittlerweile sowohl quantitativ als auch qualitativ im Namen der Bundesrepublik einen wesentlichen Beitrag zum internationalen Krisenmanagement und sind so ein nicht mehr wegzudenkender Teil des nationalen außenpolitischen Instrumentariums.

Ein erster wichtiger und keineswegs zu unterschätzender Schritt in die richtige Richtung wäre die Steigerung der öffentlichen Aufmerksamkeit für dieses Thema. Der bescheidene Informationsdruck, den die Fraktion der Linkspartei mit ihren periodischen Anfragen seit einigen Jahren auf die Bundesregierung ausübt, reicht hier bei weitem nicht aus. Denn über die Aufzählung basaler Fakten kommen die Antworten inhaltlich zumeist nicht hinaus. Probleme und offensichtliche Fehlentwicklungen wie etwa in Afghanistan, müssen aber offengelegt, diskutiert und damit behebbar gemacht werden. Es bedarf daher vielmehr einer tatsächlichen, inhaltlich fundierten und regelmäßig zu vollbringenden Legitimations- sowie Informationspflicht der Exekutive, damit dieses keineswegs stumpfe Schwert auch in Zukunft nicht allzu sorglos – oder gar missbräuchlich – im Namen der Bürger geführt wird. <<

Andreas Regler studiert Politikwissenschaft im Masterstudiengang an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

ject Team» (GPPT) übernahm die Bundesrepublik nicht nur dezidiert bilateral Verantwortung für den Aufbau und insbesondere die Ausbildung afghanischer zivilen Sicherheitsbehörden, sondern zunächst sogar die internationale Führungsrolle in diesem wichtigen Bereich. Ebenso geht die Etablierung der seit Mitte 2007 laufenden europäischen Polizeimission **»EUPOL Afghanistan«** auf die deutsche Ratspräsidentschaft und damit eine nationale Initiative zurück.

Damit wurde Afghanistan neben dem militärischen auch ein polizeilicher Einsatzschwerpunkt, in dem Anfang 2011 mehr als 200 deutsche Beamte tätig waren. Doch das Engagement konnte lange Zeit kaum Fortschritte erzielen. Anschläge der Taliban auf Beamte, grassierende Korruption, Analphabetismus oder der schlechte bauliche Zustand von Polizeiwachen, um nur einige Probleme zu nennen, hemmen das Vorankommen. Aber auch selbst zu verantwortende Umstände – wie der ungenügende Aufwuchs lokaler Polizeikräfte weil die Deutschen, im Gegensatz etwa zu den Amerikanern, auf Qualität statt Quantität setzten, oder die zu geringen Kontingenzahlen – machen bis heute wiederholtes Nachsteuern notwendig.

Andreas Regler



Quellen und Links:

[Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 1. Juni 2011 über Polizei- und Zolleinsätze im Ausland](#)

[Wilhelm Knelangen: »Die Rolle der Polizei in internationalen Friedenseinsätzen« im »Reader Sicherheitspolitik« des Bundesverteidigungsministeriums, Ausgabe 6/2009](#)

[Kommentar »Die Drückeberger aus Bayern« von Annette Ramelsberger in der Süddeutschen Zeitung vom 15. April 2008](#)

[Webpräsenz von EULEX Kosovo](#)

[Webpräsenz von EUPOL Afghanistan](#)

[Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vom 10. Oktober 2011 über den Besuch des Ministers Hans-Peter Friedrich in Afghanistan und die Eröffnung einer Polizeiakademie in Mazar-e-Sharif](#)

[Themenseite »Polizeiliche Aufbauhilfe in Afghanistan« des Bundesinnenministeriums](#)

[Positionspapier des Bunds Deutscher Kriminalbeamter vom Januar 2010 zur Polizeiausbildung in Afghanistan](#)

[Überblick über deutsche Beteiligung an internationalen Polizeimissionen auf der Website der Bundespolizei](#)

Ein leeres Versprechen

von Nadine Neumann

Deutschland beteiligt sich mit rund 300 Ordnungshütern an internationalen Polizeimissionen. Die Entscheidungsprozesse hierfür sind problematisch und die Finanzierung dysfunktional: Über die Entsendung befindet die Bundesregierung, ohne jedoch selbst über ausreichend Beamte zu verfügen oder den Bundestag befragt zu haben. Den Bundesländern aber, die das Personal haben, fehlt der finanzielle Ausgleich für ihre Beteiligung.

>> Als Außenminister Guido Westerwelle im Februar 2010 die blutigen Auseinandersetzungen in Afghanistan als bewaffneten Konflikt im Sinne des Völkerrechts qualifizierte, erntete er – mit einiger Verzögerung – eine besondere Reaktion: Brandenburgs Innenminister Rainer Speer verweigerte den Einsatz seiner Ordnungshüter am Hindukusch. »Diese Aussage macht eine Neubewertung des Einsatzes unserer Polizisten erforderlich,« erklärte Speers Sprecher Ingo Decker Anfang September 2010. »An einem Krieg beteiligen sich brandenburgische Polizisten nicht, sie haben vielmehr ausschließlich einen zivilen Aufbauauftrag.«



Foto: Deutscher Bundestag

Stolperstein Föderalismus: Ohne die Länder kann der Bund keine Polizisten ins Ausland entsenden – so spielt die Innenpolitik stark in der Außenpolitik mit.

Deutschland beteiligt sich derzeit mit rund 300 Beamtinnen und Beamten an internationalen Polizeieinsätzen, meist unter dem Mandat der UN oder der EU. Die allgemeine Rechtsgrundlage für diese Auslandseinsätze ist das Völker- und EU- sowie nationales Recht. National regelt Artikel 32 des Grundgesetzes, dass die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten in dem Kompetenzbereich des Bundes fällt – hierzu zählen auch bi- und multilaterale Polizeimissionen. Während also die Bundesregierung entscheidet, ob und in welchem Umfang sich Deutschland an solchen Missionen beteiligt, liegt die Federführung bei der Durchführung nominell beim Auswärtigen Amt.

Eine Entscheidung der Bundesregierung, sich an Polizeimissionen zu beteiligen, ist faktisch oft nur eine Interessenbekundung. Die Regierung kann mit der ihr unterstehenden Bundespolizei den Personalbedarf – insbesondere bei größeren Missionen – nicht allein abdecken. Sie ist auf die Länderpolizeien angewiesen.

Die Entsendung von Bundespolizisten ins Ausland regelt Paragraph 8 des Bundespolizeigesetzes und unterliegt dem Bundesinnenministerium. Die Hoheit über die Länderpolizei haben nach Artikel 30 und 70 des Grundgesetz- >>

zes die Bundesländer. Die Landesregierungen entscheiden also selbst, ob sie ihre Polizisten ins Ausland schicken. Rechtsgrundlage für deren Entsendung ist dabei Paragraph 14 des Beamtenstatusgesetzes zusammen mit landesrechtlichen Regelungen: Landespolizisten werden von ihren Innenministern für die Teilnahme an Einsätzen in den Geschäftsbereich des Bundesinnenministers – also zur Bundespolizei – abgeordnet.

Ausschließlich die Exekutive entscheidet über die Polizeimissionen. Ein Parlamentsvorbehalt existiert nicht. Angesichts der Bundestagsdebatten über die Entsendung von deutschen Soldaten ins Ausland und des Beharrens der Parlamentarier auf ihrem Mitspracherecht verwundert es, dass Bundes- und Landesregierungen allein über die eine Beteiligung an internationalen Polizeimissionen entscheiden können. In Anbetracht der immer wichtigeren Rolle, die Polizisten in internationaler Krisenbewältigung spielen, fordert auch die Deutsche Polizeigewerkschaft, ein Parlamentsvorbehalt sei für die Auslandseinsätze der Ordnungshüter notwendig. Das Bundesverfassungsge-

richt hat diesen für Einsätze deutscher Soldaten im Ausland mehrfach bestätigt und angemahnt.

Aber nicht nur die Entscheidungs-, sondern auch die Finanzierungsstrukturen dieser Missionen sind verbesserungswürdig: Das derzeitige Verfahren sorgt dafür, dass die Bundesländer kaum Interesse an internationalen Einsätzen ihrer Beamten haben. Die Polizisten, die ihren Dienst im Ausland absolvieren, erhalten weiterhin

ihre Inlandsbesoldung, die der jeweilige Landesdienstherr zahlt. Die Länder erhalten hierfür vom Bund allerdings keinen finanziellen Ausgleich.

Zudem muss die Arbeit der Abwesenden von den Kollegen in der Heimat übernommen werden. Das heißt: Jeder Polizist, der ins Ausland geht, fehlt im Inland. Wer Arbeit eines Kollegen übernimmt, weil dieser sich freiwillig für eine Auslandsmission gemeldet hat, wird das wahrscheinlich mit wenig Begeisterung tun. Der soziale Druck vor Antritt eines solchen Einsatzes kann für den Freiwilligen entsprechend hoch sein. Klischees, Auslandseinsätze seien bezahlter Urlaub, verstärken das Problem noch. Dem könnte abgeholfen werden, wenn die Bundesregierung die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen würde, um die freigewordenen Dienstposten vertretungsweise zu besetzen. Jeder Polizist, der für eine internationale Mission abgestellt wird, bedeutet bislang für die Landeskassen einen Verlust. Es liegt also eher im Interesse der Länder, dass sich möglichst wenige Polizisten ins Ausland abmelden.

Der Grundsatz, »wer entscheidet, der zahlt«, würde diese Fehlanreize auf Länderebene beseitigen. Aber auch dann wäre noch keine Personalstamm vorhanden, den man problemlos in Marsch setzen könnte. Dagegen stehen bisher das Prinzip, dass nur Freiwillige an den Polizeiauslandsmissionen teilnehmen, und die Unwilligkeit von Bund und Ländern, Dienstposten und Strukturen speziell für die Anforderungen von Auslandseinsätzen zu schaffen.

Die Bundesregierung kann folglich Zusagen über eine deutsche Beteiligung an internationalen Polizeimissionen treffen, letztlich aber nicht gewährleisten, diese auch einhalten zu können. Dies zeigt sich nicht zuletzt in Afghanistan: Die bisherigen Bemühungen um einen nachhaltigen Polizeiaufbau am Hindukusch krankten bislang am zu geringen Personaleinsatz.

Sollte sich Berlin dafür entscheiden, auch in Zukunft verstärkt Polizisten in internationale Stabilisierungsmissionen zu entsenden, müssen effektivere Wege gegangen werden – Finanzierung und Entscheidungsprozess bedürfen der Reform. Die am internationalen Verhandlungstisch zugesagten Polizisten müssen auch real vorhanden und tatsächlich entsendbar sein. Mit ungehaltenen Versprechungen stabilisiert man keine Krisenregion. <<

Nadine Neumann *hat Politikwissenschaften in Hamburg und Bremen studiert.*

Quellen und Links:

[Pressemitteilung des Brandenburger Innenministeriums vom 4. September 2010](#)

[Studie von Mechthild Baumann und Carolin Bretl: » EU-Polizeimissionen. Force Generation und Training im deutschen Kontext« vom März 2010](#)

Der billigste Anbieter

von Felix Rabeler

DynCorp ist einer der größten Militärdienstleister der Welt und beschäftigt in Afghanistan mehr als 1.000 Polizeiausbilder und Hilfskräfte. Sie schulen jene Polizisten, die jetzt und besonders nach Abzug der ISAF-Schutztruppe ein sicheres und geordnetes Leben für die 30 Millionen Afghanen gewährleisten sollen. Der riesige Auftrag, bezahlt von amerikanischen Steuergeldern, zeigt nicht die gewünschten Resultate und wurde kaum auf Erfolg kontrolliert – und trotzdem vor kurzem verlängert.

>> Auf der Afghanistankonferenz der SPD im Dezember 2010 forderte Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, die Revision des Auftrags der Bundeswehr in Afghanistan: weg von den zivil-militärischen Provincial Reconstruction Teams (PRTs) hin zu einer Schutztruppe für die am Hindukusch eingesetzten deutschen Polizisten, die im Rahmen von Mentoring-Programmen zusammen mit ihren frisch ausgebildeten afghanischen Kollegen zusammen auf Streife gehen. Schließlich würden diese durch den Aufbau ziviler Sicherheitsstrukturen die eigentliche Arbeit schultern. Diese



Das Risiko outsourcen: John Supina, dritter von links, Senior Vice President bei DynCorp International, legt neben Branchenkollegen vor der »Commission on Wartime Contracting« des US-Kongresses Rechenschaft ab.

Wahrnehmung mag im Prinzip richtig sein – Sicherheit, die alleine durch ausländische Militärpräsenz erreicht wird, ist keine nachhaltige Lösung.

Auf ganz Afghanistan bezogen sprechen die Zahlen allerdings eine andere Sprache von der Bedeutung, die dieser Erkenntnis in Deutschland beigemessen wird: 43 deutschen Ausbildern stehen allein etwa 1.000 Amerikaner gegenüber, die der amerikanische Militär- und Sicherheitsdienstleister DynCorp stellt. Ob die deutschen Beamten einen guten Job machen, ist für die offizielle ISAF-Exit-Strategie von relativ untergeordneter Relevanz, im Gegensatz zur Bilanz von DynCorp. Die weist allerdings schwerwiegende Defizite auf.

Ein Blick zurück: Vor dem US-geführten Einmarsch in Afghanistan Ende 2001 unterhielt das Land unter den Taliban keinerlei Polizeikräfte. Ein sehr geringes und landesweit stark fluktuierendes Maß an Sicherheit stellten auf lokaler Ebene private Akteure her: Zivilisten beziehungsweise Privatpersonen, die durch ihren Zugang zu Geld, Einfluss und Waffen die Möglichkeit hatten, ihre Interessen durchzusetzen. Eine gewisse öffentliche Ordnung und der Schutz von Leib, Leben und Besitz der Menschen in ihrem Einflussbereich mag oft zu diesem Ad-hoc-System dazu gehört haben. Ebenso oft >>

bedeutete es aber die Durchsetzung von Willkür: »Steuern« für die Benutzung von Straßen, Erpressung und anderes.

Diese privaten Akteure wurden je nach Lesart des Zuschreibenden als Stammesführer, »Taliban«, »Warlords«, »Strongmen« oder »Aufständische« bezeichnet. Ihre Einflussgebiete glichen seit Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan einem Flickenteppich an Rechtssicherheit für ihre Subjekte. Ihre Willkür war jedoch nicht absolut, denn mit den meisten lokalen Machthabern konnte auf die eine oder andere Art verhandelt werden: Kulturelle oder religiöse Gebräuche, Tauschgeschäfte, ererbte Loyalitäten, Familienzugehörigkeit und andere Faktoren brachten im lokalen Rahmen eine begrenzte Rationalität in einen Zustand, den Beobachter von außen als komplett anarchisch wahrgenommen haben.

Auf dem Bonner Petersberg beschlossen Vertreter der wichtigsten afghanischen Ethnien, der Anti-Taliban-»Nordallianz« sowie Repräsentanten verschiedener afghanischer Exilgruppen – mit Unterstützung der Vereinten Nationen – im Dezember 2001 die Schaffung eines Zentralstaates mit einer Zentralregierung. Die sollte die Interessen der verschiedenen Volksgruppen Afghanistans durch Sicherheit unter Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien friedlich ausgleichen und somit die lokalen Machtstrukturen obsolet machen. Diese Entscheidung zum »nation-building« in dem zerstörten Land mit seinen verstreut lebenden 30 Millionen Einwohnern schuf den Bedarf für eine professionelle Polizei, die nach Abschluss der Kriegshandlungen ein Grundmaß an Sicherheit im Alltag gewährleisten sollte: Sicherheit vor allem

für Leib und Leben, für meist auf dem Feld erwirtschaftete Gewinne beziehungsweise das spärlich vorhandene private Hab und Gut, Sicherheit auf der Straße, unterwegs etwa zum Markt oder zur Schule.

All dies musste einerseits im ganzen Land gleichzeitig und andererseits »aus dem Stand«, ohne bereits vorhandene Strukturen, geschehen. Zudem musste diese Herkulesaufgabe

innerhalb eines kleinen Zeitfensters durchgeführt werden, um einerseits schnellstmöglich Vertrauen in die neue Zentralregierung in Kabul und deren Institutionen aufzubauen und andererseits einen baldigen Abzug der ausländischen Truppen zu ermöglichen.

Am deutschen Beispiel lässt sich sehen: Es ist keine einfache Aufgabe, eine möglichst große Zahl aktiver und geeigneter Polizisten aufzubringen, weiterzubilden und für längere Zeit in das Land am Hindukusch zu schicken,

Eine Herkulesaufgabe aus dem Stand erbringen

DynCorp International

ist mit über 3 Milliarden US-Dollar Umsatz im Jahr 2010 eine der größten privaten Militär- und Sicherheitsfirmen weltweit. Die Hauptgesellschaft DynCorp International LLC hat ihre Wurzeln in den Firmen »Land-Air« und »California Eastern Airways«, die noch während des Korea-Krieges Nachschub für die Truppen der USA und der Vereinten Nationen transportierten. Später wartete DynCorp hauptsächlich Fluggerät für die amerikanische Luftwaffe und diversifizierte dann sein Angebot an Dienstleistungen. Zum Angebot gehörten nun nicht nur die Instandhaltung verschiedener Land- und Luftfahrzeuge sondern auch die Durchführung verschiedener Baumaßnahmen, nachrichtendienstliche Unterstützungsaufgaben technischer Art sowie die Ausbildung von Armee- und Polizeikräften wie beispielsweise in Bosnien. Wichtige Einsatzfelder der Firma waren und sind der sogenannte »War on Drugs« in Kolumbien und der andauernde Wiederaufbau des Irak.

Die Firma wechselte mehrfach den Besitzer, so zum Beispiel 2003 als sie von der amerikanischen Computer Sciences Corporation gekauft und gleich im nächsten Jahr wieder an Veritas Capital Management weiterveräußert wurde. Im Sommer 2010 wechselte sie erneut den Besitzer, als der New Yorker Investmentgigant Cerberus Capital Management 88 Prozent der Anteile in sein Portfolio übernahm.

um diese Aufbauarbeit zu leisten. Besonders dann nicht, wenn es auf freiwilliger Basis geschehen soll.

Da kein Staat der Welt über ausreichend Personal, Logistik und das Know-How verfügt, um Polizisten über den nationalen Bedarf hinaus im großen Maßstab auszubilden, haben die an der »Operation Enduring Freedom« (OEF) und der »International Security Assistance Force« (ISAF) beteiligten Staaten ihre Ressourcen entweder zusammengelegt oder weitere hinzugekauft. Nicht jede an der ISAF-Mission beteiligte Regierung ist bereit, sich die wichtige Aufgabe aus der Hand nehmen lassen oder sie weiter zu delegieren. Gerade Deutschland wollte mit einem erfolgreichen Aufbau ziviler Sicherheitsstrukturen im Norden Afghanistans ein Erfolgsbeispiel für seinen zivil-militärischen Ansatz von »vernetzter Sicherheit« liefern.

Der riesige Ausbildungsauftrag der Bush-Administration für DynCorp aus Falls Church, Virginia im Jahr 2002 war die amerikanische Antwort auf das Problem. Die Firma hatte bereits in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo in großem Maßstab Polizei ausgebildet. Der Auftrag stand zunächst unter der Aufsicht des US State Department und ging später an das Pentagon über. >>

DynCorp stellte unter Zeit- und Erfolgsdruck etwa 800 ehemalige amerikanische Polizeibeamte aus allen Laufbahnen und Landesteilen ein – vom SWAT-Team-Führer bis zum Dorfscherriff. Die Beamten in den USA durchlaufen keine einheitliche Ausbildung, einige müssen lediglich bescheidene zwei Monate an Lehrzeit ableisten.

DynCorp setzte diese Mischung von Angestellten mit unterschiedlichen Vergangenheiten und Fertigkeiten nach ihrer Rekrutierung in Dutzenden Ausbildungscamps im amerikanischen Operationsgebiet in Afghanistan ein. Der Auftrag schlug in weiten Teilen fehl.

Das State Department stellte zur Überwachung des gigantischen und so noch nie dagewesenen Vorhabens ein vergleichsweise winziges Team zusammen: 2006 – vier Jahre nach dem Vertragsbeginn – machten sich sieben »in-country contracting officers representatives« auf den Weg, dutzende Ausbildungslager und eine Fülle an finanziellen Vorgängen zu überprüfen – unterstützt von einem 13-köpfigen Hilfsteam im fernen Washington. Nicht immer war die ganze Gruppe in Afghanistan unterwegs, zeitweise waren es nur drei Beamte.

»Alles, was hier schief gehen konnte, ist schiefgegangen.«

Obwohl kein Abrechnungsbeleg unter 3.000 US-Dollar geprüft wurde, kamen die Buchprüfer zu dem Schluss, dass mindestens eine Drittmilliarde Dollar des über sechs Milliarden schweren Vertragsvolumens nachweislos versickert war. Hinzu wurden schwere Defizite bei der Durchführung der Ausbildung bekannt: Stichproben ergaben einen hohen Anteil an verschwundener Ausrüstung – einschließlich »kritischer« Gegenstände wie etwa Waffen, Funkgeräten oder Zieloptiken –, die von DynCorp-Personal aus der Bestandsliste ausgetragen worden waren. Zudem stießen die Kontrolleure auf eklatante Ausbildungsmängel. In einem der DynCorp-Camps zum Beispiel versäumten es die Ausbilder, die Visiere der individuell zugeteilten Gewehre an die Augen der Schützen anzupassen. Diese Prozedur ist auf jeder Schießbahn von Polizei oder Militär unerlässlich; Standard; wird das Einschießen unterlassen, ist das Zielen für den Schützen sehr schwierig. Das Resultat war abzusehen, die meisten Rekruten mit fehlerhaften Visieren versagten bei der Schießprüfung. Trotzdem wurden sie von DynCorp in den bewaffneten Einsatz geschickt. Erst als eine paramilitärische Polizeieinheit aus Italien das Camp übernahm, stellte sie diesen kritischen Mangel ab. Gordon S. Heddell, Generalinspekteur des

US-Verteidigungsministeriums, das den Vertrag nach einigen Jahren im Rahmen eines Strategiewechsels übernahm, zog im April 2010 das vernichtende Fazit aus den Berichten des Kontrollteams vom Februar des gleichen Jahres: »Alles, was hier schief gehen konnte, ist schiefgegangen.«

Besserung an den beklagenswerten Zuständen ist bis heute kaum in Sicht: Nachdem DynCorp der Folgevertrag entzogen werden sollte, klagte die Firma im März vergangenen Jahres erfolgreich ihre Beteiligung an der Auftragsvergabe ein. Sie versicherte wiederholt, dass man stolz auf die geleistete Arbeit sei und voll mit den Aufsichtsorganen zusammenarbeiten wolle.

Wenn auch DynCorp für die größte Mehrzahl der Missstände verantwortlich zeichnet – die zuständigen amerikanischen Ministerien müssen sich den Vorwurf grober Verletzung ihrer Aufsichtspflicht gefallen lassen. Teil des Problems ist die über Jahre gültige Vergabep Praxis der US-Behörden, genauer die des Department of Defense und des Department of State: Beide waren laut der maßgeblichen »Federal Acquisition Regulation« verpflichtet, das günstigste Angebot anzunehmen, das im Rahmen der Ausschreibung abgegeben wurde. Lediglich »technisch annehmbar« musste die Durchführung des Auftrages laut Vorschrift auf dem Papier sein. Dies führte in mehreren Fällen zu Dumping-Angeboten, die im Nachhinein korrigiert werden mussten – zu Ungunsten des Auftraggebers. Solche Korrekturen können einerseits teuer werden und andererseits Probleme bei der Erfüllung des Auftrages mit sich bringen, besonders bei einem Projekt der Größe der Polizeiausbildung im gesamten afghanischen Verantwortungsbereich der USA. Die enormen Probleme des Ausbildungsvertrages mit DynCorp zeigen die Schwierigkeit beim Einsatz privater Firmen, die sich besonders darin äußert, dass das Interesse des Auftraggebers nicht automatisch auch das des Auftragnehmers ist. Die markt- und betriebswirtschaftliche Logik, dass sich nur Qualitätsarbeit lohnt, funktioniert dann nicht, wenn nur unzureichend evaluiert und kontrolliert wird.

Angesichts der anteiligen Größe des DynCorp-Vertrages an der gesamten Ausbildung der schlecht ausgerüsteten und unterbezahlten »Afghan National Police« (ANP) muss auch die Frage nach der Gesamtrelevanz der Ausbildungsbemühungen unter deutscher Ägide erlaubt sein. Selbst wenn es der Fall ist, dass das deutsche Ausbildungskontingent seinen Auftrag besser erfüllt als die privaten Kollegen von DynCorp, bleiben andere Probleme bestehen. Beispiele sind mangelhafte Ausrüstung und die auch für afghanische Verhältnisse schlechte Bezahlung, die mit ihren knapp 200 Dollar für die Fi- >>

Der Schlendrian klagt sich erfolgreich ein.

finanzierung einer Familie nicht ausreicht. Diese Probleme haben Folgen: Viele der frisch ausgebildeten Polizisten verdienen sich ein Zubrot durch Veruntreuung oder Korruption, wechseln zu einem der vielen privaten afghanischen Sicherheitsdienste oder gleich zu den Aufständischen. Auch wenn die deutschen Ausbilder nicht zu Unrecht darauf hinweisen, dass sie nachhaltiger und tiefgreifender ausbilden als DynCorp, ist die Desertationsrate – landesweit liegt sie bei etwa 20 Prozent – im deutschen Einsatzgebiet weiterhin relativ hoch. Auch fast zehn Jahre nach der Petersberg-Konferenz gibt es kaum autonom handlungsfähige Polizeieinheiten.

Für die Entwicklung Afghanistans hin zu einem demokratischen Rechtsstaat sind die beschriebenen Probleme Gift, denn die Sicherheit des Einzelnen ist für eine funktionierende Gesellschaft und eine echte Demokratie unerlässlich. Ohne persönliche Sicherheit ist es unmöglich, parallele Machtstrukturen außerhalb des Staates unattraktiv zu machen; privates Wirtschaften, freie Meinungsäußerung, freie Wahlen, staatliches Gewaltmonopol – die Liste der Dinge, die ohne eine funktionierende Polizei nicht möglich sind, ist lang. Ohne eine solche würde der Abzug der ISAF-Truppen Afghanistan in einem gefährlichen Schwebezustand hinterlassen und alle von der internationalen Gemeinschaft vor der Intervention proklamierten Ziele gefährden. Anders gesagt: Scheitert das Projekt ANP weiterhin – und ein umfassender Erfolg scheint sich nicht einzustellen –, bleiben alle ISAF-Ausstiegsszenarios für 2014 Makulatur. <<

Felix Rabeler hat Politologie in Berlin studiert. Dieser Text ist ein bearbeiteter Ausschnitt aus seiner Diplomarbeit »Subcontracting Security in Weak States. Case Studies from Afghanistan« (Berlin 2010).

Quellen und Links:

[Bericht der Huffington Post vom 21. März 2010](#)

[Hintergrundbericht »DynCorp Oversight in Afghanistan Faulted« der Forschungsgruppe CorpWatch vom 26. Februar 2010](#)

[Abschlussbericht des US-Verteidigungsministeriums »DOD Obligations and Expenditures of Funds Provided to the Department of State for the Training and Mentoring of the Afghan National Police« vom 9. Februar 2010](#)

[Website der »Commission on Wartime Contracting« des US-Kongresses](#)

Weder Freund noch Helfer

von Theresa Lankes

Der Weltsicherheitsrat will den Südsudan bei der Ausbildung einer nationalen Polizei unterstützen und schuf anlässlich der Staatsgründung die UN-Südsudanmission. Die Kluft zwischen Anzahl und Mitteln der internationalen Polizisten und den zu überwindenden Schwierigkeiten – unter anderem Brutalisierung in der Ausbildung, Bildungsmangel und Korruption – ist jedoch extrem groß.

>> Dass die sudanesishe Polizei dringend einer Reform bedürfe, hatte Salva Kiir, heutiger Präsident des Südsudan, bereits im September 2009 bei einer Parteienkonferenz in Juba erklärt. Die Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten müsse verbessert, die Beachtung von Bürgerrechten erhöht und die Einstellung der Beamten gegenüber der Bevölkerung freundlicher werden – ein Ruf nach dem hierzulande bekannten »Freund und Helfer«. Obwohl die Staatengemeinschaft die nationalen Maßnahmen zur Schaffung des »South Sudan Police Service« (SSPS) schon seit 2005 unterstützt, bestehen diese Probleme auch in dem jungen Staat Südsudan. Daher hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am Tag der Unabhängigkeit des Südsudan, dem 9.



Ihren Aufgaben gewachsen? Rekruten des »Southern Sudan Police Service« beim Training in der Polizeiakademie Rajaf im Herbst 2010.

Foto: UN / Paul Banks

Juli 2011, zum Aufbau der südsudanesischen Polizei die »UN Mission in South Sudan« (UNMISS) geschaffen. Die Aufbaumission steht vor zahlreichen Herausforderungen, insbesondere der Gefahr eines Bürgerkrieges durch interne ethnische Spannungen.

Bereits 2005 gab der Sicherheitsrat der »United Nations Mission in Sudan« (UNMIS) das Mandat zum Aufbau einer an internationalen Standards orientierten südsudanesischen Polizei. Mit diesem Mandat sollte das Friedensabkommen zwischen der Regierung al-Bashir und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee umgesetzt werden, das dem Südsudan Autonomie und ein Referendum über seine Unabhängigkeit versprach. Mit dem Abkommen endete offiziell der seit 1983 andauernde Bürgerkrieg im Sudan. Das UNMIS-Mandat erlaubte den Einsatz von maximal 715 Polizisten. Tatsächlich waren 697 Polizisten ständig vor Ort. Fünf von ihnen waren Deutsche.

Die deutschen Polizisten im Südsudan beobachteten und berieten vorrangig Polizeikräfte aller Führungsebenen zur Einhaltung der Menschenrechte, internationaler Standards und Gesetze. Zudem bildeten sie südsudanesishe Polizeikräfte aus. Im Dezember 2010 wurde die Gesamtstärke der südsudane- >>

sischen Polizei auf 6.000 beziffert. Sie stellt den gesamten ersten Ausbildungsjahrgang dar. Der Einsatz der Sudanmission der UN kann insofern als Erfolg bezeichnet werden, als dass sich die Bevölkerung im Januar 2011 per Referendum für einen vom restlichen Sudan unabhängigen, neuen Staat Südsudan entscheiden konnte. Die vom Sicherheitsrat zunächst auf ein Jahr begrenzte Nachfolgemission hat unter anderem den Auftrag, die Regierung des neuen Staates durch die Präsenz internationaler Polizeikräfte und die Fortführung der existierenden Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme für die neue südsudanische Polizei zu unterstützen. Die Obergrenze für den Einsatz von Polizeikräften ist auf 900 erhöht worden. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass derzeit nur die aufgrund der Sudanmission der UN bereits anwesenden Polizisten vor Ort tätig sind. Das Mandat für die UN-Südsudanmission kann bei Bedarf verlängert werden.

Genau wie bei der Vorgängermission gelten auch für die an der UN-Südsudanmission teilnehmenden Polizisten die drei Grundprinzipien internationaler Polizeimissionen: Die Polizisten müssen sich freiwillig zum Einsatz melden, das Einsatzgebiet muss als militärisch sicher bewertet werden können und der Einsatz darf nicht unter

ter militärischem Kommando stattfinden. Daraus folgt, dass die Polizisten nicht militärisch eingesetzt werden dürfen. Das Mandat der Südsudanmission schließt sogar aus, dass die Polizisten bewaffnet sind. Leider ist den öffentlich zugänglichen Quellen nicht zu entnehmen, ob damit der Bewaffnungsgrad eines Soldaten ausgeschlossen wird oder ob die Polizisten zumindest über die in ihrem Herkunftsland übliche Ausstattung verfügen dürfen. Diese Information ist insofern wichtig, als dass in Übergangsphasen nach einem militärischen Konflikt, wie im Südsudan, der Selbstschutz der internationalen Polizisten Energie und Zeit beansprucht.

Wie alle im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterstützten Entsendungen besteht auch die Arbeit der deutschen Polizisten im Südsudan im Kern aus Maßnahmen der Hilfe zur Selbsthilfe. Es soll ein eigenständiger Sicherheitsapparat aufgebaut werden, der auf Basis eines rechtsstaatlichen und demokratischen Grundverständnisses agiert. Hierzu müssen Ausbildungs- und Beratungskapazität, unter anderem durch Beratung von Entscheidungsträgern und Trainingsmaßnahmen von Polizisten, ausgebaut werden.

Diese offiziellen Angaben lassen sich nur schwer durch Beispiele in der praktischen Anwendung greifbar machen. Die Größe der Herausforderung,

vor der die internationalen Polizisten stehen, lässt sich angesichts der neueren Geschichte des Südsudans erahnen: Das Friedensabkommen von 2005 gab dem Südsudan das Recht, seine eigene Polizei aufzubauen. Mangels personeller Alternativen und bedingt durch das komplizierte Abhängigkeits- und Beziehungsgeflecht zwischen Politikern und Guerilla wurde die neue Polizei fast ausschließlich mit ehemaligen Guerillakämpfern der »Sudan People's Liberation Army« (SPLA) aus der Zeit vor dem Friedensabkommen rekrutiert. Leider wurden diese Kämpfer nur unzureichend zu Polizisten umgebildet, so dass die vorherrschende Arbeitsmentalität von Gewalt und Verachtung gegenüber Zivilisten geprägt ist. Hinzu kommt die allherrschende Korruption. Daher betrachtet die Bevölkerung die Polizei weniger als Teil der Lösung, denn als Teil des Problems.

»The current Police Service operating in the Republic of South Sudan has never lived up to the expectations of the citizens nor has it given the donors any value to their millions of dollars that they spent on trying to make a conventional Police Service out of it«, erklärt denn auch Justin Ambago Ramba, Generalsekretär der United South Sudan Party. »If it is anything to go by, the South Sudan Police Service is a national disgrace. And based on records of scandals that have found their ways to the media and those hidden within the inner political circles for the fear of criminalizing the entire establishment, like dead fish our police service is rotten right from the head.«

Zwar bemühen sich die seit 2005 eingesetzten rund 700 Polizisten um einen Mentalitätswandel. Dass es mit der Verbreitung von Kenntnissen über die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht getan ist, legen die kontinuierlichen Verbrechen der Polizei nahe:

In den letzten Monaten wurden wiederholt Hilfskonvois mit Versorgungsgütern humanitärer Organisationen von Polizisten überfallen. Außerdem kommt es zu Gewaltverbrechen. Beispielsweise warf der Führer der parlamentarischen Opposition, Onyoti Nyikwec, der Polizei am 7. Juli 2011 öffentlich vor, sie würde inhaftierte Oppositionelle verprügeln. Die Häufigkeit der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, insbesondere auf die zahlreichen Flüchtlinge aus den umliegenden Nachbarstaaten, ist allgemein bekannt. Erst im Juli 2011 verstarb eine junge Frau in einer Gefängniszelle in Juba an Blutvergiftung in Folge genitaler Folterung. Die Feinde in Uniform schrecken allerdings auch nicht vor internationaler Aufmerksamkeit zurück: Am 20. August 2011 wurde der Menschenrechtsbeauftragte der UN für den Südsudan, Benedict Sannoh, von mehr als zehn Polizisten durch Schläge fast umgebracht, als er sich in einem Hotel in Juba weigerte, ihnen sein Gepäck auszuhändigen.

Daraus sollte jedoch nicht der Schluss gezogen werden, der South Sudan Police Service würde nur nach außen Gewalt verüben. Internationale Medien berichteten wiederholt von Gewalt gegen angehende Polizisten in der Poli- >>

Der Fisch stinkt vom Kopf zuerst.



Hoffnungsvoller Neubeginn? Die erste Aufgabe für die südsudanesischen Polizeischüler, die hier im Herbst 2010 noch ihr Handwerk lernen, würde die Sicherung des Unabhängigkeitsreferendums vom Januar 2011 sein.

zeiakademie in Rajaf. Es gibt Belege für sexuellen Missbrauch angehender Polizistinnen durch Vorgesetzte. Zudem wurde im Januar 2011 bekannt, dass im April 2010 die 5.000 angehenden Polizisten eine 40-stündige Kollektivstrafe erdulden mussten, in deren Folge bis zu einhundert Rekruten an inneren Blutungen gestorben sind. Auslöser der Strafe war, dass einer der Auszubildenden anlässlich einer Rede des Polizeichefs General Achuil Tito Madut in der Polizeiakademie gefragt hatte, wann das ausstehende Taschengeld gezahlt werden würde. Auf die verbale Züchtigung durch den Redner hin hatte sich die Truppe aus Protest aus der Formation gelöst. Der ehemalige Innenminister Gier Chuang Aluon hat bisher keine einzige Untersuchung der Vorfälle durchführen lassen und auch das Hilfsangebot der internationalen Polizeimission für den Sudan ausgeschlagen. Hoffnung weckt die Ankündigung des neuen Innenministers, Alison Magaya Manoni, die Polizei besonders mit Blick auf ihre Organisationsstruktur und die Korruptionsproblematik hin zu reformieren. Er hatte diese Schwerpunkte bei einer Ratshausversammlung mit einigen hundert Polizisten als Ergebnis des Austauschs mit den Sicherheitskräften genannt.

Abgesehen von der Korruptionsanfälligkeit der unter- oder gar nicht bezahlten Polizisten ist diese Brutalisierung ein Kernproblem der »modernen« Polizeiausbildung im Südsudan. Angesichts dessen werden die Anforderungen an die Bewerber, einen Sekundarabschluss zu besitzen und nachweisen zu können, dass sie nicht am Bürgerkrieg teilgenommen haben, nutzlos. Wie sollen körperlich wie psychisch versehrte Polizisten dazu fähig sein, die Menschenrechte der schutzlosen Bevölkerung zu achten?

Generalsekretär Ramba geht sogar so weit zu behaupten, dass drei Viertel aller im Dienst befindlichen Polizisten entlassen werden müssten, damit die Chance auf Etablierung einer neuen Polizei mit einem menschenrechtswürdigen Verhaltenskodex bestehe. Genau wie in anderen Postkonfliktsituationen stellt sich auch im Südsudan die Frage, wie diese Herausforderung mit gegebenen Mitteln und Personal erreicht werden soll. Rambas Logik folgend lässt sich ausschließen, dass die Unterstützung aus Deutschland dazu einen konstruktiven Beitrag leistet. Das Auswärtige Amt, gemeinsam mit seinem kanadischen Pendant und dem britischen Entwicklungsministerium, unterstützt die UN-Südsudanmission, indem es der südsudanesischen Polizei von 2008-2012 ein Kommunikationssystem zum Sprach- und Datenaustausch samt Wartungswerkstatt einrichtet. Obwohl das Ziel, die polizeiliche Funktionsfähigkeit zu stärken, an und für sich lobenswert ist, ist das Projekt angesichts des derzeit noch extrem niedrigen Ausbildungsgrads der südsudanesischen Polizei in Frage zu stellen. Zwar werden Schulungskurse angeboten, bis Sommer 2011 wurden jedoch nur 80 Polizeiposten ausgestattet und 250 Polizisten ausgebildet. Daher ist zu befürchten, dass die erreichte Zielgruppe zu klein ist und eine tatsächliche Verwendung der Technik erst dann beginnen wird, wenn die Polizisten selbst einen Bedarf erkennen. Insbesondere die allgemein geringe Bezahlung lässt befürchten, dass dieses Projekt nach Abreise der zuständigen Polizisten 2012 im Sand des Schwarzmarktes für technische Geräte versickern wird.

Die wohl größte Herausforderung für die südsudanesische Polizei ist es, zu verhindern, dass die ethnischen Konflikte den neugegründeten Staat in das Chaos eines Bürgerkrieges hinab ziehen. Der Südsudan ist geprägt von jahrhundertelangen Konflikten zwischen den tief zerstrittenen ethnischen Gruppierungen sowie von Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppen. Allein in diesem Jahr sind dabei nach einer Schätzung der UN bisher über >>

Wenn der Sherriff die Pistole nicht mitnehmen darf ...

2.000 Menschen getötet worden. Stephen Taker, Direktor für Humanitäres in der südsudanesischen Regierung, sieht dabei zwei zentrale Probleme: Einerseits gebe es die Tradition der Blutrache, ein Teufelskreis, in dem jeder Mord mit Mord beantwortet werde. Andererseits stelle der Autoritätsverlust der Clanältesten, die in der Vergangenheit Frieden verhandelten, gegenüber den Jungen, die mit Schusswaffen Macht erhalten, die Gemeinschaften vor ernste Probleme.

Der Einfluss der Regierung in Juba ist auf dem Land nicht nur schwach, sondern oft nur verheerend, sind die südsudanischen Minister doch für Korruption und Nepotismus bekannt. Offiziellen Angaben zufolge würden gleichermaßen Angehörige aller Ethnien rekrutiert und die Unparteilichkeit der Polizisten durch Stationierung fernab des Heimatorts gewährleistet. Allein dass alle Polizeichefs der zehn südsudanesischen Bundesstaaten einer Ethnie angehören, widerlegt diese schönen Worte.

Angesichts dieser Schwierigkeiten vor Ort ist an der deutschen Arbeit – neben dem bereits diskutierten Projektinhalt – vorrangig die geringe Anzahl der entsendeten Polizisten zu kritisieren. Es waren ständig fünf Polizisten Teil der internationalen Polizeimission. Den offiziellen Informationen des Bundes ist dabei nicht zu entnehmen, wie viele Polizisten insgesamt über

welchen Zeitraum mit welchen Aufgaben im Südsudan tätig waren. Daher muss sich darauf beschränkt werden, aufzuzeigen, dass 2008 von den 18.000 weltweit in 40 internationalen Missionen im Einsatz befindlichen Polizisten gerade einmal 270 aus Deutschland kamen – von 264.000, die Bund und Länder, nach Stand von 2009, insgesamt beschäftigten. Sie verteilten sich

zudem auf zehn Missionen. Im Fall des Südsudans ist zu hoffen, dass die aufgrund von UNMISS bereits anwesenden Polizisten ohne Verzögerung ihre Aufgaben fortführen. Problempotenzial birgt hierbei insbesondere die Tatsache, dass es bis September 2011 keine öffentlichen Informationen über die Finanzierung und das zur Verfügung stehende Budget gab.

Allein dieser kurze Abriss der verschiedenen Problemfelder zeigt, dass die UN- Südsudanmission vor extremen Herausforderungen steht. Auf den ersten Blick scheinen die Probleme denen anderer afrikanischer Staaten zu ähneln, insbesondere wenn man die öffentlich zugänglichen Informationen über die internationalen Hilfsprojekte betrachtet. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass auch für den Südsudan gilt: Der Teufel steckt im Detail. Nur eine den Bedürfnissen der Menschen vor Ort angepasste Polizei-

ausbildung wird in der Lage sein, die verschiedenen Spiralen von Gewalt, Korruption, mangelnder Bildung und Traumatisierung, die sich zu einem großen Teufelskreis verwoben haben, zu durchbrechen. Ein besonderes Potenzial bietet dabei der vom neuen Innenminister eingeschlagene Reformkurs, der den Wünschen der internationalen Gemeinschaft zumindest auf dem Papier sehr nahe kommt. Konsequenterweise muss das Mandat für die UN-Südsudanmission schnellstmöglich mit Leben gefüllt werden. Es braucht ein den realen Ansprüchen genügendes Budget und gut vorbereitete Polizisten. Außerdem darf die Mandatsverlängerung nicht von politischen Feinfühligkeiten abhängig gemacht werden. Nur so kann der Freund und Helfer eines Tages auch im Südsudan zu finden sein. <<

Theresa Lankes *hat Internationale Beziehungen an der Technischen Universität Dresden studiert.*

Die Minister sind für ihre Korruption bekannt.

Quellen und Links:

Kommentar von Justin Ambago Ramba, Generalsekretär der United South Sudan Party, vom 10. September 2011 auf der Website der South Sudan News Agency

Bericht der Sudan Tribune vom 6. September 2011

Bericht der New York Times vom 26. August 2011

Briefing des »Zentrums Internationale Friedenseinsätze« vom 5. Juli 2011

Studie »Police Reform in Southern Sudan« des North-South Institute, Ottawa, und des Centre for Peace and Development Studies, Juba, vom Juni 2009

Website der Zivilpolizei der UN

Website von UNMISS

Website von UNMISS

Projektbeschreibung der GIZ über die deutsche Beteiligung an UNMISS

Achillesferse ...

Unsere Handys sind für uns nicht mehr wegzudenken. Als Bild des Alltags haben wir uns daher auch an den hässlichen Anblick der unzähligen Antennen auf den Dächern unserer Wohnhäuser gewöhnt. Das Gesundheitsrisiko, das von den Strahlenmasten ausgehen mag, haben wir ebenso akzeptiert. Und das Sicherheitsrisiko, dem wir uns aussetzen, weil kritische Infrastrukturen auf leicht zu infiltrierender IT-Technik basieren, ignorieren wir – so scheint es.

Die Handy-Technik ist im rasanten Tempo eine globale geworden und heute eng mit der Urbanisierung verbunden. Ihre Systeme sind weltweit verbreitet. Wie diese Mobilfunk-Antennen einer GSM-Basisstation auf einem Hausdach in Paris.

Foto: Wikimedia Commons / -pyd / lizenziert gemäß Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported



Achillesferse GSM

von Stefan Dölling

Ein über zwanzig Jahre alter Mobilfunkstandard könnte zur gefährlichen Schwachstelle moderner Infrastrukturen werden. Obwohl Hacker und andere Experten auf die Lücken hinweisen, zögert die Telekommunikationsindustrie, das Problem anzugehen.

>> Kein Zweifel, nicht erst seit Stuxnet sind »Cyberwar«, »Cyberkriminalität« und »Cybersicherheit« die Modebegriffe der sicherheitspolitischen Community. Gemeinhin kreist die Debatte dabei zumeist um Angriffe auf Computersysteme, um Viren, Trojaner und Botnetze. Doch ein neuer Trend zeichnet sich bereits ab. Diskussionen um die Sicherheit von Mobilfunknetzen und mobilen Endgeräten nehmen auf den einschlägigen Hackerkongressen und IT-Sicherheitskonferenzen zunehmend mehr Platz ein. Hört man von den dort versammelten IT-Spezialisten und Hackern dann so kryptische Sätze wie »the mobile age has just begun«, sollte man aufhorchen. Gemeint ist damit nämlich keineswegs die reichlich verspätete Einsicht der versammelten Experten in die Realität einer mittlerweile massenweisen Verbreitung mobiler Endgeräte auf der ganzen Welt, sondern die Tatsache, dass insbesondere durch die endgültige Brechung der Verschlüsselung des weit verbreiteten GSM-Mobilfunkstandards im Jahr 2009 das Hacking solcher Geräte in den letzten Jahren deutlich an Fahrt gewonnen hat.

Die zunehmende Verbreitung vom UMTS, also einem Mobilfunkstandard der dritten Generation (3G), wirft dabei zunächst die Frage auf, warum man sich um die Sicherheit der alten GSM-Netze überhaupt noch Sorgen machen sollte? Und in der Tat bietet UMTS gegenüber dem alten Standard derzeit >>

Störsender zum Taschengeldpreis: Das Motorola C123 war noch vor wenigen Jahren für rund zehn Euro zu erwerben. Wegen seines einfachen technischen Aufbaus eignet es sich hervorragend sowohl zur Erforschung als auch zu Angriffen auf GSM-Mobilfunknetze.

einen deutlichen Sicherheitsgewinn, sowohl was das unbefugte Abhören durch Dritte als auch die Widerstandsfähigkeit gegenüber Angriffen auf das Netz an sich angeht. Aber auch wer derzeit mit iPhone, Blackberry und Co. mobil kommuniziert, sollte an dieser Stelle dennoch nicht sofort die Lektüre einstellen. Denn UMTS ist eine Technologie, die ursprünglich für Großstädte entwickelt wurde. Da die Abdeckung einer einzelnen Funkzelle dieses Systems deutlich geringer ausfällt als beim alten GSM, ist ein vollständiger Netzausbau, der Deutschland komplett abdecken würde, zurzeit weder geplant noch finanzierbar. Wenn sich also jenseits der Stadtgrenzen das »3G« links oben im Telefondisplay in schöner Regelmäßigkeit in ein kleines »E« verwandelt und der Aufbau der *Facebook*-Seite plötzlich etwas hakt, dann

Fällt GSM aus, hat auch der urbane High-Speed-Handykunde ein Problem.

werkelt auch das neue Smartphone plötzlich wieder im alten GSM-Modus. Darüber hinaus wickeln viele Anbieter simple Telefongespräche und den SMS-Versand, trotz UMTS-fähigem Endgerät, lieber über das billige GSM ab und reservieren die teure UMTS-Bandbreite für mobile Besuche im Internet. Das passiert automatisch und in der Regel ohne dass der Endnutzer etwas davon mitbekommt. Mit anderen Worten: Fällt GSM aus, hat auch der urbane High-Speed-Handykunde unter Umständen ein Problem.

Doch abgesehen davon, dass Millionen von Nutzern in Deutschland immer noch auf die einfachen GSM-Telefone angewiesen sind – nach einer Schätzung des Branchenverbandes BITKOM waren 2009 erst rund 20 Prozent der 112,8 Millionen mobilen Anschlüsse in Deutschland UMTS-Anschlüsse –, gewinnt das billig und umfassend verfügbare GSM jenseits der schlichten Telefonie zunehmend als Basis für Industrieanwendungen an Bedeutung. So soll der Veteran unter den Mobilfunknetzen in Zukunft verstärkt bei der Fernwartung beispielsweise von Kläranlagen und Industrierobotern, bei der Abwicklung von Online-Banking per SMS sowie in Alarmanalagen, Anzeigetafeln und Katastrophenwarnsystemen zum Einsatz kommen. Auch einige Planungen für das »smarte« Stromnetz der Zukunft setzten für dessen Datenerhebung und Steuerung auf diesen Standard.

Viele dieser Anwendungen gibt es aber schon heute. So organisiert beispielsweise die Deutsche Bahn das Flottenmanagement ihrer Züge bereits seit geraumer Zeit per GSM. Angesichts der bisweilen mangelnden Effektivität des bahneigenen Krisenmanagements könnten die Folgen einer ernsten >>

Kurzes GSM-Glossar

- ▶ **GSM:** »Global System for Mobile Communications« (ursprünglich »Groupe Spécial Mobile«) bezeichnet die verbreiteten Mobilfunknetze der 2. Generation mit weltweit geschätzten 3.5 Milliarden Nutzern in 212 Staaten.
- ▶ **UMTS:** »Universal Mobile Telecommunications System« bezeichnet die Mobilfunknetze der 3. Generation mit deutlich höheren Datenübertragungsraten gegenüber GSM.
- ▶ **IMSI-Catcher:** Ein Gerät zur Identifizierung, Lokalisierung und Überwachung von Mobiltelefonen. IMSI ist die »International Mobile Subscriber Identity«.
- ▶ **OpenBTS:** Ein Projekt aus den USA von David A. Burgess und Harvind Samra, welches die erste freie Software zum Betrieb von GSM-Basisstationen entwickelte.
- ▶ **OpenBSC:** Ein analog zu OpenBTS verfolgtes Projekt der deutschen Spezialisten Holger Freythe, Harald Welte und Dieter Spaar mit ähnlicher Ausrichtung.
- ▶ **OsmocomBB:** Vorangetrieben von denselben Personen hinter OpenBSC stellt OsmocomBB ein offenes »GSM-Betriebssystem« für Mobiltelefone zur Verfügung.



Weiches Ziel: GSM-Basisstationen wie hier in München sind durch Angriffe von außen verwundbar – und bislang kaum dagegen geschützt.

Störung oder gar eines Ausfalls dieses Systems schnell sehr teuer werden – und das nicht nur für die Bahn. Daher fällt das GSM-Netz bei den zuständigen Bundesbehörden auch unter das Label »kritische Infrastruktur«, deren Ausfall für Deutschland potenziell bedrohliche Folgen hätte und die es daher besonders zu schützen gilt.

Doch wie sieht die Bedrohung des GSM-Netzes konkret aus und warum wird das gerade jetzt zu einem Problem? Lange Zeit war GSM ein geschlossener Standard, dessen Funktionsmechanismen und Softwareprotokolle mit samt ihren Schwächen und Lücken nicht offen verfügbar waren. Darüber hinaus war auch die entsprechende Hardware sehr teuer und auf dem offenen Markt kaum zu bekommen. Dies erschwerte es allen Personen außerhalb der Telekommunikationsindustrie erheblich, für Angriffe auf das Netz geeignete Lücken und Schwachstellen in der Hardware oder dem Standard selbst zu finden. Das hat sich in den vergangenen Jahren jedoch grundlegend geändert.

Aus einer umtriebigen universitären Forschungscommunity heraus haben sich mit Initiativen wie OpenBTS, OpenBSC und OsmocomBB seit einigen Jahren sehr aktive Projekte außerhalb der Industrie entwickelt, die sich der

unabhängigen Erforschung, Weiterentwicklung und Nutzung von GSM-Netzen und -Endgeräten verschrieben haben. Ziel ist es dabei letztlich, funktionsfähige Open-Source Lösungen zum Betrieb von unabhängigen Telekommunikationsnetzen zu entwickeln. Im kleineren Rahmen funktioniert das bereits heute recht gut, und so konnten beispielsweise die Besucher des letzten »Chaos Communication Camps« bei Berlin oder des »Burning Man Festivals« in Nevada bereits über eigene Mobilfunknetze kommunizieren.

Doch die mit diesen Projekten erfolgte Öffnung des vormals geschlossenen GSM-Standards legte auch erhebliche Schwachstellen offen und die nunmehr in diesem Rahmen verfügbare Hardware lässt sich neben dem Betrieb von GSM-Netzen eben auch gut zum Angriff darauf nutzen.

So demonstrierte beispielsweise auf der Hackermesse »Black Hat USA 2010« ein Aktivist unter dem Pseudonym »the Grugq« diverse Angriffsmethoden auf das GSM-Netz. Bei Versuchen, polizeiliche IMSI-Catcher mit Anfragen zu überfluten und so zum Absturz zu bringen, hatte er herausgefunden, dass man auf demselben Weg auch GSM-Funkzellen in die Knie zwingen kann. Bei einem seiner Versuche stürzte nach einem solchen Angriff sogar ein mehrere Funkzellen steuerndes Basismodul ab und beförderte so gleich eine ganze Gegend in ein Funkloch. Für diese Attacke benötigte er dabei lediglich einen handelsüblichen Laptop, im Netz verfügbare freie Software und Datentabellen sowie ein Mobiltelefon vom Typ Motorola C123. Dieses Modell war noch vor wenigen Jahren in diversen Elektronikmärkten und Discounterketten als Prepaid-Angebot für runde zehn Euro zu erwerben und wurde gerade wegen seines einfachen technischen Aufbaus vom OsmocomBB-Projekt für die Entwicklungen ihres unabhängigen Betriebssystems für GSM-Handys ausgewählt. Ein Störsender zum Taschengeldpreis.

Noch beunruhigender ist allerdings, dass die mittlerweile oft mehr als 20 Jahre alte Software der meisten eingesetzten GSM-Basisstationen nicht einmal gezielt angegriffen werden muss, um den Betrieb außerplanmäßig zu beenden. Offenbar reicht es oft bereits, die Basisstationen mit nicht vollkommen protokollgerechten Daten zu versorgen – eine Null oder Eins an der falschen Stelle und ein Neustart für die Anlage steht an. Im ChaosRadioExpress-Podcast des Chaos Computer Clubs entwirft denn auch der Berliner IT-Sicherheitsberater Karsten Nohl auf dieser Grundlage ein beunruhigendes Szenario, in dem ein solches, kompromittierte Datenpakete sendendes Tele- >>

**Wenn der
Störsender im
Abfalleimer
steckt ...**

fon alle Basisstationen, auf die es sich verbindet, umgehend zum Absturz bringt. Da sich das Telefon nach dem Ausfall der ersten Basisstation sofort mit der nächsten in Reichweite verbindet, wäre schnell eine größere Fläche vom Netzausfall betroffen. Beendet werden könnte ein solcher Angriff nur durch Lokalisierung und Ausschalten oder Zerstören des Geräts. Da aber wiederum die Handyortung per Triangulation auf funktionierenden Basisstationen basiert, könnte das durchaus eine Weile dauern. In einem Mülleimer versteckt oder unterwegs in öffentlichen Verkehrsmitteln könnte ein solches Telefon so für erhebliche und nur schwer behebbare Störungen des GSM-Netzes sorgen.

Der Berliner IT-Fachmann Harald Welte, der an vielen der maßgeblichen Projekten zur unabhängigen Erforschung und Weiterentwicklung von GSM beteiligt war, bestätigte gegenüber *ADLAS*, dass alle von ihm und seinen Mitstreitern untersuchten Basisstationen »erhebliche Probleme« bei der Verarbeitung nicht protokollkonformer Daten gehabt hätten. Trotz teilweise »alarmierender Resultate«, so Welte, hätten die deutschen Netzbetreiber diese unabhängigen Analysen in den letzten Jahren allerdings kaum zum Anlass genommen, entsprechende Stresstests an ihren eigenen GSM-Netzen durchzuführen und notwendige Upgrades einzuleiten. Es scheint ganz so, als ob das Bewusstsein über das volle Ausmaß der Sicherheitsprobleme bei GSM auf Betreiberseite noch nicht sehr ausgeprägt ist.

Die bisherige Zurückhaltung hat aber auch ganz handfeste finanzielle Gründe. Denn die oft mehr als zwanzig Jahre alte Technik der GSM-Netze kann, anders als der heimische PC, zumeist nicht einfach per Internet, CD oder USB-Stick in einem Softwareupdate aktualisiert, sondern muss mit extra zu diesem Zweck neu entwickelten Hardwarebausteinen nachgerüstet werden. Da sie aber lieber ganz neue Geräte verkaufen würden, haben die wenigen auf der Welt existierenden Gerätehersteller kaum Interesse an der Entwicklung solcher Lösungen. Fragt dann doch einmal ein Netzbetreiber vorsichtig nach den Kosten einer Netzaktualisierung, so würden laut Welte von Geräteherstellerseite schon einmal »Fantasiepreise« von bis zu 100.000 Euro pro Basisstation angegeben. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, dass allein Vodafone mehr als 20.000 GSM-Basisstationen in Deutschland betreibt, wird die Zurückhaltung der Netzbetreiber, zumindest aus betriebswirtschaftlicher Sicht, ein wenig nachvollziehbarer. Nur

noch verstärkt wird diese Haltung zudem durch die allgemeine Entwicklung auf dem Mobilfunkmarkt, der seit einigen Jahren kaum noch wächst und auf dem die verschiedenen Anbieter sich einen gnadenlosen Preiskampf um Kundenanteile liefern. Angesichts des hohen Konkurrenzdrucks und der zunehmend engeren Gewinnmargen kann es sich hier kein Anbieter finanziell leisten, bei den nötigen Milliardeninvestitionen in die Sicherheit der Infrastruktur den ersten Schritt zu tun. Dies gilt insbesondere, da Netzsicherheit, ob aus Unwissenheit oder Ignoranz, beim Endkunden derzeit noch keine wichtige Entscheidungskategorie bei der Auswahl des Mobilfunkanbieters zu sein scheint.

Angesichts der vorhandenen Lücken und der bislang eher wenig ausgeprägten Bestrebungen auf Industrieseite, diese wirksam zu beheben, stellen sich daher unweigerlich zwei Fragen: Ob der Gesetzgeber nicht umgehend Maßnahmen ergreifen müsste, um die Netzbetreiber zum besseren Schutz dieser kritischen Infrastruktur zu verpflichten, und ob es angesichts der Probleme überhaupt sinnvoll ist, bei Industrieanwendungen und sogar kritischen Infrastrukturen ausgerechnet auf GSM zu setzen. Wer glaubt, das Problem würde auch ohne eigenes Zutun von ganz allein wieder verschwinden, der sollte auf den einschlägigen Hackermessen und IT-Sicherheitskonferenzen lieber noch einmal genau hinhören: »The mobile age has just begun.« Und das ist keine Drohung, sondern ein Versprechen. <<

Updatekosten in Milliardenhöhe vermeiden

Quellen und Links:

[»Chaos Radio Express«-Podcast zur GSM-Sicherheit mit Karsten Nohl](#)

[Videopräsentation von »the Gruqq« zum Hacken von GSM-Netzen auf der Konferenz »Black Hat USA 2010«](#)

[Weblog von Harald Welte](#)

[Website der Projekte OsmocomBB und OpenBSC](#)

[Website des OpenBTS-Projekts](#)

NOTIZ

Selbstenttarnung des Cyberdrachen

Durch einen Lapsus im Staatsfernsehen liefert China im sonst anonymen virtuellen Kalten Krieg Beweise gegen sich selbst. Und einen Auslöser für ein Propagandagefecht.

Alarmiert gab die Sicherheitsfirma McAfee im Juli bekannt, dass es derzeit eine beispiellose Cyber-Spionage-Welle gebe, hinter der »ein staatlicher Akteur« stecke. Wochen später gab sich die offiziöse *China Daily* entrüstet angesichts solcher wiederholter Vorwürfe, die Volksrepublik sei für weltweite Cyberattacken verantwortlich. Unter der Überschrift »Ist China wirklich ein Cyberdrache?« bemerkte das Blatt: »Es ist unverantwortlich, ein anderes Land ohne ausreichende Beweise zu beschuldigen.« Tatsächlich habe sich Peking verantwortungsvoll lange dafür eingesetzt, die Kontrolle des Internets zu stärken.

Außerdem gehöre auch China zu den Opfern virtueller Angriffe, so *China Daily* unter Berufung auf die nationale Internetüberwachungsbehörde CNCERT: 2010 habe es fast 493.000 Angriffe auf das Land gegeben, davon knapp 15 Prozent aus den USA und 7 Prozent aus Indien. Zwar hatte der chinesische Verteidigungsminister erst im April dieses Jahres die Existenz einer »blauen Armee« von dreißig Hackern zugegeben – und damit die



Stundenlang waren die inkriminierenden Screenshots des chinesischen Militärkanals frei zugänglich. Bis das Staatsfernsehen CCTV sie wieder aus dem Netz nahm.

Vermutungen westlicher Beobachter bestätigt –, gleichzeitig aber betont, diese dienten nur der Cyber-Verteidigung Chinas. Offensive virtuelle Kriegführung, das wiederholt die kommunistische Führung stets kategorisch, betreibe man nicht.

Doch am 24. August, wenige Tage nach dem großen Dementi in der *China Daily*, berichtete *China SignPost*, eine von amerikanischen China-Experten betriebene Website, über eine Propagandasendung im Militärkanal des chinesischen Staatsfernsehens CCTV, die Mitte Juli ausgestrahlt worden war. In dem Video, ein Bericht über eine Militäruniversität, ist einige Sekunden lang ein Programm erkennbar, das offensichtlich zur Cyberkriegführung dient: eine Anwendung, die gezielt dazu eingesetzt werden kann, Internetseiten der Falun-Gong-Sekte in den USA zu beeinträchtigen. Der Nutzer kann bequem die zu störende Seite auswählen und dann auf den Knopf »Angriff« klicken – die Software erledigt den Rest. Neben anderen internationalen Zeitungen griff auch die der Falun Gong nahestehende, mehrfach

für ihre Menschenrechtsberichterstattung ausgezeichnete, *Epoch Times* die Geschichte auf.

Prompt dementierte *Xinhua*, die staatliche Nachrichtenagentur der Volksrepublik, die Berichte und sprach der Aufnahme jede Echtheit ab. Der Bericht der *China Daily* und die Meldungen von *Xinhua* scheinen Teil einer breit angelegten Verneinungskampagne zu sein. Für viele Beobachter – und westliche Regierungen – dürfte die Frage, ob China ein Cyberdrache ist, jedoch mittlerweile beantwortet sein.

msej

Quellen und Links:

[Bericht der deutschen Ausgabe der *Epoch Times* vom 29. August 2011](#)

[Hintergrundbericht des Blogs *China SignPost* vom 24. August 2011](#)

[Bericht der *China Daily* vom 18. August 2011](#)

»Ein Wettlauf mit hoch professionellen Angreifern«

Interview: Michael Seibold

Harald Niggemann, Cyberstrategie im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), über die Leistungen seiner Behörde und die dringende Notwendigkeit, dass jeder einzelne User seinen Rechner schützt.

ADLAS: Welche Aufgabe hat das BSI?

Harald Niggemann: Als nationale IT-Sicherheitsbehörde ist es das Ziel des BSI, die IT-Sicherheit für Behörden, Unternehmen und Bürger zu stärken. Dabei sind wir in erster Linie der zentrale IT-Sicherheitsdienstleister des Bundes. Mit unserem Angebot wenden wir uns aber auch an die Hersteller sowie die privaten und gewerblichen Nutzer und Anbieter von Informationstechnik, denn nur gemeinsames Handeln kann wirkungsvoll sein. Eine noch engere Zusammenarbeit mit allen Akteuren der IT- und Internetbranche auf dem Gebiet der IT-Sicherheit ist daher ein Anliegen des BSI.

Wie trägt das BSI zur Sicherheit Deutschlands und seiner Bürger genau bei?

Wichtige Teilaufgaben sind beispielsweise die Sensibilisierung von Anwendern sowie die Veröffentlichung von Standards und Empfehlungen. Unser Erfolg ist jedoch abhängig vom Zusammenwirken staatlicher und nichtstaatlicher Stellen, auf nationaler und internationaler Ebene, zwischen den Herstellern, Providern, Sicherheitsexperten und -verantwortlichen und nicht

zuletzt den Anwendern. Deren Bewusstsein für die Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen in der Fläche spielt eine wichtige Rolle. Denn Cyber-Sicherheit ist eine gemeinsame Herausforderung für Staat und Bürger.

Bisher arbeitet das BSI eher unbemerkt von der Mehrheit der Bevölkerung. Sollte eine solche Behörde nicht sichtbarer in der öffentlichen Wahrnehmung stehen?

Wir sind eine Bundesbehörde mit einem hohen Bekanntheitsgrad in der Fachwelt. Durch die neuen Befugnisse im Zuge der Novellierung des BSI-Gesetzes – beispielsweise der Möglichkeit, öffentliche Warnungen vor IT-Produkten oder -Dienstleistungen auszusprechen – aber auch durch unsere bürgernahen Webangebote ist auch der Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung gestiegen.

Der Cyberspace zeichnet sich durch eine Auflösung hergebrachter Organisations- und Kooperationsformen aus. Verbrecher arbeiten dezentral, ohne feste Hierarchie, flexibel und schnell. Kann ein durchbürokratisiertes Amt dieser Bedrohung schon strukturell überhaupt gerecht werden?

Das BSI ist alles andere als durchbürokratisiert. Wie bei kaum einer anderen öffentlichen Institution unterliegt die Thematik IT-Sicherheit einer Dynamik, die das Aufgabenspektrum unseres Amtes seit seiner Gründung 1991 konstant erweitert hat. Mit der Novellierung des BSI-Gesetzes ist das BSI auf dieser neuen gesetzlichen Grundlage für die Zukunft als Abwehrbehörde sehr gut aufgestellt. Das ist wichtig, denn auch für Sicherheitsexperten wird die Arbeit zunehmend zu einem Wettlauf, den sie sich mit den mittlerweile hoch professionellen Angreifern liefern.

»Das BSI ist alles andere als durchbürokratisiert.«

>>



Dr. Harald Niggemann

wurde in Köln in theoretischer Physik promoviert und arbeitet seit 1999 im BSI. Seine Schwerpunkte waren zunächst Risikoanalyse und Informationssicherheitsmanagement. Seit Januar 2011 befasst er sich mit strategischen Fragestellungen der Cyber-Sicherheit.

Foto: BSI

Nationale und innere Sicherheit sind Sache des Staates. Internetsicherheit aber wird den Nutzern allein überlassen – oft mit fatalen Folgen für den Einzelnen oder für einzelne Unternehmen. Sollte nicht auch sie deutlicher Aufgabe des Staates werden?

Jeder Nutzer kann das Internet ein Stück sicherer machen, indem er dafür sorgt, dass sein eigener Rechner vor Angriffen geschützt ist und nicht als Angriffswerkzeug missbraucht werden kann, beispielsweise in einem Botnetz. Darüber hinaus arbeitet das BSI auch mit Herstellern und Dienstleistern zusammen, damit Schwachstellen möglichst schnell beseitigt und verstärkt Sicherheitsmechanismen integriert werden. Die Bundesregierung hat zudem im Februar 2011 die Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland beschlossen. Sie enthält eine Reihe von Maßnahmen zur Erhöhung der Cyber- und Internet-Sicherheit.

In China, so berichtete die FAZ im Mai dieses Jahres, gebe es 10.000 Schwachstellenanalytiker, die Hackern zuvorkommen sollen. In Deutschland sind es ein Dutzend. Leisten wir uns zu wenig Sicherheit?

Alleine im BSI kümmern sich rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter operativ um das Thema Cyber-Sicherheit, beispielsweise im Rahmen der Lagebeobachtung im Lagezentrum, im CERT-Bund oder in der Beratung und Zusammenarbeit mit der Bundesverwaltung und der Wirtschaft. Darüber hinaus haben im Rahmen der Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben eine Reihe von Bundesbehörden mit dem Thema Cyber-Sicherheit zu tun. Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum, das im April 2011 unter der Federführung des BSI seine Arbeit aufgenommen hat, fungiert als Informationsdrehscheibe und arbeitet diesen Behörden zu. Hier werden institutionalisiert Informationen über IT-Sicherheitsvorfälle ausgetauscht und aus verschiedenen Perspektiven bewertet. Diese Bewertungen fließen zurück an die jeweiligen Behörden, wo dann im jeweiligen Kompetenzbereich gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen getroffen werden können. <<

Quellen und Links:

[Webpräsenz des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik](#)

[Service-Website »BSI für Bürger« über persönliche IT-Sicherheit](#)

[Service-Website »BürgerCERT« mit IT-Warnungen des BSI für Einzelpersonen und Unternehmen](#)



Wissenschaft zu Deutsch!

Damit das Studium nicht in der Studierstube bleibt.



BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

ADLAS

Magazin für Außen-
und Sicherheitspolitik

ADLAS freut sich über neue Autorinnen und Autoren.

Interessiert?

Einfach die Redaktion fragen: adlas@sicherheitspolitik.de

Kicken für den Führer

von Dominik Peters

In Nordkorea ist Sport Teil der Staatsdoktrin. Der »liebe Führer« Kim Jong-Il lässt Kinder durch militärischen Drill von klein auf zu Spitzensportlern trainieren – ohne Rücksicht auf ihre körperliche Entwicklung und gesundheitliche Folgen durch Dopingmissbrauch. Besonders der Fußball wird vom autoritären Regime bewusst als Demonstration von Leistungsfähigkeit verstanden und als Mittel einer Diplomatie der Stärke genutzt. Jedes Spiel steht letztendlich im Zeichen der »Son'gun«-Ideologie – das Militär kommt immer zuerst. Ein misslungenes Verständnis von »soft power«.

Soldatische Disziplin allein reichte der nordkoreanischen Damen-Elf nicht für einen Sieg über Amerika im Vorrundenspiel in Dresden am 28. Juni.

Foto: Tom Schlimme / www.fainsoccer.de

>> **Siege, und nur Siege**, das war bereits im Vorfeld der Weltmeisterschaft im Frauenfußball in Deutschland klar, würde Kim Jong-Il akzeptieren. Die nordkoreanischen Spielerinnen gaben ihr Bestes für Volk, Vaterland und den »lieben Führer« – und waren dennoch chancenlos. Bereits in der Vorrunde wurden sie im Dresdner »Glücksgas«-Stadion ausgerechnet von den USA mit 2 : 0 aus dem Turnier katapultiert. Eine Erklärung für das Scheitern war schnell gefunden, wenngleich eine skurrile: Während der Vorbereitung auf die Meisterschaft seien etliche Spielerinnen vom Blitz getroffen worden und hätten sich deshalb nicht optimal vorbereiten können, hieß es von offizieller Seite. Diese Erklärung und weitere Ausflüchte sorgten bei Sportjournalisten entweder für ungläubiges Kopfschütteln, oder gleich für Lachanfälle.

Nach Letzterem dürfte den Spielerinnen und ihren Betreuern auf dem Rückflug ins heimische Pjöngjang nicht zumute gewesen sein. Schließlich ist Fußball nicht irgendeine Sportart in Nordkorea. Denn: Kim Jong-Il, der als Erbe seines Vaters, des »ewigen Führers« Kim Il-Sung, das Land bereits seit Anfang der 1990er weiter auf stalinistischem Kurs führt, gilt als großer Fußballfan und soll Niederlagen persönlich nehmen. Dass hatte bereits die Herren-Elf erfahren müssen. Nachdem die »Fliegenden Pferde«, wie sie in Nordkorea genannt werden, ebenfalls nach der Vorrunde der WM in Südafrika im vergangenen Jahr ausgeschieden waren, wurde schnell bekannt, dass sich die versammelte Mannschaft sechs Stunden lang vor rund 400 Kadern der »Partei der Arbeit Koreas«, kurz: PdAK, verantworten und die Fehler ihres Trainers bekennen musste.

Beim letzten Besuch von Vertretern des Exekutivkomitees der FIFA im vergangenen Herbst in der »Demokratischen Volksrepublik Korea« war der einstige Trainer der Herrenmannschaft Kim Jong-Hu verschwunden. Wohin ist bis heute nicht



Fußballfan Kim Jong Il und Offiziere der nordkoreanischen Armee: Die Belange des Militärs haben absolute Priorität vor allen anderen Lebensbereichen in der kommunistischen Diktatur.

»Ich möchte mich zu einer menschlichen Bombe machen, die das Tor verteidigt.«

bekannt. Vermutet wird jedoch, dass der nordkoreanische Diktator grausam geurteilt haben soll und Kim Jong-Hu seither im Arbeitslager steckt.

Gesicherte Informationen gibt es jedoch nicht. Es wird sie wohl auch nicht geben. Denn Nordkorea ist nach außen hin abgeschottet, seit Kim Il-Sung in den 1950er seine Macht in dem Land zementierte, nachdem er infolge des Korea-Krieges die verschiedenen divergierenden Strömungen und Gruppierungen innerhalb der Arbeiterpartei skrupellos ausgeschaltet hatte.

Kurze Zeit später führte er die »Chuch'e«-Ideologie ein. Diese Weltanschauung der »Selbstständigkeit« sollte das Eindringen sämtlicher Einflüsse von außen verhindern und kollektive Identität stiften. Durch sie avancierte Kim qua göttlichen Rechts zum alleinigen »hellseherischen und großen Führer«. Die Lehre, die die ursprünglich marxistisch-leninistische Ideologie transformierte, so der renommierte Ostasienwissenschaftler Rüdiger Frank, besagte zudem, dass die PdAK als unsterblicher soziopolitischer Körper fungiere, während das Gehirn – ergo: Kim Il-Sung – die zentrale Steuerung übernehme; Entscheidungsfreiheit für die Volksmasse blieb daher ausgeschlossen.

Nach dem überraschenden Tod von Kim Il-Sung übernahm dessen Sohn Jong-Il 1994 die Macht. In westlichen Medien avancierte der Autonarr und Kettenraucher wegen seiner hochtoupierten Frisur, Schuhen mit Plateausohlen und seinem oft getragenen braunen Blouson, der sich über den runden Bauch stets gefährlich spannt, schnell zur Lachnummer. Zu Unrecht. Er ist ein Machtpolitiker, und damit ganz der Vater – aber mit einer anderen Ideologie. Besonders infolge der erodierenden Wirtschaft hat die politische Akzentuierung der »Chuch'e«-Ideologie ebenso an Gewicht verloren wie die kommunistischen Parteistrukturen im Staatsgefüge. Oberste Priorität hat unter Kim Jong-Il das Militär. Er degradierte die PdAK zu einer Statistenrolle und machte die Armee nicht nur zur entscheidenden politischen Machtgröße, sondern erhob sie auch zum essenziellen wirtschaftlichen Faktor Nordkoreas; eine ebenso bedeutende Rolle spielt das Militär in der Ideologisierung und Bildung des Volkes. Der neue Kurs heißt »Son'gun« – »das Militär zuerst«.

Diese neue, von Kim Jong-Il vorgegebene Richtung erscheint wie eine eigenwillige Interpretation des politiktheoretischen Konzeptes von »soft power«. Joseph Nye, Schöpfer des Begriffs, defi- >>



Ausdruck einer gleichgeschalteten Massen-Sportkultur: Das »Arirang«-Festival in Pjöngjang. Mit dem Spektakel lassen sich Führer, Partei und Armee alljährlich feiern. Bis zu 30.000 Teilnehmer bilden die riesigen Mosaik aus bunten Pappkarten, nach strenger Choreographie.

nierte sie 1990 als die Macht, »Menschen zu überzeugen, statt sie zu zwingen«. Dem amerikanischen Politologen folgend, haben nicht nur die militärischen und ökonomischen Mittel eines Landes Gewicht; statt dessen besitzen auch seine Werte und Normen, seine Kultur und Institution Qualitäten, die anziehend wirken und das Verhalten anderer Nationen beeinflussen können. Geschickt kombiniert mit herkömmlichen Mitteln

wie Streitkräften und wirtschaftlicher Potenz könne die »weiche Macht« sogar zur »smart power« werden. Für Nye näherten die USA in der Regierungszeit Bill Clintons sich in den 1990ern diesem Ideal. Deutschland erlebte mit der Fußball-WM 2006 einen solchen Boom seiner »soft power«.

Was nun in Nordkorea die »Son'gun«-Politik bedeutet und wie allgegenwärtig sie ist – dafür lieferte ausgerechnet eine ARD-Fernsehdokumen-

tation über das Sportwesen in dem weltabgeschlossenen Land den endgültigen Beweis. Eine Recherchereise für seinen Film »Sport in Nordkorea – Einblicke in eine unbekannte Welt« gewährte dem deutschen Fachjournalisten Hans Joachim Seppelt vor wenigen Monaten seltenen Einblick in die ideologische Sportförderung durch die Feudalherren in Kims Rotem Reich.

Während Seppelt das Training der U-20-Frauen-Fußballmannschaft aufnahm, liefen auf der Anzeigetafel im Hintergrund Propagandafilme der Armee. Im Gespräch mit dem Reporter erklärte Ri-Nam Sil, Spielführerin ihres Teams und gelernte Verteidigerin: »Ich möchte bei jedem Spiel wie ein Soldat, der die Ehre seines Vaterlandes schützt, spielen. Ich möchte mich zu einer menschlichen Bombe machen, die das Tor verteidigt.«

Solche Aussagen scheinen das Ergebnis der Indoktrination zu sein, denen Sporttalente in Nordkorea von klein auf ausgeliefert sind. Denn Fußball sei nicht nur der Lieblingssport des Erbdiktators, sondern genieße auch aus anderen Gründen staatlichen Segen, wie der Nordkorea-Experte Patrick Köllner vom Hamburger »German

Jeder Sportler ein Soldat

Institute of Global and Area Studies« im Interview mit der *Wirtschaftswoche* während der Fußball-WM 2010 erklärte: »Die körperbetonte Mannschaftssportart verlangt Disziplin, Fitness, taktisches Geschick, Durchsetzungsvermögen und Teamarbeit. Das alles sind Fähigkeiten, die aus Sicht der nordkoreanischen Regierung auch einen militärischen Nutzen haben.« Jeder Sportler ein Soldat, ist das das nordkoreanische Verständnis >>

von »soft power«? Die Führung in Pjöngjang denkt vermutlich genau in dieser Weise.

Und so werden Späher in alle Teile des zutiefst verarmten Landes entsandt, um schon früh mögliche Talente ausfindig zu machen, die dann in speziellen Förderinternaten leben. Im Gegensatz zu großen Teilen der rund 24 Millionen zählenden Bevölkerung gibt es für die Sportler jeden Tag ein warmes Essen – warme Worte aber nicht. Der Fußballernachwuchs wird zum Siegen erzogen und trainiert. Gerade der Frauenfußball ist das Aushängeschild des dreimaligen Asienmeisters Nordkorea. Nach Angaben des internationalen Fußballverbandes FIFA spielen rund 100.000 Nordkoreanerinnen den Lieblingssport ihres Führers, in der Ersten Liga spielen zehn Mannschaften – manchmal auch in der größten Fußballarena der Welt, das am Te-Don-Fluss gelegene »1. Mai«-Stadion, in dem 150.000 Menschen Platz finden.

Die Frauen der Nationalmannschaft Nordkoreas, die sich dieses Jahr vor der WM auf Einladung des Deutschen Fußballbundes im Trainingslager in Leipzig vorbereiten durften, wussten, dass es in diesem Turnier nicht um Spiel, Spaß und Sport gehen würde. Das Team hatte eine politische Mission. Sie lautete: Die »Todesgruppe« C mit Schweden und Kolumbien zu überstehen und, was noch viel wichtiger war, den imperialistischen Erzfeind USA schlagen. Siege sollten die Fußballerinnen erzielen. Sie taten es nicht. <<

Dominik Peters *studiert Politikwissenschaften und Nahoststudien in Halle. Er ist Stipendiat der katholischen Journalistenschule »ifp«.*

Quellen und Links:

[Interview mit Joseph S. Nye vom Mai 2008
im Forum *Theory Talks*](#)

[Bericht der FAZ vom 16. Juli 2011 über Doping in
Nordkoreas Frauen-Fußballnationalmannschaft](#)

[Kommentar im Blog *Project Syndicate*
vom 2. Dezember 2010 von Joseph Nye über
Nordkoreas aggressive Schwäche](#)

[Meldung des *Tagesspiegels* vom 2. August
2010 über Nordkoreas Ausscheiden aus der
Fußball-WM 2010](#)

[Interview der *Wirtschaftswoche* vom 16. Juni 2010
mit Korea-Experte Patrick Köllner](#)

[Kommentar aus der Brookings Institution
vom 26. Mai 2006 zur »Son'gun«-Ideologie](#)

TERRORFINANZIERUNG

Die Spur des Geldes

von Michael Seibold

Wie teuer war das größte Attentat der Geschichte? Die beunruhigende Antwort: Es hat nicht so viel gekostet, als dass die Vorbereitungen wirklich aufgefallen wären.

Organisierte Kriminalität und religiös, ideologisch oder politisch motivierte Gewaltausübung unterscheiden sich enorm in ihren Zielen. Hinsichtlich Einnahmequellen und Methoden wie der Geldwäsche gibt es jedoch zwischen beiden starke Ähnlichkeiten. Seit über zwanzig Jahren soll »financial intelligence« helfen, beide Übel an der Wurzel – ihrer Finanzierung – zu packen. Aber erst seit den Anschlägen des 11. September 2001 gilt den Terroristen besonderes Interesse.

>> Terroristen sind schwer zu fassen: Ihnen und ihren Organisationen fehlt die territoriale Basis, sie kommen ohne feste Stützpunkte aus, oft sogar ohne Heimatland oder gar Heimatkontinent. Auf eines können sie aber nicht verzichten – auf Geld. Geld für die Planung von Angriffen, zur Nachwuchsgewinnung oder zur Ausbildung der neuen Kämpfer. So reisten während der Talibanherrschaft über Afghanistan in den späten Neunzigerjahren nach Schätzungen der *BBC* insgesamt über 70.000 Jihadisten ins Land, um sich in Aus-

bildungscamps schulen zu lassen. Kein billiges Unterfangen, zumal auch die Talentsucher – regelrechte »Terror Scouts« – viele Flugmeilen sammeln, um überhaupt geeigneten Nachwuchs zu finden. Darüber hinaus kosten natürlich auch die Waffen, Ausrüstung, Propaganda und die eigentlichen Terroroperationen Geld.

Insgesamt ist Terrorismus trotzdem relativ günstig: Die Angriffe vom 11. September kosteten al-Qaida geschätzte 500.000 US-Dollar, sehr wenig im Vergleich zum Jahresbudget des US-Heimatschutzministeriums, das 2010 knapp 55 Milliarden Dollar betrug. Noch billiger waren die zwei Bombenpakete, die al-Qaida im November 2010 im Jemen als Luftpost aufgab. Zwar richteten die Pakete – 4.200 Dollar gab die islamistische Terrororganisation für sie aus, so die deutsche Wirtschaftswoche – keinen Schaden an, gesteigerte Sicherheitsmaßnahmen werden in Zukunft aber Milliarden kosten. Mit den Worten eines Beamten des amerikanischen Finanzministeriums: »Terrorism is not a rich man's game.« Dennoch bleibt die Finanzierung von Terrorakten eine Schlüsselaufgabe der Organisationen, wie auch der kanadische Terrorforscher Martin Rudner betont: »To be sure, though the financial costs associated with terrorism may be low relative to the damage caused, this does not imply that finance is not a significant factor for the perpetrator organizations.«

Netzwerke wie al-Qaida besitzen daher eine differenzierte und ausgeklügelte Struktur, um Gelder einzunehmen, und um sie anschließend zu verteilen. Eine Einnahmequelle besonders für islamistische Organisationen ergibt sich aus dem Zakat, dem Koran-Gebot, an Arme und Bedürftige zu spenden. Schwarze Schafe unter den vielen ehrbaren Wohltätigkeitsorganisationen schöpfen solche Spenden für terroristische Bedürfnisse ab. Auf diesem Wege konnte al-Qaida schon vor 2001 immerhin rund 30 Millionen Dollar jährlich ein- >>

Die Kosten für den Terror*

- ▶ Angriff auf Washington, DC und das World Trade Center in New York, 9. September 2011
500.000 US-Dollar
- ▶ Doppelanschlag auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Dar el Saalam, 7. August 1998
50.000 US-Dollar
- ▶ Bombenanschläge auf die U-Bahnen in Madrid, 12. März 2004
50.000 US-Dollar
- ▶ Anschlag auf das Hotel »Mariott« in Jakarta, 5. August 2003
45.000 US-Dollar
- ▶ Anschläge auf U-Bahnen und Busse in London, 7. Juli 2005
15.000 US-Dollar

*Schätzungen laut den Quellen: Vereinte Nationen/Wirtschaftswoche

nehmen, so Greg Bruner, Analyst des Council on Foreign Relations. Auch in anderen Methoden der Geldbeschaffung sind die Terroristen wenig zimperlich und nutzen Banküberfälle, Erpressungen, Kreditkartenbetrug und Drogenhandel als gute Einnahmequellen – nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind etwa die Hälfte aller Terrororganisationen im Drogenhandel aktiv. Daneben können sich terroristische Organisationen aber zunehmend auf offene Einnahmestrukturen stützen, auf Unternehmensbeteiligungen

oder eigene Unternehmen, die legal Gewinne erwirtschaften.

Ein letzter Weg eröffnet sich Terroristen auf den internationalen Aktienmärkten. So wetteten sie kurz vor dem 11. September auf den Fall der Aktienkurse bestimmter Fluglinien wie United Airlines und American Airlines – derjenigen Fluglinien deren Maschinen von Terrorkommandos entführt werden sollten – und machten Milliongewinne als die Aktienkurse tatsächlich fielen.

Doch es reicht nicht, Gelder einzunehmen, sie müssen gewaschen und verteilt werden. Geldwäsche dient dem Zweck, illegal erwirtschaftete Mittel erst einmal legal zu machen, sie also in den Geldkreislauf einzuschleusen und ihre Herkunft zu verschleiern. Das gewaschene Geld kann dann ganz normal verwandt werden, sei es für die persönlichere Bereicherung der Geldwäscher, für Investitionen in legale Geschäfte oder eben für Terrorzwecke. Da es für Terroristen bisweilen schwer ist, sich Gelder – selbst wenn sie legal sind – einfach zu überweisen, besitzen Terrororganisationen darüber hinaus auch noch ein weitverzweigtes Verteilungssystem. Das reicht von Kurieren über fiktive Banken bis hin zum Missbrauch des muslimischen Hawala-Systems. Darin übernehmen einzelne Händler »Überweisungen« auf Vertrauensbasis und sehr informell untereinander. Zwischen diesen fließt dabei bisweilen gar kein Geld – Schulden werden einfach bei der nächsten Überweisung in die Gegenrichtung verrechnet –, das System ist schnell und Geldströme lassen sich nur schwer überwachen. Geldübermittler wie Western Union verwenden ein vergleichbares System, das die Attentäter vom 11. September nutzen konnten.

In all diesen Belangen ähneln Terrororganisationen der Organisierten Kriminalität (OK) sehr stark, denn Geldquellen und Geldverteilung sind beinahe identisch. Nur der Verwendungszweck ist ein anderer: Während Gelderwerb, persönliche

Bereicherung, für »gewöhnliche« Kriminelle das eigentliche Ziel ihrer Arbeit ist, dient die Mittelakquise den Terroristen nur als Mittel, um neue Terrorakte zu planen und durchzuführen. Gemeinsam erzeugen OK und Terrorismus ein riesiges Geldwäschevolumen. Die internationale Financial Action Task Force will – und kann – zwar keinen genauen Betrag nennen, geht aber davon aus, das jährlich zwischen 590 Milliarden und 1,5 Billionen Dollar gewaschen werden. Zum Vergleich: Das schweizerische Bruttoinlandsprodukt betrug 2010 auch etwa 520 Milliarden Dollar, das spanische etwa anderthalb Billionen Dollar.

Um OK und Terrorismus effektiv bekämpfen zu können, bedarf es an Informationen über die Geldquellen, über die Wege und Methoden der Geldwäsche. Die Beschaffung und vor allem Auswertung solcher Informationen ist die Aufgabe von »financial intelligence«, kurz FININT. Sie ist dabei in Ansätzen genauso global organisiert und vernetzt wie ihre Ziele OK und Terrorismus.

»Terrorism is not a rich man's game.«

Schon 1989 beschlossen die G-7-Staaten die Schaffung einer Financial Action Task Force, FATF. Die wertet zwar direkt keine Informationen aus, aber sie erarbeitet für die mittlerweile 36 Teilnehmerstaaten Empfehlungen zur Entdeckung und Bekämpfung von Geldwäsche und versucht, die nationale Gesetzgebung zu beeinflussen. Zunächst konzentrierte sich die Arbeit auf kriminelle Geldwäsche, seit den Anschlägen vom 11. September ist aber der Kampf gegen die Finanzierung des Terrorismus zunehmend im Fo- >>

kus. Dabei kann sich die FATF auf die Sicherheitsrats-Resolution 1373 vom 28. September 2001 berufen. Darin heißt es: »All states shall prevent and suppress the financing of terrorist acts and ensure that any person who participates in the financing, planning, preparation or perpetration of terrorist acts or in supporting terrorist acts is brought to justice.« Unter diesem Druck – und dank einschlägiger Empfehlungen der FATF – haben die Staaten mittlerweile insgesamt über einhundert Financial Intelligence Units, FIU, gegründet. Deren Zusammensetzung und Zuordnung zu den jeweiligen staatlichen Behörden ist zwar sehr unterschiedlich, aber alle FIU haben den gleichen Auftrag: Zum einen sollen sie helfen bei der nationalen Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorfinanzierung, indem sie Hinweise, sogenannte Ver-

Stimmt die Schlussfolgerung: ohne Geld kein Terror?

dachtsanzeigen, sammeln, auswerten und Strafverfolgungsbehörden informieren. Zum anderen ist es ihre Aufgabe, neue Trends und Typologien der Geldwäsche zu erkennen und mit den FIU anderer Staaten und den internationalen Organisationen zu kooperieren, um damit den internationalen Kampf zu unterstützen.

Wie unterschiedlich die FIU organisiert sind, zeigt ein Blick auf deren nationale Mutterhäuser: In Deutschland etwa ist die »FIU Deutschland – Zentralstelle für Verdachtsanzeigen« im Bundes-

kriminalamt geschaffen worden. In Großbritannien ist die Serious Organised Crime Agency als sogenannter non-departmental public body keiner Behörde direkt zugeordnet. In den USA schließlich teilen sich das Finanzministerium und die Central Intelligence Agency die FININT-Aufgaben. Gerade die starke Beteiligung des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes hat in der Vergangenheit Probleme ausgelöst, wie etwa im Falle der Einsicht in SWIFT-Bankdaten. Nachdem die CIA zunächst insgeheim SWIFT-Daten bezogen hatte, scheiterte ein Abkommen, das amerikanischen Behörden Zugriff auf europäische Bankdaten erlauben sollte, im Februar 2011 am Widerstand des Europäischen Parlaments. Der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte Thilo Weichert hatte das Abkommen im Vorfeld scharf kritisiert: Es sei »klar, dass das Abkommen gegen die europäische wie die nationale Gewährleistung des Grundrechts auf Datenschutz verstößt«. Die europäischen Staaten dürften sich nicht »zum Komplizen beim systematischen Grundrechtsverstoß machen«. Erst im Juni 2010 schlossen EU und USA ein überarbeitetes Abkommen, das jetzt eine Überwachung der USAuswertung durch europäische Beamten vorsieht. In Zukunft will die EU zudem ein eigenes Auswertezentrum aufbauen und den USA nur noch die Auswerteergebnisse, nicht aber mehr die rohen Bankdaten übermitteln.

Dieser Streitpunkt berührt ein Kernproblem von FININT: Finanzdaten sind hochsensibel und höchstpersönlich. Datenschutz hat hier eine grundrechtliche, aber auch eine wirtschaftliche Dimension. Wie bei anderen Überwachungsmaßnahmen im Rahmen der Antiterrorarbeit – etwa das Mitlesen von E-Mails durch Nachrichtendienste und Polizeibehörden – müssen die Gesellschaften abwägen zwischen Schutzmaßnahmen und Freiheiten des Einzelnen. Wichtig ist hierbei auch, dass die Terrorismuskomponente – oft ist es

ja sie, die zur Begründung der Eingriffe herangezogen wird – zahlenmäßig nur eine untergeordnete Rolle spielt: Von den über 9.000 in Deutschland 2009 bearbeiteten Verdachtsanzeigen hatten lediglich 98 den Verdachtsgrund »Terrorismusfinanzierung«, etwa 1,1 Prozent also. Andererseits zeigen die niedrigen Kosten für Terroranschläge, dass auch geringe Volumina schon große Auswirkungen haben können. Den Terroristen einfach den »Geldhahn zuzudrehen«, wie man gemeinhin denken könnte, gestaltet sich in der Praxis als sehr schwierig. Aber wenn's ums Geld geht, hört ja seit jeher die Gemütlichkeit auf. <<

Quellen und Links:

[Bericht der Wirtschaftswoche vom 14. Mai 2011](#)

[Hintergrundbericht des Council on Foreign Relations vom 1. Februar 2010 über die Finanzen von al-Qaida](#)

[Stellungnahme des schleswig-holsteinischen Datenschutzbeauftragten vom 18. Dezember 2009 zur Banktransaktionsdatenübermittlung an US-Behörden](#)

[Text des »Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten« vom 13. August 2008](#)

[Martin Rudner: »Using Financial Intelligence Against the Funding of Terrorism« im International Journal of Intelligence and CounterIntelligence 19/2006, Seiten 32 bis 58](#)

[Resolution 1373 des UN-Sicherheitsrates vom 28. September 2001](#)

Zukunft für eine Zwischenlösung

von Kirsten Rusert

Foto: Esteban Lamas / lizenziert gemäß [Creative Commons Attribution NonCommercial-ShareAlike 2.0 Generic](#)

Eine Antonov An124-100 kurz nach dem Abheben von einem spanischen Flughafen.

Bald wird der Bundestag einmal mehr über Deutschlands Beteiligung an der Nato-EU-Kooperative »Strategic Airlift Interim Solution« entscheiden müssen. Geplant als Übergang bis zur lang erwarteten Bereitstellung des europäischen Transportflugzeugs A400M, wurde der Vertrag inzwischen ein zweites Mal verlängert. 2012 mussten die Partner einen vollkommen neuen Vertrag aushandeln. Was wird langfristig aus dieser Extra-Leistung für die Bundeswehr werden?

>> Als Paradebeispiel einer erfolgreichen multinationalen militärischen Kooperation gilt die »Strategic Airlift Interim Solution«, kurz SALIS: Seit 2006 sichert sich eine Gruppe von Natoländern den Zugriff auf strategische Lufttransportkapazitäten – im Charter über eine eigens für diesen Zweck eingerichtete private Firma. Die »Ruslan SALIS GmbH« hat Zugriff auf sechs

Großtransportmaschinen Antonov An124 der russischen »Volga-Dnepr Airlines« und der ukrainischen »Antonov Airlines«. Die Besonderheit des Vertrags: Nicht nur kooperiert die Nato mit einem gewerblichen Vertragspartner mit Herkunft aus der ehemaligen Sowjetunion, das Projekt ist auch grundsätzlich offen für weitere interessierte Staaten. So sind im Moment mit Finnland und Schweden EU-Mitglieder assoziiert, die aber nicht der atlantischen Allianz angehören.

Ursprünglich war das Verfahren als Übergangslösung gedacht, bis der von der EADS zu produzierende Großtransporter Airbus A400M in europäischen Nato-Luftstreitkräften eingeführt werden würde. Eine Indienststellung, die bis heute auf sich warten lässt. Frühestens Ende 2014 sollen zum Beispiel die ersten Flugzeuge an die deutsche Luftwaffe ausgeliefert werden anstatt, wie einmal angedacht, 2009. Gleichzeitig besteht die »Zwischenlösung« SALIS bereits seit fünf Jahren –

mit Aussicht auf Verlängerung. Denn abgesehen von den Lieferverzögerungen sind auch die Kapazitäten des A400M gegenüber der Antonov An124 – gerade beim Transport von »übergroßem Material« – deutlich unterlegen: Die EADS-Maschine kann maximal 37 Tonnen Fracht aufnehmen, eine An124-100 dagegen bis zu 120 Tonnen.

Auch bei weiteren Leistungsparametern, wie etwa dem Ladevolumen oder den Beladungsmöglichkeiten, hat die Antonov die Nase deutlich vorn – auch gegenüber einem weiteren Konkurrenten: der amerikanischen Boeing C17 »Globemaster III«. Experten schlagen daher längst vor, SALIS als Dauerlösung zu etablieren.

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat Ende letzten Jahres die Verlängerung der deutschen SALIS-Teilhabe zunächst bis zum 31. Dezember 2011 beschlossen, wie auch im Vertrag optioniert. Eine befristete Fortführung der Übereinkunft über diesen Zeitpunkt hinaus ist im Fi- >>

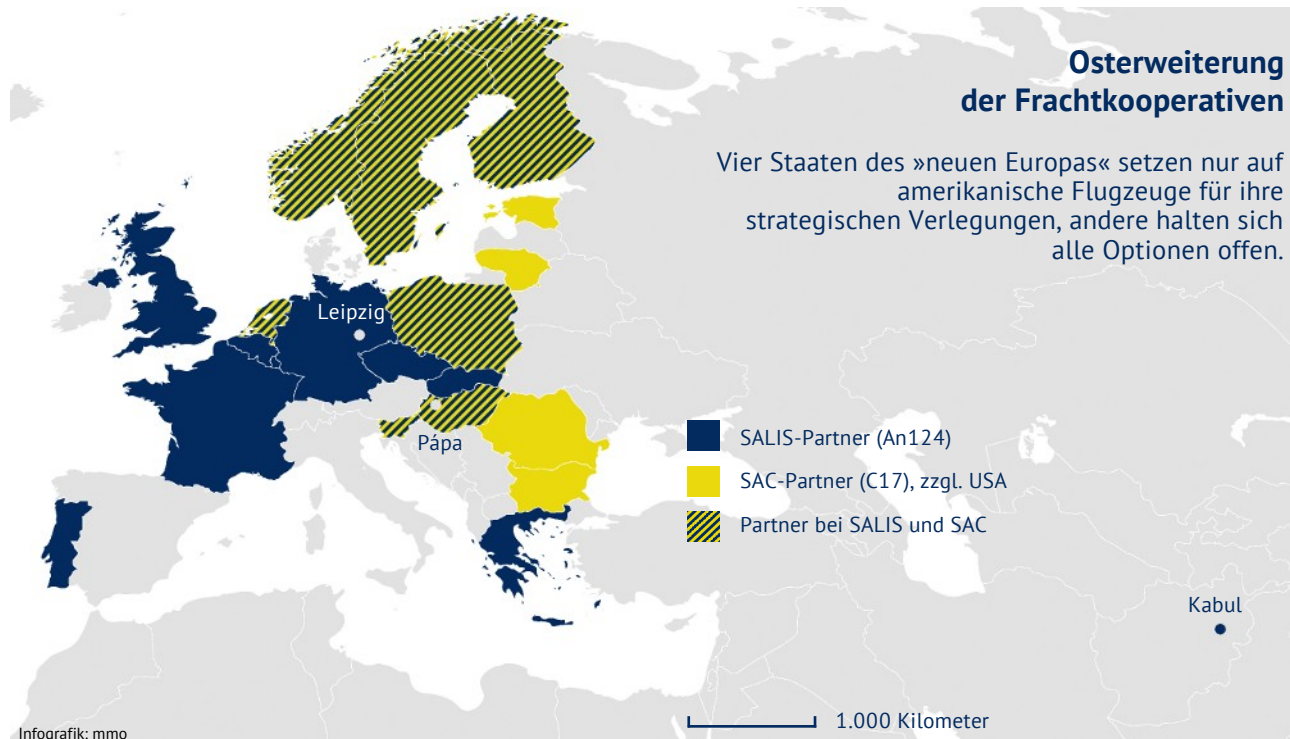
nanzplan des Bundes bereits vorgesehen; auch der Bundeswehrplan 2009 veranschlagte hierfür bereits jährlich 25 Millionen Euro Ausgaben bis einschließlich 2013.

Währenddessen sind im vergangenen Jahr Dänemark und Kanada aus der Kooperation ausgestiegen: Kopenhagen hat einen eigenen Vertrag mit der Ruslan SALIS geschlossen, um über deren Kapazitäten auch Personaltransfers abwickeln zu können. Ottawa hat sich vollständig zurückgezogen, da der Standort der Firma am Flughafen Leipzig/Halle einfach zu ungünstig für die Streitkräfte aus Nordamerika gelegen ist.

In den Fokus neuer Gesprächsrunden zwischen den verbleibenden 14 SALIS-Nationen der Nato und dem gewerblichen Partner rückt nun die Aushandlung neuer Preise. Mit einer starken

Verhandlungsposition für das Privatunternehmen, der Alternativlosigkeit für dessen Transportmaschinen geschuldet. Der Geschäftsführer der Ruslan SALIS, Valeriy Gabriel, gibt sich dementsprechend auffällig optimistisch. Er strebe eine »Erweiterung der Partnerschaft bei dem Einsatz der zivilen Lufttransportflotte für multinationale Missionen« aufbauend auf dem bestehenden Vertragswerk von SALIS an.

Dabei gibt es Anstrengungen, an der Quasi-Monopolstellung von Ruslan SALIS herumzukommen: In der Nato-Initiative »Strategic Airlift Capability« (SAC) einigten sich zehn Mitglieder des Bündnisses sowie Finnland und Schweden auf die gemeinsame Anschaffung dreier C17, mit einer Transportkapazität von je gut 78 Tonnen. Die Flugzeuge sind seit 2009 in der ungarischen Luft- >>



Neorealismus versus Neoliberalismus

In der Politikwissenschaft teilt sich die Meinung über das Verhalten der Staaten – und mithin über das Zustandekommen von Kooperationen wie SALIS. Der Forschungsbereich »Internationale Beziehungen« wird seit den 1970er Jahren von zwei Denkrichtungen dominiert.

Der Ansatz des »**Neorealismus**«, manchmal »struktureller Realismus« genannt, des Amerikaners **Kenneth N. Waltz** fügt der Voraussetzung, dass das internationale Staatensystem grundsätzlich ein anarchisches sei, drei weitere Prämissen hinzu: Staaten wollen in diesem System überleben, sie sind rationale Entscheider und sie besitzen unterschiedliche Machtmittel. Zur Maximierung der eigenen Sicherheit versuchen sie, Machtunterschiede unabhängig auszugleichen und verhalten sich in der Regel unkooperativ. Eine dauerhafte Zusammenarbeit sei lediglich ultima ratio. Eine solche könne nur mit Unterstützung einer Hegemonialmacht – wie zum Beispiel den USA – oder als Allianz zur Schwächung der Machtposition einer Hegemonialmacht zustande kommen – wie im Falle Nato gegen Sowjetunion. Kooperationen machen Staaten verletzlich und stellen nur das geringere Übel dar, wenn keine Möglichkeit zur eigenständigen Bewältigung eines Problems existiert. Neorealistisch betrachtet begründet die Unfähigkeit, nationale Sicherheit in Anbetracht begrenzter Mittel unilateral zu erreichen, multilaterale Zusammenarbeit. Bereits die deutschen Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 streben unter dem Stichwort »Ressourcenbewirtschaftung« Kooperationen unter Hinnahme des »Verzichts auf nationale Rüstungsautarkie« an.

Der »**Neoliberalismus**«, auch als »neoliberaler Institutionalismus« bezeichnet, knüpft mit dem Modell vom anarchischen Staatensystem an den >>

waffenbasis Pápa stationiert. Auch wenn betont wird, dieser Vertrag stelle keine Konkurrenz dar, scheint die von den USA vorangetriebene Initiative ein Versuch zu sein, die Bedeutung des Projekts SALIS zu begrenzen. Es wird zudem vermutet, dass Washington hierbei auch versucht, die eigene Rüstungsindustrie – C17-Hersteller Boeing aus Chicago gegen die europäische EADS/Airbus – zu stärken.

SALIS hat für Deutschland zuletzt Ende Juli dieses Jahres seine Zweckmäßigkeit belegt, als die Bundeswehr fabrikneue gepanzerte Truppen-

Der Monopolist gibt sich optimistisch.

transporter »Boxer« nach Afghanistan verlegte. Eines der deutschen Ausbildungs- und Schutzbataillone soll sie quasi in Felderprobung einsetzen. Die fünf rund 25 Tonnen schweren Fahrzeuge konnten mit dem Flug einer Antonov verfrachtet werden. Davor waren im Januar zwei »Panzerhaubitzen 2000« von je knapp 50 Tonnen Gewicht als Verstärkung nach Nordafghanistan geschafft worden. Derartige Ansprüche an strategische, das heißt großräumige, Verlegungen kommen auch zukünftig auf das deutsche Militär zu: »Auch nach einem verspäteten Zulauf des A400M wird es erforderlich bleiben, Frachten, welche dessen Ladekapazität überschreiten, mit geeigneten anderen Luftfahrzeugen zu transportieren«, heißt es im Bundeswehrplan 2010.

Wie wird es nun mit SALIS weitergehen – wenn man von den offiziellen Bekundungen abieht? Die Wissenschaft gibt zwei Erklärungen, wie ein solches Übereinkommen entstehen konnte: Aus Perspektive des »Neorealismus« kann die

Transportkooperation mehrerer Einzelstaaten überhaupt nur aus der Ressourcenknappheit der Beteiligten zustande gekommen sein. Die Mittelmacht Deutschland kann sich den Verzicht auf autarke Streitkräfte eigentlich nicht leisten, wird aber aus finanziellen Gründen dazu gezwungen. Fällt diese Beschränkung irgendwann einmal wieder weg – sollten die nationalen Transportflotten wieder ausreichend eigene Kapazitäten erwerben können –, müsste auch das Schicksal von SALIS besiegelt sein.

Die Schule des »Neoliberalismus« sieht die Dinge anders: Die erfolgreiche Implementierung eines multinationalen Vertragswerks wie SALIS eröffnet zukunftsweisend Möglichkeiten, auch in anderen Bereichen zu kooperieren – die institutionelle Verankerung der Zusammenarbeit wirkt positiv auf die Vertragspartner zurück und schafft gegenseitiges Vertrauen.

Das wäre Grund für einen optimistischen Ausblick: Zwar muss die Bundesrepublik aufgrund monetärer Zwänge auf nationale Autarkie verzichten – sie kann sich diesen Verlust aber aufgrund der multinationalen Absicherung nicht nur leisten, sondern verbessert im Pooling mit ihren Partnern ihre eigenen Möglichkeiten. Das Provisorium SALIS hat alle Chancen, sich dauerhaft zu etablieren. Eines ist klar: Mindestens bis zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan werden die Antonovs gebraucht. <<

Kirsten Rusert *studiert Politik- und Verwaltungswissenschaften an der FernUni Hagen.*

Neorealismus an, Kooperationsprobleme zwischen Staaten bestreiten Vordenker wie die US-Forscher **Robert Keohane** und **Joseph Nye** nicht. Ziel des Staates sei aber nicht das simple, eigensinnige Überleben, sondern vielmehr eine rationale Nutzenmaximierung. Kooperationen könnten damit nicht nur von zeitweiligem, sondern auch von dauerhaftem Vorteil sein. Zumal der Staat durch zunehmende internationale Abhängigkeiten immer weniger Einfluss auf die eigene Ökonomie habe. Mehrschichtige, internationale Verflechtungen mit Verhaltens- und Verfahrensregeln dienten der Kostenreduzierung und förderten gleichzeitig das Vertrauen zu den Partnern. <<

Quellen und Links:

[Interview mit Kenneth M. Waltz vom 3. Juni 2011 im Forum *Theory Talks*](#)

[Interview mit Robert Keohane vom 29. Mai 2008 im Forum *Theory Talks*](#)

[Nato-Subwebsite zur Strategic Airlift Interim Solution \(SALIS\)](#)

[Nato-Subwebsite zur Strategic Airlift Capability \(SAC\)](#)

[Virtuelle Ladeberatung der Volga-Dnepr-Gruppe für eine Antonov An124](#)

[Joachim Hofbauer: »SALIS – Übergangsmodell oder permanente Lösung?« im *Hardthöhenkurier* 3/2006, Seite 8-10](#)

[Memorandum of Understanding zur »Strategic Air Lift Interim Solution« vom 28. Juni 2004](#)

WAFFENGATTUNGEN

Koloss ohne Zukunft?

von Franz Feyder



In der Nato entscheiden die Verteidigungsministerien und die Soldaten unterschiedlich über die Rolle des Kampfpanzers in den Streitkräften – trotz vergleichbarer Erfahrungen im Afghanistaneinsatz. Die Niederländer schaffen die schweren Gefechtsfahrzeuge ab, die Kanadier schwören auf sie.

Abschied mit Knall: ein letztes Gefechtsschießen niederländischer Kampfpanzer Leopard 2A6.

>> **Bergen, Niedersachsen**, ein Morgen im Mai 2011. Der Feind ist da. Rauch, Trefferblitz, Detonationsknall. Während der »Leopard«-Kampfpanzer weiter über die Schießbahn des Truppenübungsplatzes Bergen-Hohne rast, lädt die Besatzung die Kanone nach, peilt das nächste Ziel an.

Unzählige Schlachten sind so seit Bestehen der Bundeswehr in der Lüneburger Heide geschlagen worden. Fast täglich übte die Nato hier zwischen Birken und Heidekraut den Kampf gegen feindliche Panzer-Attrappen – bis der Warschauer Pakt zerfiel. Und damit Panzerschlachten in Mitteleuropa immer unwahrscheinlicher wur-

den. Eine Entwicklung mit weitreichenden Folgen: In den notorisch klammen Verteidigungsministerien der Nato rückten die Panzertruppen ins Fadenkreuz der Sparkommissare. Wofür, fragten sich die Ministerialen, braucht es noch Kampfpanzer, wenn es keine Gegner mehr gibt, die sie bekämpfen könnten?

Somalia, Bosnien, das Kosovo – die Bundeswehr marschierte in den 1990er Jahren in Friedensmissionen, in denen Kampfpanzer nicht gebraucht wurden. Blauhelm und Leopard – das passte für Strategen wie Verteidigungspolitiker in Deutschland nicht zusammen. Die Folge: Sie lös-

ten Panzerbataillone gleich reihenweise auf; fast im Zweijahrestakt wurden Heeresreformen verabschiedet. Panzer, so die landläufige Meinung, hätten in den künftigen Einsatzszenarien keinen Platz mehr. Die Gefechte im 21. Jahrhundert würden gegen Aufständische zumeist in bewohnten Gegenden geführt und nicht in der Weite der norddeutschen Ebene.

»Die Einsatzerfahrung der Amerikaner und Engländer im Irak und dann auch der Kanadier in Afghanistan zeigen, dass der Kampfpanzer grundsätzlich für Einsätze in urbanen Operationen geeignet ist«, widerspricht Oberstleutnant >>

Rolf Koepke dieser Einschätzung. »Ganz im Gegenteil: Die Amerikaner sagen sogar, er ist ein Muss, um die Operation zum Erfolg zu führen, weil er immer über den besten Schutz verfügt, eine hervorragende Waffenwirkung hat und eine sehr, sehr gute Mobilität.«

Der Leiter der Gruppe Weiterentwicklung des Ausbildungszentrums der Panzertruppen in Munster hat die Erfahrungen der Alliierten in den Kriegen der vergangenen Jahre ausgewertet. Er kommt zu dem Schluss: Kampfpanzer erleben auf den modernen Gefechtsfeldern vom Euphrat bis zum Hindukusch eine Renaissance. Zur Unterstützung der Infanterie sei gerade der deutsche Leopard-Kampfpanzer bestens geeignet.

Das belegen Erfahrungen, die gerade das kanadische Heer mit dem Leopard machte. Kanada setzte als erste Nato-Streitkraft Kampfpanzer in Afghanistan ein. Heute nutzen auch Amerikaner, Briten und Dänemark die Kolosse im Kampf gegen Taliban und deren Verbündete. Major Dave Quick, Kompaniechef der kanadischen Panzer am Hinduksch, freut sich im Armeefernsehen: »Die Kampfpanzer, die wir bei uns haben, sind sehr gut in unsere Operationsplanung integriert. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir sie haben.« Und er ergänzt: »Sie sind sehr wichtig für das Selbstvertrauen unserer Soldaten – und diese lieben ihre Panzer. Die Panzer bringen Mobilität auf das Gefechtsfeld, Feuerkraft und sie schocken den Feind. Die Panzer sind wirkliche Arbeitstiere – wir können jetzt in Gegenden gehen, in denen wir vorher nicht präsent waren, um Sicherheit zu bringen.«

Quicks vormaliger Generalstabschef, General Rick Hillier brachte auf den Punkt, für wie wertvoll er die deutschen Leopard-Kampfpanzer im Kampf gegen die afghanischen Aufständischen hält: »Die Taliban haben in einigen Hinterhalten die Panzer angegriffen, einige harte Lektionen gelernt.« Und hätten den Kampf »sehr schnell und sehr gewaltsam verloren«.



Generalmajor Harm de Jonge, letzter General der niederländischen Panzertruppen.

»Uns allen blutet das Herz.«

Eine Studie im Auftrag des kanadischen Generalstabs belegte: Auf dem afghanischen Gefechtsfeld unterstützten die Kampfpanzer die Infanterie wirkungsvoller und präziser als Artilleriesysteme, Flugzeuge und Kampfhubschrauber. Der größte Vorteil: Bei über 450 Kampfeinsätzen seit August 2007 wurde nicht ein einziger Zivilist verwundet oder getötet. Die kanadischen Soldaten taufen ihre Panzer liebevoll »Titanen der Gerechtigkeit«. Besonders wirkungsvoll erwies sich der kanadische Leopard 2A6M gegen Aufständische, die sich hinter den landestypischen Lehmmauern eingegraben hatten und durch Schießscharten die Kanadier unter Beschuss nahmen.

Eine Kampfweise, die die Bundeswehr noch während des so genannten Karfreitagsgefechts im vergangenen Jahr überraschte. Damals kamen vier deutsche Soldaten ums Leben. Die Schützenpanzer »Marder« konnten zwar schlussendlich die verschanzten Taliban ausschalten – verschossen dabei aber den größten Teil ihres Munitionsvorrates.

Der Grund: Sowohl die panzerbrechende als auch die Sprengbrandmunition des Marders durchschlug die Lehmmauern erst nach zahllosen Salven der Bordkanone. Für die 120-Millimeter-Geschosse moderner Kampfpanzer sind die Mauern kein Problem. »Die Einsatzerfahrungen zeigen, dass also der Kampfpanzer immer noch ein optimales Mittel ist, um auch in urbanen Operationen eingesetzt werden zu können,« ist Rolf Koepke von der Panzertruppe in Munster aus dieser Erfahrung heraus überzeugt. »Aber: Er kann verbessert werden. Und diese Verbesserungen schützen das Leben unserer Soldaten.«

Doch die Entscheidung der niederländischen Regierung macht deutlich, dass diese Einschätzung nicht von allen Nato-Partnern geteilt wird: Verteidigungsminister Hans Hillen hatte im Februar dieses Jahres seinen Generalstab angewiesen, die beiden verbliebenen Panzerbataillone ihrer Majestät im Mai aufzulösen. Panzerschlachten sind für die niederländischen Militärs offenbar ebenso unvorstellbar wie der Nutzen ihrer Leopard-Kampfpanzer in asymmetrischen Einsatzszenarien. Statt tonnenschwerer Tanks will der konservative Verteidigungsminister künftig auf schwedische Schützenpanzer vom Typ CV90 und besonders auf amerikanische Apache-Kampfhubschrauber setzen.

Eine Vision, die nicht alle Generäle in den Streitkräften des Küstenlandes teilen. Statt operativer Gründe seien einzig Einsparpotenziale im Verteidigungshaushalt der Grund für die Auflösung der Panzerverbände gewesen – kritisieren sie. Bevor Mitte Mai die niederländischen Leopard-Panzer ihre letzten Schüsse auf der Schieß- >>



Einsatz im Morgengrauen: Kanadische Leopard-Panzer geben US-Truppen Feuerunterstützung im Südwesten Afghanistans.

bahn 6 des Truppenübungsplatzes Bergen in Niedersachsen abfeuerten, macht Generalmajor Harm de Jonge, General der niederländischen Panzertruppen, seiner Enttäuschung Luft: »Den Beschluss hat der Minister gefasst und er hat vor allem ökonomische Gründe. Das System ist auch weiterhin ein gutes Waffensystem. Der Panzer kann heute wie in Zukunft in jedem denkbaren Szenario zur Unterstützung der Infanterie eingesetzt werden. Aber weil wir die dazu notwendige Anzahl von Systemen nicht unterhalten können, nehmen wir jetzt Abschied davon.« Für de Jonge geht mit diesem Abschied nicht nur die 400 Jahre

dauernde Geschichte der niederländischen Kavallerie zu Ende. Das niederländische Heer, ist er überzeugt, beraube sich auch einer entscheidenden Einsatzoption in künftigen Einsätzen.

Auf der Schießbahn in Bergen ist es derweil ruhig geworden. De Jonge fasst die Stimmung zusammen: »Wir stehen hier mit mehreren tausend Panzermännern und Kavalleristen. Viele altgediente Reservisten. Uns allen blutet das Herz, aber der Befehl muss ausgeführt werden.« Tränen laufen vielen der angetretenen Panzersoldaten über die Wangen – in den letzten 28 Sekunden der niederländischen Panzerwaffe. <<

Eine Übernahme mit freundlicher Genehmigung von NDR Info Streitkräfte und Strategien



Quellen und Links:

Mitteilung des niederländischen Verteidigungsministers Hans Hillen vom 8. April 2011 über die Streichungen im Militäretat (Dokument auf Niederländisch)

Hintergrundbericht von *Defense Industry Daily* vom 14. Februar 2011 über Kanadas Kampfpanzer-Beschaffung

Bericht der *Canadian Army News* vom 7. Dezember 2010 von der Übernahme deutscher Leopard 2A6

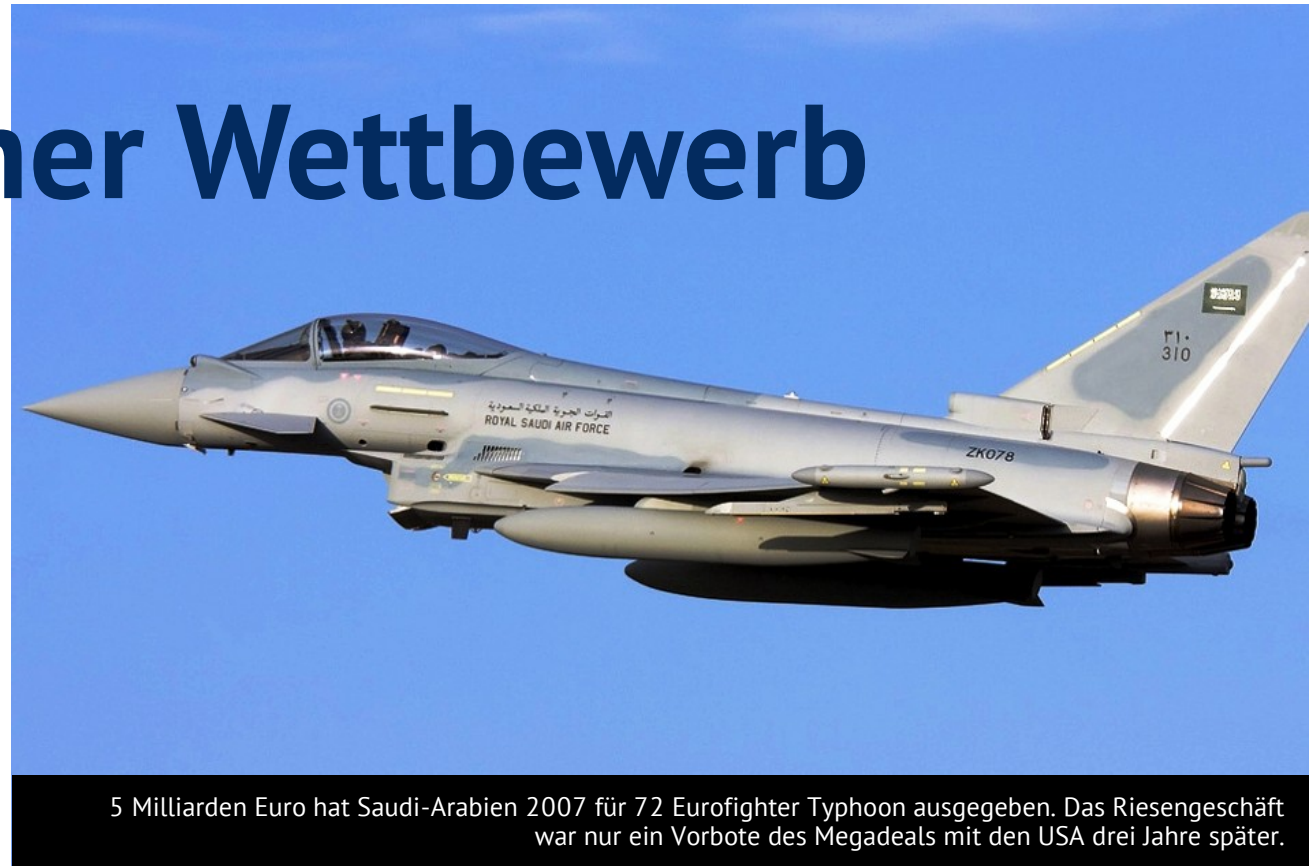
Reportage der *FAZ* vom 22. März 2008 über die Risiken des »Leopard«-Einsatzes in Afghanistan

Orientalischer Wettbewerb

von Philipp Starz

Die Rüstungsdynamik am Persischen Golf – besonders die sich spiegelnden Entwicklungen in Saudi-Arabien und im Iran – birgt die Gefahr eines echten Wettrüstens in sich. Noch aber hält sich die militärische Konkurrenz in Grenzen: Riad kann sich die Ausgaben für Rüstungseinkäufe leisten und auch Teheran investiert relativ wenig und nur selektiv in seine Waffenentwicklungen.

>> Die Absicht der Rüstungsschmiede Kraus-Maffai-Wegmann, erst jüngst bekannt geworden, Kampfpanzer nach Saudi Arabien liefern zu wollen, wird in Deutschland kontrovers diskutiert. Für die Alliierten ist das Geschäft mit dem Ölkönigreich bereits gang und gäbe: Neben Großbritannien und Frankreich verkaufen indes vor allem die USA High-Tech-Rüstungsgüter an die arabischen Anrainerstaaten des Persischen Golfes. Parallel dazu verbessert der Iran seit Jahren die Fähigkeiten seiner ballistischen Raketen. Ist das bereits ein »Wettrüsten« – also der implizite



5 Milliarden Euro hat Saudi-Arabien 2007 für 72 Eurofighter Typhoon ausgegeben. Das Riesengeschäft war nur ein Vorbote des Megadeals mit den USA drei Jahre später.

Vergleich mit dem Kalten Krieg zwischen USA und Sowjetunion gerechtfertigt? Was wäre im Vergleich ein »normales« Verhalten politisch und militärisch konkurrierender Staaten?

Die Vorzeichen für eine friedliche Zukunft am Persischen Golf jedenfalls stehen schlecht: Der Globale Militarisierungsindex 2011 des Bonner Konversionszentrums (BICC), der weltweit die staatliche Mittelverteilung an Militär im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt und zu anderen gesellschaftlichen Bereichen wie der medizinischen Versorgung analysiert, zeigt auf, dass der

Persische Golf die am höchsten militarisiertere Region der Erde ist. Mit Kuwait (Platz 9), Oman (Platz 13), Bahrain (Platz 14), Saudi Arabien (Platz 15), Vereinigte Arabische Emirate (Platz 16) sind fünf Staaten unter den Top 20. Laut Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) belegt Saudi-Arabien Platz 7 der Staaten mit den höchsten Militärausgaben weltweit. Das Land hat, neben den Vereinigten Arabischen Emiraten, in der letzten Dekade signifikant seinen Verteidigungshaushalt ausgeweitet: War der offizielle Militäretat 2000 noch mit rund 19 Milliarden US- >>

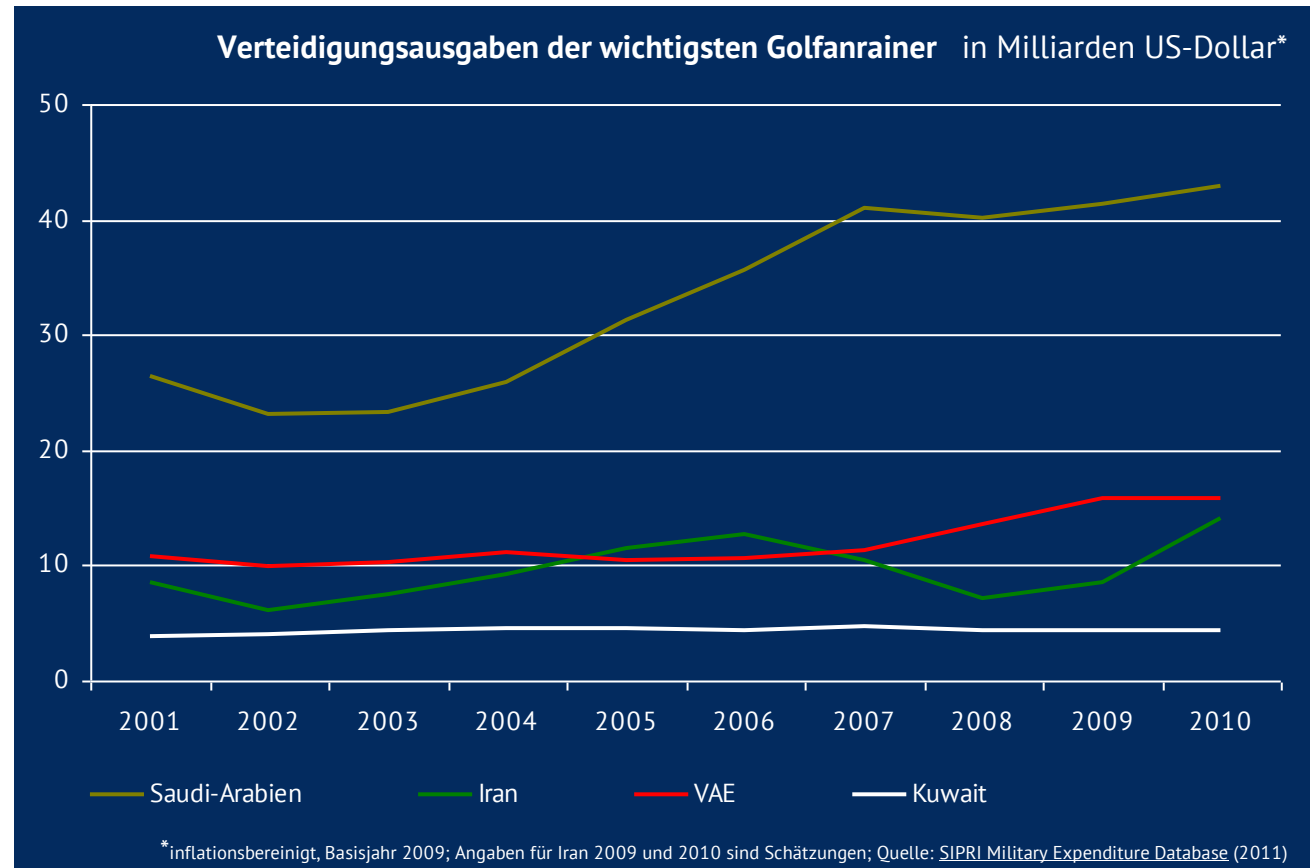
Dollar veranschlagt, lag er zehn Jahre später bei 45 Milliarden – fast drei Prozent des saudischen Bruttoinlandsprodukts.

Dementsprechend gehören die Staaten am Persischen Golf zu den bedeutendsten Importeuren von Waffen und Militärtechnologie. Größter Lieferant sind die USA. Mit Saudi-Arabien hat Washington im vergangenen Jahr sogar den größten beziehungsweise teuersten Waffendeal der amerikanischen Geschichte abgeschlossen. Für über 60 Milliarden Dollar will das Königreich in den nächsten Jahren vor allem seine Luftwaffe aufrüsten und modernisieren. Die Vereinigten Arabischen Emirate bauen mit amerikanischer Hilfe eine moderne Flugabwehr auf und wollen

Schlechte Vorzeichen: hohes Konfliktpotential, autoritäre Systeme und Öl

alleine sieben Milliarden Dollar für den Erwerb von Lockheed Martins »Terminal High Altitude Area Defense« ausgeben – sie sind bislang die Einzigen, für die Washington den Verkauf des ultramodernen Systems freigegeben hat. Auf der anderen Seite des Golfs bemüht sich der Iran, bislang entgegen allen Gerüchten allerdings vergeblich, um den Erwerb des russischen Flugabwehrsystems S300.

Kein Wunder, dass Schlagzeilen wie die des *Sterns* aus dem Januar vergangenen Jahres – »Wettrüsten am Persischen Golf. USA wollen Ra-



ketenabwehr ausbauen« – im Bezug auf die Region den Begriff »Wettrüsten« schon überstrapazieren. Selbst die Fachliteratur ist darüber nicht erhaben. Ist aber jede positive Veränderung der militärischen Kapazitäten eines Staates gleich ein Wettrüsten? Wie sehen überhaupt »normale« militärische Beziehungen zwischen Staaten aus, die nicht miteinander verbündet sind, und unter welchen Bedingungen liefern sie sich ein »Wettrüsten«?

Barry Gordon Buzan, Professor für Internationale Beziehungen an der London School of Eco-

nomics, hat gemeinsam mit seinem Kollegen Eric Herring, heute an der Universität Bristol, 1998 den Begriff »Rüstungsdynamik« definiert. Diese ließe sich nach Intention und Intensität in drei Stufen unterteilen – was heute eine bessere Einordnung der Dynamik am Golf ermöglicht.

»Maintenance« ist nach Buzan und Herring eine Form der Rüstungsdynamik, in der die beteiligten Staaten einen bestimmten militärischen Status Quo untereinander aufrecht erhalten. Sie modernisieren und transformieren ihre Streitkräfte nur, um ihre militärischen Fähigkeiten im Ein- >>

klang mit dem technologischen Fortschritt zu aktualisieren. Diese Art der Modernisierung ist keine Reaktion auf das Verhalten anderer, sondern quasi eine Routinemodernisierung. Es ist aber möglich, dass »Maintenance« eskalieren kann.

Im Gegensatz zur »Maintenance« stellen die beiden Politologen das »Wettrüsten«: Die Beteiligten wollen den politisch-militärischen Status Quo bewusst ändern, oder befinden sich sogar in der Vorbereitung eines Krieges. Ist die Bedrohung des eigenen staatlichen Überlebens so groß, wird der Bedrohte alle möglichen Ressourcen heranziehen, um seine Existenz zu sichern. Kurzum: Im »Wettrüsten« geben Staaten einen Großteil ihres Budgets für das Militär aus und die Industrie widmet sich vornehmlich der Herstellung militärisch brauchbarer Güter.

Zwischen diesen beiden Polen definieren Buzan und Herring den »militärischen Wettbewerb« als dritte Form der Rüstungsdynamik. Hierunter fallen alle Beziehungen potentieller militärischer Gegner, die weder der Begriff »Wettrüsten« noch der Terminus »Aufrechterhaltung des militärischen Status Quo« erfassen können.

Militärische Wettbewerbe, wie auch Wettrüsten, können verschiedene Formen annehmen. Eine Zunahme von den Waffensystemen im Arsenal rivalisierender Staaten ist ein quantitativer Wettbewerb, der zum Wettrüsten werden kann. Verbessern oder modernisieren Streitkräfte hingegen die Fähigkeiten ihrer Waffensysteme, spricht man, Buzan und Herring folgend, von einem qualitativen Wettbewerb: Die »Revolution in Military Affairs«, also eine sprunghafte Weiterentwicklung von Militärtechnologie und deren Auswirkung auf Doktrinen und Streitkräfteorganisationen, ist hierfür eine Triebkraft. Ein »militärischer Wettbewerb« kann entstehen, wenn ein Staat militärische Fähigkeitslücken gegenüber einem anderen schließen will. Jede rüstungspolitische Entscheidung eines Akteurs wird durch eine sofortige rüstungs-

Ein halber Kalter Krieg am Golf?



Abschreckung des Unterlegenen? Die Bedrohung des arabischen Golfs durch den Iran könnte in einigen Jahren zu einer nuklearen werden. Bis dahin entwickelt das Land seine strategischen Werkzeuge. Hier der Teststart einer Mittelstreckenrakete vom Typ »Shahab-3«.

politische Reaktion des Gegners gekontert – besonders wenn ein Staat sich nicht über die Absichten des anderen im Klaren ist.

Das stark forcierte Raketenprogramm des Iran und die Abwehrmaßnahmen der arabischen Golfstaaten sind ein solcher offensiv-defensiver militärischer Wettbewerb. Die Verdoppelung der jährlichen iranischen Militärausgaben seit 2002 – auf rund 9 Milliarden US-Dollar heute – ist laut dem BICC vermutlich nahezu vollständig auf die Investitionen in das, mutmaßlich militärische, Nuklearprogramm, einschließlich der Trägertechnologien zurückzuführen. Die strategischen Boden-Boden-Raketen vom Typ »Shahab 3«, die die Islamische Republik mit Hilfe von Nordkorea entwickelt hat, besitzen nach offiziellen Angaben eine Reichweite von circa 2000 Kilometer und können so problemlos jedes Ziel an der Südküste des Persischen Golfs erreichen. Auch Antischiffsraketen wurden auf der Basis der chinesischen C802 entwickelt und getestet. Die iranische Marine soll mehrere Batterien auf der Nordseite der Straße von Hormus stationiert haben. Die iranische Raketenrüstung scheint einer einfachen Abschreckungsstrategie zu dienen – wenn nicht sogar einer Erpressungsstrategie. Mit der Vergrößerung der Reichweite seiner Raketen erweitert Teheran auch den Radius seines politischen Einflusses.

Angesichts dessen fürchten die Staaten des Golfkooperationsrats um die Sicherheit des Schiffsverkehrs durch die Meerenge und um die ihrer Ölquellen, von denen sie hochgradig abhängig sind. Amerikanische Anti-Raketensysteme werden deshalb nicht nur in den Vereinigten Arabischen Emiraten, sondern auch in Katar, Bahrain und Kuwait installiert. Saudi-Arabien will seine »Patriot«-Batterien modernisieren lassen. Darüber hinaus hat die US-Marine ihre Präsenz im Golf verstärkt. Sie verfügt mit ihren »Aegis«-Lenkwaffenzerstörern über die Fähigkeit, feindliche Flugkörper ebenso wirksam wie mit »Patriot« abzuschießen. >>

Foto: CISIS PONI Poniblog / lizenziert gemäß Creative Commons Attribution NonCommercial/ShareAlike 2.0 Generic

Demgegenüber scheinen die iranischen Streitkräfte in absoluten Zahlen ihren arabischen Nachbarn im Golfkooperationsrat mit mehr als einer halben Millionen Soldaten einzeln deutlich überlegen zu sein. Vor allem die kleinen Golfstaaten leiden unter einem Mangel an strategischer Tiefe und einer relativ kleinen Bevölkerungsgröße. Der Iran kontrolliert die gesamte Nordküste des Golfs, und die gesamte Bevölkerung der arabischen Staaten an der Südküste ist nur halb so groß wie die der Islamischen Republik.

Konventionelle Vorbereitung auf die nukleare Konfrontation?

Diese quantitativen Vorteile verblassen aber vollkommen vor der qualitativen Überlegenheit der kleineren Golfstaaten und Saudi-Arabiens sowie der amerikanischen Präsenz im Golf. Allein Saudi-Arabien gibt mehr als viermal so viel für sein Militär aus als der Iran für seine Streitkräfte. Rund 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes wendet Riad dieses Jahr für seinen offiziellen Verteidigungs-
etat auf – so gibt es das Jahrbuch Military Balance des Londoner IISS an, während das SIPRI noch 2008 die gesamten Militärausgaben des Königreichs auf 8,2 Prozent des BIPs schätzte. Teheran, so vermuten die Londoner Experten, wendet 2,5 Prozent seines BIPs für sein Militär auf. Selbst die kleinen Vereinigten Arabischen Emirate liegen bei den absoluten Verteidigungsausgaben weit vor

dem Nachbarn im Norden. Dennoch ist das kein Vergleich zur Konfrontation der Supermächte: Selbst am Ende des Kalten Krieges im Jahr 1989 wanden USA und Sowjetunion jeweils einen doppelt so hohen Anteil ihres BIP – Washington 5,8 Prozent und Moskau geschätzt zwischen 5 und 6 Prozent – für die gegeneinander gerichtete Verteidigung auf.

Zudem ist Teheran der Zugang zum Rüstungsweltmarkt und damit zu modernen Waffensystemen versperrt. Russland stoppte 2010, nachdem der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1929 das Waffenembargo gegen den Iran verschärft hat, die geplante Lieferung von Langstrecken-Boden-Luft-Raketen vom besagten Typ S300. Der Iran kann nun keine fortschrittlichen Waffen mehr importieren und ist abhängig von seiner eigenen Rüstungsindustrie, möglicherweise mit heimlicher Unterstützung aus Nordkorea. Die arabischen Golfstaaten können dagegen auf moderne Militärtechnologie aus dem Westen zurückgreifen. Durch die versprochenen Gerätelieferungen und Modernisierungen der Vereinigten Staaten wird eine saudische Luftwaffe geschaffen, die eher eine Bedrohung für den Iran darstellt, als dessen, immer noch konventionell bestückte, Raketen für Saudi Arabien.

Was aber geschieht, sollte die Islamische Republik eines Tages über Nuklearwaffen verfügen, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. Einstweilen bereiten sich – so scheint es – die arabischen Staaten am Persischen Golf auf diesen Tag mit deutlicher konventioneller Aufrüstung vor. <<

Philipp Starz *studiert Internationale Beziehungen an der TU Dresden.*

Quellen und Links:

[Der »Global Militarization Index« des »Bonn International Center for Conversion« \(BICC\)](#)

[Fact Sheet des »Stockholm International Peace Research Institute« \(SIPRI\) zu Rüstungsausgaben der arabischen Golfstaaten vom Oktober 2010](#)

[Datenbank »Military Expenditure« des SIPRI](#)

[Datenbank »Arms Transfer« des SIPRI](#)

[Programmwebsite »Gulf and Middle Eastern Security« des »International Institute for Strategic Studies« \(IISS\)](#)

[Mohsen M. Milani über die Rivalität zwischen Iran und Saudi-Arabien in der Foreign Policy vom 11. Oktober 2011](#)

[Hintergrundbericht der Defense Industry Daily vom 8. September 2011 zu saudischen Rüstungseinkäufen 2010 und 2011](#)

KLEINWAFFEN



Blutiges Erbe, düsterer Ausblick

Pulitzer-Preisträger Christopher Chivers befasst sich nicht nur mit dem historisch-politischen Kontext der Entwicklung und Verbreitung der AK-47, sondern zeichnet auch ein aufschlussreiches Profil von den vermeintlich wohlmeinenden Erfindern Richard Gatling, Hiram Maxim und Michail Kalaschnikow.

Libyens Revolution und Bürgerkrieg haben das wahrscheinlich größte Waffenlager Afrikas geöffnet. Jetzt sorgt sich die Nato um die Proliferation auch der Unzahl an Kleinwaffen aus den Arsenalen Gaddafis. Mit dabei: das Pop-Symbol aller Möchtegern-Guerrilleros, die Kalaschnikow; hier ein Vorzeigee Exemplar aus dem Abu-Salim-Gefängnis in Tripolis.

>> **Der Tod ist ein Meister** aus der Sowjetunion: Der »Avtomat Kalashnikov« hat wohl mehr Menschen umgebracht als jede andere Waffe in der Geschichte der Menschheit. Im Roten Reich Josef Stalins entwickelt, existieren heute schätzungsweise bis zu 100 Millionen Exemplare der AK-47 und ihrer Nachfolgemodelle – mehr als von allen anderen Waffen. Christopher John Chivers, Autor von »The Gun«, nennt denn auch die Zeit, in der wir immer noch leben, die »Kalaschnikow-Ära«.

An Büchern über die AK-47 besteht eigentlich kein Mangel. Vom Historiker bis zum Waffennarren haben sich bereits unterschiedlichste Auto-

ren der Geschichte des Sturmgewehrs angenommen und könnten mit ihren Arbeiten leicht eine kleine Bibliothek füllen. Nun also im vergangenen Jahr auch der renommierte Auslandskorrespondent der *New York Times*. Was macht sein Buch besonders?

Vielleicht sein Ansatz, den »reichen Kontext« der Erfindung, Produktion und Verbreitung der Kalaschnikow zu ergründen. So holt er denn auch weiter aus als andere und beginnt nicht in der Sowjetunion des Zweiten Weltkrieges. Die Ursprünge sucht er bei der Erfindung des Maschinengewehrs überhaupt, in der Mitte des 19. Jahr-

hunderts. Je näher sich Chivers der Gegenwart nähert, wandelt sich sein Buch von einer historisch-psychologischen Betrachtung solcher ambivalenter Tüftlerpersönlichkeiten wie Richard Gatling, Hiram Maxim und Michail Kalaschnikow zur einer Sammlung gut recherchierter und verknüpfter politischer Reportagen über die Auswirkungen ihrer Erfindungen.

Das liegt wohl am persönlichen Hintergrund des Autors. Chivers, Jahrgang 1964, war 1987 bis 1994 Offizier der US-Marineinfanterie und ist Veteran des Golfkrieges. Danach hat er Journalismus studiert und arbeitet seit 1999 bei der Times. Seit

2001 berichtet er als Auslandskorrespondent aus Konfliktzonen in Tschetschenien, Afghanistan und vielen mehr. Was ihm gemeinsam mit seinen Redaktionskollegen vor zwei Jahren den Pulitzer für »Internationale Berichterstattung« einbrachte.

Sein Hintergrund als Soldat hat den Vorteil, dass er als Fachmann über die Waffe sprechen kann, sein Beruf als Journalist sorgt dann dafür, dass der Leser ihn auch gut versteht. Abträglich ist diese Fachkenntnis aber, wenn ein Exkurs zur amerikanischen Antwort auf die Kalaschnikow, das Sturmgewehr M16, ein wenig zu detailliert ausfällt. Hier schreibt er zu stark aus der Binnenperspektive eines Marine, der öfter mit den Tücken des M16 hat umgehen müssen. Dennoch: Dieses Abschweifen verleiht immerhin Glaubwürdigkeit.

Gefährliche Kombination aus Überproduktion und Marktmechanismen

Überdeutlich macht Chivers, dass die Kalaschnikow das Erbe des Kalten Krieges ist. Nicht nur waren Waffen eine Form von politischer Währung für die Sowjetunion, was besonders den Export der AK-47 förderte. Auch die Standardisierung der Rüstungsproduktion in den Ländern des Warschauer Paktes sorgte dafür, dass es inflationäre Mengen dieser »Währung« gab. Das hatte verheerende Folgen: »Sobald überzählige sozialistische Sturmgewehre produziert waren, sorgten die Mechanismen des Marktes dafür, dass sie sich auch verbreiteten.« In der Wendezeit von 1989/90 bedeutete dies, dass ungezählte Mengen der Waffe zum freien Verkauf einfach herumlagen. Allein in

der ehemaligen DDR »lagerten bis zu 400.000 militärische Waffen in den Fabriken, um Betriebskampfgruppen im Falle eines Krieges oder Aufstandes auszurüsten. Parteikader besaßen weitere 100.000 Kleinwaffen.« Als die Bundeswehr nach langer Verzögerung endlich die Magazine übernommen habe, seien diese längst leer gewesen, so Chivers, die Waffen spurlos verschwunden.

Über den sowjetischen Ingenieur Kalaschnikow selbst, dem er mehrmals begegnet ist, über diesen Prototyp eines homo sovieticus urteilt der Amerikaner: »Er ließ sich gerne loben, wenn das Sturmgewehr so eingesetzt wurde, wie er es sich vorstellte. Er wies aber von sich, dass er in irgendeiner Weise Verantwortung tragen würde für alle Probleme, für die die Waffe sorgte.« Ganz im Unterschied zu Andrej Sacharow, dem Entwickler der sowjetischen Wasserstoffbombe und späteren Dissidenten, wie Chivers zu Bedenken gibt. Aber dann lässt er doch Milde über eine tragische Figur walten: »Kalaschnikow war Teil eines Systems auf mittlerer Ebene, nie aber sein Antrieb.«

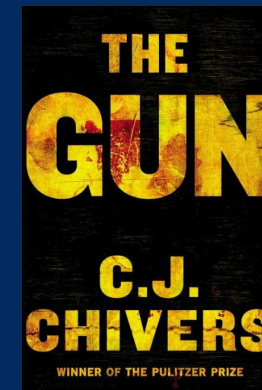
Seinen Parforce-Ritt durch Geschichte und Gegenwart automatischer Feuerwaffen beendet Chivers mit einer minutiösen Erzählung von einem Feuergefecht im Frühjahr 2002 im Nordirak. Detailliert bis hin zu den Einschlägen der Kugeln in Fleisch und Knochen und der Nachgeschichte der Opfer. Eine eindrucksvollere Darstellung der Unmenschlichkeit der Massenverbreitung von Schnellfeuerwaffen dürfte kaum zu finden sein.

Chivers Ausblick danach ist nüchtern, ja, düster: Das moderne Schlachtfeld wurde mit der robusten und leicht zu handhabenden Waffe regelrecht übersättigt. »Wie lange wird das so sein?«, fragt der Ex-Marine abschließend und der Journalist antwortet: »Solange diese Waffen in solcher Zahl existieren, wie sie der Kalte Krieg über alle Maßen hinterlassen hat.« Damit ist die Kalaschnikow heute schon zu *dem* Gewehr des 21. Jahrhunderts geworden.

mmo

Christopher John Chivers

»The Gun – The AK-47 and the Evolution of War«



New York (Simon & Schuster) 2010, Paperback, 496 Seiten, 16,00 US-Dollar

Quellen und Links:

[C.J. Chivers' Pulitzer-ausgezeichnete Reportage in der New York Times vom 10. November 2008](#)

[Persönliche Website von C.J. Chivers](#)

»Es bestehen nicht die geringsten Kontrollen«

Interview: Michael Seibold

ADLAS: Herr Blancke, »Private intelligence« klingt nach einem Neologismus. Was verbirgt sich dahinter?

Stephan Blancke: Private intelligence umschreibt das geheimdienstliche Arbeiten nicht-staatlicher Akteure, um es etwas trocken zu formulieren. Darunter fallen also auch die entsprechenden Apparate bei Terrororganisationen wie der Hezbollah oder das Vorgehen einiger Sekten. In erster Linie aber finden die Aktivitäten im Wirtschaftsbereich statt. Das heißt, die gern genannte Markt- und Konkurrenzbeobachtung wird auch von ehemaligen Staatsdienern durchgeführt. Diese siedeln sich selbst oft im Intelligence-Bereich an, würden aber niemals von »Spionage« sprechen. Die Frage nach den geheimdienstlichen Methoden ist dabei nicht so einfach zu beantworten – auch die Arbeit von Privatdetektiven kann manchmal auch darunter fallen. Letztendlich hängt das auch vom Ziel und Zweck der Arbeit ab: Die Observation des Ehepartners zähle ich nicht zu Private intelligence, wohl aber die des Konkurrenten oder eines ideologischen Gegners. Entscheidend ist die Grundannahme, dass die

ausführenden Personen nicht oder nicht mehr dem staatlichen Sektor angehören. Es gibt allerdings auch heute diverse Fälle, in denen staatliche Einrichtungen das Ziel nicht-staatlicher Akteure waren oder diese aber im Auftrag von Regierungen arbeiten.

Warum benutzen wir hier einen englischen Begriff?

Blancke: Im deutschen Sprachgebrauch kursieren bereits für den Bereich der staatlichen Geheimdienste zahlreiche unterschiedliche und teils falsche Bezeichnungen wie etwa das gerne benutzte »Dienste« – was immer das sein mag. Oder auch »Nachrichtendienste«, was auch Presseagenturen einschließen würde. Die korrekte Bezeichnung »Geheimdienste« wird von den deutschen Behörden kategorisch abgelehnt. Es scheint zu obskur zu wirken, obwohl es ein zumindest theoretisches Merkmal dieser Organisationen umschreibt: das weitgehend geheime Vorgehen. Die Bezeichnung »private Geheimdienste« sprengt dann ohnehin den Rahmen objektiver Herangehensweise und kommuniziert meiner Erfahrung nach im deutschen Sprachgebrauch eigentlich nur Schlapphut >>

Mit dem Wort »Geheimdienst« verbindet man gemeinhin fast immer das gleiche Bild: geheimnisumwitterte Organisationen von Staaten, die ihre Schlapphüte in allen Teilen der Welt schnüffeln lassen. Aber auch private, nichtstaatliche Akteure betreiben solche Arbeit – und das schon seit Jahrhunderten. Politologe Stephan Blancke hat das Phänomen erstmals im deutschen Sprachraum analysiert und erklärt Geschichte, Vorzüge und Gefahren von »Private Intelligence«.



Foto: Tom Ford

Dr. Stephan Blancke

hat Verwaltungswissenschaften studiert und wurde als Politologe promoviert. Seine Doktorarbeit analysiert private geheimdienstliche Organisationen. Er berät öffentliche und private Institutionen sowie Medien in Bezug auf internationale Politikfeldforschung sowie Informations- und Kommunikationstechnologien.

und Hinterzimmer. Da es hierzulande auch keine politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Branche gibt – die staatlichen Akteure werden ebenfalls nur marginal behandelt –, ist es praktikabel, sich des relativ unkomplizierten angelsächsischen Sprachgebrauchs zu bedienen. Dazu kommt: In den USA oder Großbritannien ist es nicht anrühlich, sich mit Geheimdiensten zu befassen. Die relevante Literatur kommt aus diesen Ländern und nicht aus Deutschland.

Ist Private intelligence ein neues Phänomen?

Private intelligence ist ein altes Phänomen, auch wenn es häufig als ein Merkmal moderner gesellschaftlicher Entwicklungen dargestellt wird. Bereits im Venedig des 12. Jahrhunderts existierten private Informantenbüros, um konkurrierende Geschäftsleute und Städte auszuspionieren. Verschiedene Bankhäuser und Familien leisteten sich private Spione, die in ganz Europa unterwegs waren. Im amerikanischen Bürgerkrieg existierten verschiedene Spionageorganisationen, die privater Natur waren und in diesen Zeitraum – genauer: ins Jahr 1850 – fällt auch die Gründung der noch heute tätigen Firma Pinkerton. Diese wurde beispielsweise im Ersten Weltkrieg von der französischen Regierung beauftragt, deutsche Spionageaktivitäten zu untersuchen. Verschiedene Umstrukturierungen, insbesondere bei den US-amerikanischen Geheimdiensten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, haben immer wieder einen Zulauf von geschultem Personal in den Privatbereich oder Neugründungen hervorgerufen. Heute steht der Begriff »revolving door« in der Branche – zumindest in den USA, GB und Frankreich – für eine als recht normal angesehene Fluktuation von Personal und Expertise.

Warum das starke Wachstum in den letzten Jahren?

Es ist schwierig, eine rein quantitative Einschätzung von Private intelligence vorzunehmen: Po-

tenzielle staatliche Auftraggeber verweigern unter Verweis auf Geheimhaltungsvorschriften die Auskunft und die Privatwirtschaft ist ohnehin nicht gezwungen, zu entsprechenden Fragen Stellung zu nehmen: Von den 68 von mir angeschriebenen Firmen reagierten lediglich sechs mehr oder weniger ausweichend oder sich als unzuständig bezeichnend. Ein wenig ironisch ist der Umstand, dass lediglich die in Verruf geratene deutsche Prevent AG meinen Fragebogen komplett beantwortet hatte. Insofern sind besonders in den USA recherchierte oder in die Öffentlichkeit gelangte Zahlen ein Indiz für den Umfang und die Zunahme der Branche. Zu nennen wäre hier das Projekt »Top Secret America« der *Washington Post*. Letztendlich wird der Umfang die-

»Die relevante Literatur kommt nicht aus Deutschland.«

ser Aktivitäten auch durch jeden einzelnen Skandal deutlich: Plötzlich wird klar, dass außerhalb der ohnehin schon sagemumwobenen Geheimdienste sich noch andere Organisationen tummeln, die offenbar ebenfalls erhebliches Geschick mit ins Spiel der Informationsgewinnung bringen können. Unvermittelt wird das Potenzial dieser Firmen deutlich, wenn sich Regierungen an sie wenden, um ihre entführten Bürger in Ländern ausfindig zu machen, in dem der staatliche Geheimdienst über keine Zugänge verfügt. Und nur zu bekannt ist noch die Affäre um die Deutsche Telekom oder die professionelle Überwachung von Politikern im Auftrag von Journalisten.

Welche besonderen Vorteile bietet Private intelligence den Kunden beziehungsweise Nutzern?

Nach meiner Einschätzung existiert mittlerweile hochqualifizierte Expertise im Privatsektor, so dass es einfach eine günstige Option sein kann, diese zu kaufen – und zwar temporär: keine Pension, keine Versicherungskosten, kein Urlaub, kein aufgeblähter Personalkörper und keine jahrzehntelang ausgebildeten Netzwerke, die unkontrollierbar werden könnten. Man hat eben ein singuläres Problem und dafür braucht man einen Spezialisten – manchmal nur für wenige Tage. Sicherlich wird man nicht jedes Sicherheitsproblem von Externen bearbeiten lassen können, obwohl auch diese Tendenzen zu erkennen sind, zumindest außerhalb Deutschlands. Hinzu kommt, dass immer mehr Informationen offen zu erhalten sind und man folglich kein festgestelltes Personal benötigt, um diese Informationen zu beschaffen.

Besteht unter diesen Voraussetzungen nicht die Möglichkeit, dass Private intelligence staatliche Akteure verdrängt?

Diese Tendenz erkenne ich in Deutschland bisher nicht. Dazu ist die Gesetzeslage zu streng – und das nicht ohne Grund. In anderen Ländern sieht das anders aus. US-Präsident Barack Obama hat nach seinem Amtsantritt zwar gesagt, der Einfluss privater Firmen solle eingeschränkt werden, aber das zielte offenbar auf den Militärbereich ab. Die Aktivitäten Privater im Bereich Private intelligence ist dort enorm. Das geht soweit, dass private Firmen in den USA mit ehemaligen CIA-Mitarbeitern chinesische Unternehmen wie den Telekommunikationskonzern Huawei beraten – die zuletzt genannte Firma steht jedoch in einigen Ländern ganz klar im Visier der Geheimdienste. Ich denke, dass hier eine europäische Regelung notwendig ist, aber bisherige Versuche sind gescheitert. >>

Private intelligence scheint in einer Grauzone zu operieren. Gehen davon Gefahren aus?

Die Risiken liegen auf der Hand: Technisch ist eigentlich alles machbar, insbesondere für zahlungskräftige Kunden. Dazu gehört auch das Überwachen jeglicher Kommunikation. Immerhin kaufen die Geheimdienste die Technik dafür von Privatfirmen. Es hat sich gezeigt: Was auf dem Privatmarkt erhältlich ist, kann auch besorgt werden, trotz Restriktionen. Was nicht in Deutschland gekauft werden kann, ist im Ausland zu haben. Ich bin also in meiner Privatsphäre bedroht, wenn ich zufällig in das Visier einer Firma, einer Sekte oder einer kriminellen Vereinigung geraten sollte, die sich geheimdienstlicher Methoden bedient. Das Problem ist zusätzlich, dass nicht die geringsten Kontrollen bestehen. Das ist bei den staatlichen Geheimdiensten nicht der Fall, trotz aller Bedenken oder Lücken in der praktischen Umsetzung. Der Rücklauf meiner Fragebögen hat das unterstrichen: Es gibt ein betriebswirtschaftliches Geheimnis und daher muss ich als Privatfirma gar nichts sagen. Erst wenn der Staatsanwalt droht, werden Informationen herausgegeben, aber wer kann garantieren, dass nicht vorher Daten gelöscht worden sind?

»Eine europäische Regelung ist notwendig.«

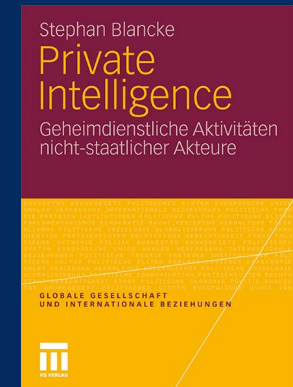
Wie stark sind die Aktivitäten von Anbietern von Private intelligence in Deutschland?

Die Aktivitäten in Deutschland sind bei weitem nicht so breit gefächert und vor allem nicht so offensichtlich wie im Ausland. Zunächst gibt es paar wenige international renommierte Firmen, auch mit Sitz in Berlin, aber der Markt ist hierzu-

lande schwierig. So hat vor einiger Zeit Diligence Inc., ein etabliertes internationales Unternehmen, seine Segel in Berlin gestrichen und sich in Genf niedergelassen. Nach deren Aussage sei der deutsche Markt für ihre Dienstleistung nicht bereit, und der Bedarf, auch an politikwissenschaftlichen Risikoanalysen, wird nicht unbedingt so gesehen. Es gibt eine größere Zahl von Einzelpersonen, also Profis, die bekannt sind oder die empfohlen werden. Diese führen dann Operationen durch und lassen sich dazu in spezifischen, auch technischen Fragen von anderen unterstützen. Auch die großen Firmen in Deutschland beschäftigen Subunternehmer, die dann etwa die Observations durchführen. Häufig steht an der Spitze der Kette eine Kanzlei, die im Auftrag des eigentlichen Kunden tätig wird. Mit einer »schmuddeligen Branche« will der deutsche Mittelstand nichts zu tun haben und am besten auch nichts davon erfahren. Nur das Resultat zählt und am Ende ist das Erstaunen groß, wenn bestimmte unangenehme Sachen ans Tageslicht kommen. Mir persönlich erscheinen Skandale aber eher die Ausnahme zu sein. Natürlich tummeln sich schwarze Schafe in der Branche und sicher ist manches rechtlich fragwürdig. Spannend, aber für eine Untersuchung wohl kaum geeignet, wären mit Einschränkungen die Aktivitäten Privater im Auftrag von ausländischen Regierungen – hier in Deutschland. Ich sehe da eine Grauzone, die weitgehend unbekannt ist. Ich hatte in meinem Blog etwas zu bestimmten Einheiten geschrieben, in denen meiner Einschätzung nach auch private, deutsche Akteure tätig sind und die im Auftrag der US-Botschaft arbeiten. Dazu gab es auch eine Untersuchung in Norwegen, aber insgesamt scheint das ein sehr politisches Thema zu sein. Kurz gesagt: Die Branche in Deutschland ist wesentlich verschwiegener, diskreter und arbeitet verborgener als in vergleichbaren Ländern und produziert dadurch auch enormes Misstrauen und Argwohn. <<

Stephan Blanke

»Private Intelligence – Geheimdienstliche Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure«



Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften)
2011, 306 Seiten, 34,95 Euro

In seiner Dissertation betrachtet Blanke »Private intelligence structures«: private Anbieter geheimdienstlicher Leistungen, eine Branche, die, von der Öffentlichkeit fast komplett unbeobachtet, seit Jahren boomt.

Nach einem kurzen historischen Abriss – Private intelligence hat eine jahrhundertlange Geschichte – untersucht der Autor vor allem die Gründe des Booms seit dem Beginn der 1990er >> und identifiziert vier entscheidende Faktoren: Verbesserungen der Informations- und Kommunikationstechnologien, erhöhter Bedarf an Informationen in der Privatwirtschaft, Liberalisierung und zunehmendes Outsourcing vormals staatlicher Aufgaben und schließlich den Zusammenbruch des Ostblocks, der viele Geheimdienstler freisetzte, die sich neue Arbeit suchten – und fanden. >>

Trotz der Verschwiegenheit der Branche in Deutschland – von knapp 70 angeschriebenen Firmen reagierten lediglich sieben überhaupt, nur eine beantwortete seine Fragen – bietet Blancke einen aufschlussreichen Einblick in das Themenfeld. Schon die umfangreiche Einleitung bietet viel für deutschsprachige Leser: So stellt Blancke nicht nur die komplexen Begriffe Intelligence und Private intelligence vor, sondern liefert auch einen umfangreichen Katalog an Quellen und Informationsmöglichkeiten zum Thema. Auch reduziert Blancke Private intelligence nicht nur auf kommerzielle Anbieter – politische, religiöse oder kriminelle Organisationen können schließlich ebenfalls geheimdienstlich tätig werden.

Intelligence studies werden nach wie vor von Forschern aus den USA und Großbritannien dominiert. Durch Bücher wie Blanckes kann aber der Grundstein dafür gelegt werden, dass auch eine deutschsprachige Forschungsgemeinschaft entsteht, um nachrichtendienstliches Handeln fundiert wissenschaftlich zu betrachten. **msei**

Quellen und Links:

[Unterwebsite der Washington Post zum Projekt »Top Secret America«](#)

[Eintrag Stephan Blanckes im eigenen Blog Counterintelligence vom 5. November 2010 über private Dienstleistungen für US-Nachrichtendienste in Europa](#)

[Webpräsenz der Diligence Inc.](#)

[Webpräsenz von Pinkerton](#)

NOTIZ

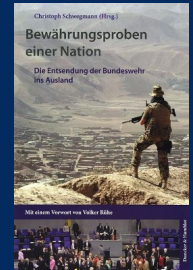
Steilvorlage für mehr Transparenz

Der Sammelband über deutsche Auslandseinsätze, herausgegeben vom sicherheitspolitischen Kommunikationsprofi Christoph Schwegmann, hält sich mit Kritik nicht zurück.

»Die sicherheitspolitische Diskussion könnte also nun beginnen,« meint die FAZ. Blogger Thomas Wiegold urteilt: »Wer moniert, dass Verantwortliche zwar die Diskussion fordern, aber meistens selber nicht führen, kommt vielleicht mit diesem Buch ein Stück weiter.« Wohlmeinendes Lob für den im Juni erschienenen Sammelband von Christoph Schwegmann. In zu Guttenbergs Verteidigungsministerbüro für »strategische Kommunikation« zuständig und zuvor schon Bundestagsmitarbeiter Volker Rühes gewesen, konnte er zwischen zwei Buchdeckeln Abgeordnete aller Fraktionen versammeln; nebst Beitragenden aus Militär, Kirche, Journalismus und Wissenschaft. Das Vorwort schrieb Schwegmanns voriger Chef Rühe, der die Enthaltung der Bundesregierung in der UN-Libyen-Resolution im Frühjahr als Fehler bezeichnet und einen Bruch mit deutscher außen- und sicherheitspolitischer Tradition feststellt.

Christoph Schwegmann (Hg.)

»Bewährungsproben einer Nation – die Entsendung der Bundeswehr ins Ausland«



Berlin (Duncker & Humblot) 2011, 243 Seiten, 18,00 Euro

Nicht neu ist der einträchtige Wunsch der 19 Experten: Mathis Feldhoff, ZDF-Hauptstadtkorrespondent, fordert die deutschen Politiker auf, »offen und transparent mit der Öffentlichkeit kommunizieren«. Die Bundeswehr solle vor dem Hintergrund der demokratischen Grundordnung ihre Missionen erklären. Für Grünen-Urgestein Winfried Nachtwei bedürfe es einer breiten »Verständigung in Politik und Gesellschaft«. Bundeswehreinsätze, so Schwegmann abschließend, seien eine Herausforderung für unser demokratisches System, eben »Bewährungsproben einer Nation«. Und ruft die Bürger der Nation auf, sich intensiver mit den Einsätzen ihrer Armee zu befassen.

Ihnen liefern die kurzen, lesbaren Artikel Informationen, Argumente und Meinungen, tragen dazu bei, das Wie und Warum von Auslandsmissionen verständlicher zu machen. Die Bürger müssen es jetzt nur noch lesen. **sts**

ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als das überparteiliche, akademische Journal des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH). <<

Der ADLAS erscheint quartalsweise und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Michael Seibold
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Wolfgang Alschner (wal), Stefan Dölling (doe), Sophie Eisentraut (eis), Sebastian Hoffmeister (hoff), Dieter Imme (dim) (V.i.S.d.P.), Christian Kollrich (koll), Marcus Mohr (mmo), Michael Seibold (mseil), Stefan Stahlberg (sts)

Layout: Marcus Mohr

Autoren: Anatol Adam, Markus Heilig, Hartmut Hinkens, Theresa Lankes, Nadine Neumann, Dominik Peters, Felix Rabeler, Kirsten Rusert, Thilo Schroeter, Philipp Starz

Dank: Richard Goebelt, Johannes Lay

Copyright: ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich, ihre Texte geben aber nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder. <<

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. Unterstützt wird der BSH durch seine Mutterorganisation, den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. <<

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

ADLAS 3/2011 ISSN 1869-1684

Foto: Australian Department of Defence

Foto: Bundeswehr / Michael Bennhoff

